

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Oktober 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Am Vorabend des italienischen Parteitages.

Rom, 17. Oktober. (Fig. Ber.)

Verschiedene Fragen erwarten ihre Entscheidung durch den Mailänder Parteitag, aber im Grunde wird sich der Streit der Meinungen um eine einzige Frage drehen: um die Differenz zwischen reformistischer und intransigentischer Auffassung des Sozialismus und seiner Taktik. Diese einzige Frage durchdringt die verschiedenen Einzelfragen und sie ist es, die den Kongreß in zwei Hälften scheidet.

Die Reformisten gehen von der Voraussetzung aus, daß der soziale Kampf sich nicht zwischen zwei großen Klassen abspielt, deren eine nur gewinnen kann, was die andere verliert, sondern sie nehmen an, daß mehrere Klassen in den Konflikt verwickelt sind, die sich je nach dem geschichtlichen Augenblick verschieden gruppieren, und daß es Situationen gibt, die allen sozialen Klassen zum Vorteil gereichen. Sie halten es für eine wichtige Aufgabe des Reformismus, den fortgeschrittenen und aufgeklärten Teil des Bürgertums dafür zu gewinnen, derartige Situationen herbeizuführen und festzuhalten und sind des Glaubens, daß sich im Parlament die Fragen entscheiden und daß das „Wie“ dieser Entscheidung wesentlich von dem Grad der Geschicklichkeit abhängt, den die Vertreter der verschiedenen Klassen im Interesse ihrer Sache aufzubringen verstehen. Da ihnen der parlamentarische Kampf einerseits so wichtig und andererseits so sehr von der Geschicklichkeit der Kämpfenden abhängig erscheint, so legen die Reformisten großen Wert darauf, daß die Vertreter der Partei im Parlament nicht durch prinzipielle Vorschriften oder durch Unterwerfung unter Parteinstanzen in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert werden können. Und da sie der Ueberzeugung sind, daß andere Klassen gemeinschaftliche Interessen mit dem Proletariat haben können und es für wichtig halten, diese Klassen zu gewinnen und von der Gemeinsamkeit der Interessen zu überzeugen, so möchten sie die Partei davon abhalten, ihre raube proletarische Außenpolitik aufzugeben. Was die Bourgeoisie vor den Kopf stößt, was offen Hand an ihre Machtmittel legt — wie z. B. die antimilitaristische Propaganda —, gilt konsequenterweise den Reformisten als ein taktischer Fehler: das Abschleifen der Stanten und das Ueberbrücken der Gegensätze entspricht nicht nur ihrem Temperament sondern ergibt sich notwendig aus ihrer Auffassung des Vorganges, durch den sich die soziale Machtverteilung vollzieht.

Der revolutionäre Flügel, der sich als der intransigente bezeichnet, seit das Wort „revolutionär“ zu oft als Rakete im Feuerwerk herrischer Rhetorik dienen mußte, hält an der Auffassung fest, daß es zwei soziale Klassen sind, die im Kampf um die Herrschaft stehen, daß eine tiefgehende Interessengemeinschaft zwischen beiden unmöglich ist, und daß der Kampf um die Macht ein Kampf um Freiheit, Gesundheit, Erkenntnis ist, der sich außerhalb des Parlaments abspielt und dessen Resultate nur in den Gesetzen gebucht werden. Diese Auffassung kann der Geschicklichkeit im Parlament der Samtpfingstigkeit dem Bürgertum gegenüber, der gedulden und gefälligen Manierlichkeit der Partei, keinen Wert beimessen. Sie sieht in ihr vielmehr ein Mittel, das Proletariat der Partei zu entfremden oder in ihm die irrige Auffassung zu erwecken, als könne der große geschichtliche Kampf des Proletariats gleichsam „per procura“ von der Parlamentsfraktion erledigt werden. Die Intransigenten glauben, daß ein Herauskehren der Klassegegensätze besser geeignet sei, dem Proletariat eine richtige Auffassung des Spieles der gesellschaftlichen Kräfte beizubringen, als das Verschweigen und Vertuschen. Daher wollen sie die Autonomie der Fraktion durch prinzipielle Leitsätze eingegrenzt sehen, und das wollen sie auch deshalb, weil sie nicht glauben, daß sich Stücke der Weltgeschichte in Kammerabstimmungen entscheiden, während sie eine Schädigung unserer Bewegung befürchten, jedesmal, wenn das Verhalten der Fraktion dem Proletariat unverständlich ist und seiner in der Tageserfahrung gehärteten Auffassung des Klassenkampfes zuwiderläuft.

Klar und deutlich geschieden stehen die beiden Flügel einander auch in Italien nicht gegenüber. Der italienische Reformismus hat in den letzten zwei Jahren einen Teil seiner Kruppen nach links disloziert. Dieser Ausdruck scheint uns deshalb der passendste, weil es sich keineswegs um ein Abschwenken handelt, da das Oberkommando, nämlich die prinzipielle Stellungnahme, daselbst geblieben ist. Nur in der Taktik hat man sich dem linken Flügel genähert, einfach, weil die letzten Erfahrungen der Bündnispolitik und dem auf den Augenblickserfolg eingestellten Wirken Unrecht gegeben haben.

Diese nach links abgerückten Reformisten, als deren Vorkämpfer Turati, Modigliani, Schiadi, Anna Kuliscioff und andere gelten können, werden auf dem Kongreß gegen die Bündnispolitik eintreten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich bereit finden werden, im Notfall auch den Ministerialismus und die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ausdrücklich preiszugeben.

Die Schar der „orthodoxen“ Reformisten, die fortfahren, alle Konsequenzen ihrer theoretischen Voraussetzungen zu ziehen, wird in Mailand sehr zusammengeschmolzen sein. Ihr

vornehmster Vertreter ist Genosse Dissolati, und er ist auch derjenige, der am allerwenigsten von innerparteilichen Konzessionen etwas wissen will. Die Bündnispolitik bei den Wahlen dürfte auch diese äußerste Rechte augenblicklich nicht vertreten. Die Rektion der Romagna ist noch zu frisch und war zu bitter. Aber das Recht, einem Ministerium ein Vertrauensvotum zu geben, wird sie mit aller Energie verteidigen, wie dies auch die offiziellen Referenten Puffi und Treves in ihrer Resolution tun.

Was die Intransigenten anbetrifft, die sich um ein vielfach nicht sehr glücklich verfaßtes Manifest des Mailänder Komitees geschart haben, so stellen sie keineswegs eine gering einschneidende Macht dar. Auch unter ihnen fehlt es nicht an Schattierungen. Genosse Dazzari vertritt hier wohl die äußerste linke Spitze, indem er der Fraktion jedwedes Votum für einen Regierungsentwurf verwehren will und ihr zur Pflicht macht, jedem bürgerlichen Gesetz unverfälscht die sozialistischen Forderungen gegenüberzustellen. Auf der anderen Seite befinden sich unter den Intransigenten auch solche, die ein gelegentliches Votum für ein Kabinett gelten lassen und lediglich die systematische Unterstützung ablehnen. In bezug auf die Ablehnung der Wahlbündnisse bei den politischen Wahlen besteht kein Zweifel, aber viele Intransigente halten dafür, daß der kommunale Wahlkampf unter Umständen Wahlbündnisse rechtfertigen kann.

Die am meisten logische und im Interesse der Klarheit wünschenswerteste Gruppierung wäre offenbar die, in der die beiden Schattierungen der Rechten vereint gegen die ganze Linke stimmten. Diese Situation könnte sich in der Weise verwirklichen, daß die Abstimmung über die Frage stele, ob ein Ministerium von der Parteifraktion unterstützt werden kann oder nicht. In diesem Falle hätten die Reformisten wenigstens eines ihrer Bannerzeichen beibehalten, wenn sie auch das andere, die Bündnispolitik, zeitweilig aufgegeben hätten. Nun ist es aber sehr gut möglich, daß die Reformisten fürchten, bei einer derartigen Zweiteilung nicht die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben. Diese Befürchtung muß ihnen nahelegen, mit dem ihnen am nächsten stehenden Teil der Intransigenten Verhandlungen einzuleiten, mit denen, die in Bologna das linke Zentrum bildeten und in Rom und Florenz zum Teil als Integralisten auftraten. Der Versuch, hier ein Bündnis zustande zu bringen, etwa durch die Wiederaufnahme der herrischen Formel, die erlaubte, „von Fall zu Fall“ für ein Ministerium zu stimmen, oder durch die Unterordnung des ministeriellen Votums unter einen Parteivorstandsbeschuß, oder gar unter ein Referendum, würde, wenn er gelänge, dem um diese Formel gescharten Zentrum den Sieg sichern, aber die Früchte dieses Sieges würden ausschließlich oder fast ausschließlich den Reformisten zufallen. Diese haben sich, namentlich in den Evolutionen der letzten Monate, so sehr dieser Formel genähert, daß sie mit Zug und Recht einen Sieg unter diesem Zeichen als ihren Sieg ansprechen dürfen. Natürlich würde diese Lösung so gut wie gar nichts klären und würde nach wie vor die Parteiteilung und den „Abanti“ in Händen der Reformisten lassen. Als Chefredakteur des Zentralorgans ist in diesem Falle Genosse Modigliani als „gemäßigter Reformist“ anzusehen. Die Reformisten würden dann der Stimmung der Rechten dadurch Rechnung tragen, daß sie zunächst viel Wein in ihr Wasser schütten.

Die Kraft der einander gegenüberstehenden Richtungen wird sich schon vor dem Eintritt in die Verhandlungen zeigen. Der Parteivorstand hat die Tagesordnung so zusammengestellt, daß z. B. der Fraktionsbericht als ihr 17. Punkt erscheint. Damit können die Intransigenten unbedingt nicht einverstanden sein; sie müssen darauf dringen, daß man die Abrechnung mit der Vergangenheit — vor allem mit dem berühmten Votum für Duzzati — nicht von der Diskussion über die Zukunft trennt. Weiter müssen sie dagegen auftreten, daß das Referat Turati unter dem Titel: „Allgemeine Leitsätze der politischen Aktion“ eine Reihe von Sonderfragen, Reformen, Propaganda, Wahlbündnisse behandelt und in der Resolution entscheidet, und dadurch den ganzen Kongreß überflüssig macht. Als mindestenses Zugeständnis müssen sie verlangen, daß gleichzeitig mit dem Referat Turati der Bericht der Parlamentsfraktion und die Referate Puffi-Treves, sowie das Korreferat Verda über den Ministerialismus zur Diskussion gestellt werden. Schließlich wird der intransigente Flügel sich gegen den Plan aussprechen, den Kongreß in Sektionen tagen zu lassen. Ein Parteitag ist mehr als eine Konferenz zur Klärung mehr oder weniger technischer Fragen; er soll auch eine Machtprobe der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei sein, und diese Eigenschaft kann nicht klar zum Ausdruck kommen, wenn in Sektionen beraten und beschlossen wird. Deshalb werden schon die ersten Stunden des Kongresses einen Ueberblick über die Stärke der widerstrebenden Richtungen geben.

Es wäre töricht, heute über diesen Punkt Voraussetzungen zu machen. Sicher ist, daß die Mehrheit den Intransigenten zufiele, falls nach der Zahl der Delegierten abgestimmt würde. In Italien stimmt man aber nach der Zahl der vertretenen Mitglieder ab, wobei als Mitglieder nur die gerechnet werden, für die die Sektion einen Jahresbeitrag von 1.50 Lire an die Zentralkasse abgeführt hat. Da gerade die Emilia, also die Hochburg des Reformismus, eine starke Organisiertenzahl hat, dürfte sie bei der entscheidenden Ab-

stimmung zugunsten der Reformisten den Ausschlag geben. Was die Zahl der Delegierten betrifft, so sind zweifellos mehr Intransigente als Reformisten delegiert worden. Jede Sektion, die mehr als 10 Mitglieder hat, darf einen Delegierten entsenden, der aber in der Landschaft organisiert sein muß, der die delegierende Sektion angehört. Jedes weitere Hundert von Mitgliedern gibt das Recht zur Entsendung eines weiteren Delegierten. Ein und derselbe Genosse kann mehrere Sektionen vertreten, und bei namentlicher Abstimmung fällt dann seine Stimme nach dem Maße der Vertretenen ins Gewicht.

Wenn viel Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Organisationen der Emilia den Ausschlag geben werden, so ist doch zu bemerken, daß auch die Romagna starke Organisationen hat, und daß gerade die Unsicherheit über das Verhalten dieser den Reformisten viel Sorgen macht. Die Romagna ist in Sachen der Bündnispolitik völlig intransigent, bleibt aber ihren früheren reformistischen Neigungen insofern treu, als sie dem Ministerialismus nicht ganz abfagen will. Der „Avanti“ bemüht sich schon des längeren, den Genossen der Romagna klar zu machen, daß sie in diesem Gewissenskonflikt sich unbedingt für die Reformisten entscheiden müßten. Nun die Romagnolen das, so sind die Reformisten jeder Gefahr entrikt. Stimmen sie aber im Sinne des gemäßigten Reformismus, so dürften sie einen Teil der Linken, namentlich die von Mantua, nach sich ziehen und jenen Sieg des Zentrums herbeiführen, den wir eingangs als die konfuseste und wertloseste Lösung gekennzeichnet haben. Schließlich können die Genossen der Romagna ihre tatsächliche, durch die Erfahrung der letzten Monate gewonnene Uebereinstimmung mit den Intransigenten auf dem Kongreß zum Ausdruck bringen und damit vielleicht die Niederlage der Reformisten zustande bringen.

Jeder, dem die Geschichte der italienischen Partei am Herzen liegen, muß, welcher Richtung er auch angehöre, den Wunsch hegen, daß die Klarheit und nicht die Zweideutigkeit, der Sieg eines Flügels und nicht des Zentrums von dem Parteitag zu Mailand besiegelt werde. Eine klare Situation ist immer in irgendeiner Weise fruchtbar, und selbst aus ihren Irrtümern kann man lernen. Nur die Unklarheit, das opportunistische Verschleiern der Grundsätze und der ihnen gemäßen Forderungen, nur die Unwahrheit gegen sich selbst ist auf ewig unfruchtbar wie der Sand der Wüste. Möge die Liebe zur Partei die Mailänder Delegierten vor dieser Unwahrheit bewahren.

## Das Attentat auf die Oeffentlichkeit vereitelt.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung über den Blinden Gehorsam der Staatsanwaltschaftsbeamten gegenüber den Befehlen ihrer Vorgesetzten führte in der Donnerstagssitzung der Justizkommission ein Antrag Gröber. Derselbe bezweckte, die Beamten der Staatsanwaltschaft unabhängig von den Anweisungen der Vorgesetzten zu machen, so daß künftig die Staatsanwaltschaftsbeamten nicht gegen ihren Willen und ihrer inneren Ueberzeugung Handlungen zu begehen brauchen, die ungesetzlich sind. Ferner soll auch der Untergebene neben dem vorgelegten Befehl der Staatsanwaltschaft für die Befolgung einer gesetzwidrigen Handlung verantwortlich und haftbar sein. — Die Regierungsvertreter wandten sich mit Händen und Füßen gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das G. B. O., und ein nationalliberaler Redner sah aus diesem Antrag eine völlige Desorganisation der Staatsanwaltschaft herauswachsen. — Unsere Genossen erklärten sich für den Antrag, trotzdem derselbe weit hinter der Forderung nach völliger Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zurückbleibt. Heute werde von dem Staatsanwalt ein noch größerer Sabotageverstoß gefordert als vom Soldaten. Diesem dem Rechtsleben mit aller Gewalt ins Gesicht schlagenden Standeslos Zustand muß Abbruch getan werden. Da die Regierungsvertreter und nationalliberale Redner bestritten, daß auch nur ein einziger praktischer Fall zur Stützung des Antrages angeführt werden könnte, warteten unsere Genossen mit einer langen Reihe von solchen Fällen auf. — Trotzdem lehnte die Kommission den Antrag Gröber ab. Für denselben stimmten außer unseren Genossen, drei Freisinnigen und den beiden Polen nur drei Mitglieder vom Zentrum. Von den Freisinnigen stimmte ein Mitglied dagegen!

Beim § 172 bemühten sich die sozialdemokratischen Vertreter, die in erster Lesung beschlossene Einschränkung der Oeffentlichkeit bei Verleumdungsprozessen wieder zu beseitigen. Auf die ungeheure weit reichende Gefährlichkeit dieser Bestimmung wurde in dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom Donnerstag in erschöpfender Weise hingewiesen und in der Begründung, die unsere Genossen dem sozialdemokratischen Antrage gaben, wurden diese Ausführungen noch bedeutend ergänzt. Ein Pole brachte einen weiteren Verschleierungsantrag ein, nach dem die Oeffentlichkeit auch bei Erpressungssachen ausgeschlossen werden kann. Sofort erklärte sich die Regierung mit dieser weiteren Einschränkung der Oeffentlichkeit vorbehaltlos einverstanden. Ebenso sprach sich ein konservativer Redner dafür aus. Unsere Genossen traten dem polnischen Antrag auf das entschiedenste entgegen; denn durch eine solche Bestimmung würde selbst den wegen „Erpressung“ angeklagten Gewerkschaftsmitgliedern die Möglichkeit genommen werden, sich im öffentlichen Verfahren gegenüber diesen ungeheuerlichen Anklagen rechtfertigen zu können. Der polnische Antrag (Dziembowski) wurde



war angenommen, doch würde der sozialdemokratische Antrag, den neuen § 172 ganz zu streichen, angenommen. Es fanden 13 gegen 13 Stimmen, zwei Abgeordnete — ein Pole und ein Freikämmerer — enthielten sich der Abstimmung. Da jedoch über die Aufrechterhaltung des Beschlusses erster Lesung abgestimmt wurde, galt die Einschränkung der Öffentlichkeit für abgelehnt. Es bleibt demnach bei den geltenden Bestimmungen.

Zu nichtöffentlichen Verhandlungen kann das Gericht einzelne Personen zulassen, ohne die Beteiligten darum anfordern zu müssen. Die Kommission beschloß in erster Lesung, daß nur den Parteien, die ein besonders berechtigtes Interesse an der Verhandlung haben, der Zutritt gestattet werden kann. Die Vertreter der Presse würden danach immer zu kurz kommen. Es lag deshalb ein Antrag der Nationalliberalen vor, diese Neubestimmung wieder zu streichen und es beim geltenden Recht zu belassen. Dieser Antrag wurde gegen 6 Stimmen angenommen. Ein weitergehender Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt; ebenso ein konservativer Verschlechterungsantrag.

Beim § 180, der dem Gericht das Recht gibt, gegen einen Rechtsanwält als Verteidiger eine Ordnungsstrafe bis zu 100 M. zu verhängen, brachten unsere Genossen einige in jüngster Zeit an Berliner Amtsgerichten passierte Fälle vor, in denen Richter in ganz unerhörter Weise von ihrem Recht, Ordnungsstrafen zu erteilen, Gebrauch gemacht haben. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte deswegen die Streichung des § 180. Es war recht bezeichnend, daß die Regierungsdirektoren nicht ein Wort der Abschwächung oder Kritik fanden, um die „Schneidigkeit“ der betreffenden Berliner Richter zu entschuldigen oder zu verurteilen. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde der Antrag abgelehnt. Ebenso wurden alle weiteren auf die Ordnungsstrafe sich beziehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

In der heutigen Donnerstagssitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes betreffend die durch die neue Strafprozeßordnung veranlaßten Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes angenommen.

## Rüftet zum Wahlkampf.

War nicht früh genug können unsere Genossen im Lande damit beginnen, sich ernstlich auf die kommende Reichstagswahl vorzubereiten. Denn nicht nur muß man als selbstverständliches annehmen, daß unsere Gegner insgesamt, die Regierung an der Spitze, schon jetzt krampfhaft danach suchen, und irgendeine unliebsame Überraschung zu bereiten, sondern die bürgerlichen Parteien haben bereits mit der Bearbeitung der Wähler angefangen. Da dürfen auch wir nicht länger zaudern. Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß der Parteivorstand ein Handbuch über die Finanzreform von 1909 herausgegeben hat, das den Genossen die notwendigen Informationen zum Wahlkampf geben soll. Leider ist das Buch nicht so geklärt, wie wir das gedacht und gewünscht haben. Es wird seinen Zweck, die Agitatoren schnell zu orientieren, nur dann in vollem Maße erfüllen können, wenn alle, die es angeht, sich bei Zeiten sehr intensiv darin vertiefen. Denn erstens fehlt das Inhaltsverzeichnis, vermutlich ein Versehen des Buchbinders, das aber gerade bei einem Nachschlagewerk unter keinen Umständen hätte passieren dürfen. Zum Glück ist wenigstens ein Stichwortregister vorhanden. Aber es wird denen, die auf der Reise und im alltäglichen Kampf von dem Buche Gebrauch machen wollen, doch nichts anderes übrigbleiben, als sich nun selbst vorher ein Inhaltsverzeichnis anzufertigen. Vielleicht aber kann die Buchhandlung das Verzeichnis noch nachliefern? Das wäre natürlich weit besser.

Nicht vorteilhaft zum Gebrauch in der Agitation ist auch der übermäßige Umfang des Buches: über 400 Druckseiten! Weniger wäre hier mehr gewesen, denn es wird den Agitatoren sehr schwer werden, die ganzen 400 Seiten durchzulesen. Wo sollen sie die Zeit dazu hernehmen, zumal auch der Stil, in dem das Buch abgefaßt ist, nicht gerade zu den leichtest verständlichen gehört. Aber da ist nun nichts zu machen, das Buch muß nun einmal so wie es ist seine Dienste tun, und um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, gibt es nur das eine Mittel, das wir oben schon nannten: recht schnell, sofort mit der Lektüre beginnen und den gebotenen Stoff beizeiten intensiv durcharbeiten. Dann wird er schon im Wahlkampf den gewünschten Nutzen bringen.

Wie wertvoll das Buch bei richtiger Verwendung sein kann, das wollen wir an einem beliebigen herausgegriffenen Beispiel zeigen. Unsere Gegner machen bekanntlich ein großes Wesen mit den sogenannten „Besitzsteuern“. Sie wollen dem armen Volk einreden, daß die Besitzenden im vorigen Jahre den größten Teil der neuen Lasten selbstlos auf die eigenen Schultern genommen hätten. So wird z. B. in einer vom Zentrum herausgegebenen Flugschrift über die Stempelabgabe bei Grundstücksverkäufen behauptet, daß sei eine Steuer von 40 Millionen, die allein der Grundbesitz zahle. Um das zu beweisen, wird dann weiter nur vom ländlichen Grundbesitz geredet. Die ganz kleinen Ackergrundstücke im Preise bis zu 5000 M. bleiben steuerfrei, wenn der Käufer nicht mehr als 2000 M. Jahreseinkommen hat — es sei denn, daß ein Spekulant sie kauft. Umgekehrt aber hätten sich die ganz großen Gutbesitzer, die Besitzer der Fideikommiss, geradezu danach gedrängt, auch zu dieser Steuer beizutragen. Ein Fideikommiss kann bekanntlich nicht verkauft werden, würde also von einer Abgabe, die nur beim Verkauf eines Grundstücks erhoben wird, nie getroffen werden. Da hätten nun die Besitzer solcher riesigen Güter keine Ruhe gehabt, als bis das Gesetz bestimmte, sie sollten auch alle 30 Jahre einmal eine Steuer zahlen, die dem Reich mindestens ebensoviel einbringt wie der Verkaufsstempel.

Wenn nun, gerührt von so viel Edelmut, die Tränen fließen und man wehmütig das sozialdemokratische Buch über denselben Gegenstand zur Hand nimmt, so erfährt man daraus, daß bei diesen Angaben keine und doch sehr wichtige Einzelheiten leider weggelassen sind.

Nach Mitteilungen, die der Reichsschatzsekretär Sydow am 23. Juni 1909 machte, beträgt in Preußen der Wert des Grundbesitzes in den Städten 21 000 Millionen Mark, auf dem Lande aber nur 14 000 Millionen Mark. Der städtische Grundbesitz wechselt seinen Besitzer im Durchschnitt alle 10 Jahre, der ländliche nur alle 25 Jahre. Schon hieran sieht man, daß es mit der Ausparung der Besitzer von Fideikommissen doch nicht gar so weit her sein kann. Denn sie wollen ja nur alle 30 Jahre die Abgabe zahlen, während der sonstige ländliche Grundbesitz sie im Durchschnitt schon alle 25 Jahre zahlen muß.

Berechnet man nun aber die obigen Zahlen, so ergibt sich: In Preußen (und die Zustände im ganzen Reich werden kaum viel anders sein) werden vom städtischen Grundbesitz 21 000 Millionen Mark alle 10 Jahre einmal umgesetzt, jedes Jahr also 2100 Millionen; auf dem Lande dagegen 14 000 Millionen alle 25 Jahre einmal, jedes Jahr also 560 Millionen. Es zeigt sich demnach, daß der städtische Grundbesitz ungefähr viermal soviel zu der Steuer-

beitragen muß wie der ländliche. Das mag auf den ersten Blick nicht weiter auffallen, wenigstens dem nicht, der an den städtischen Bodenbesitzer denkt und dem agrarischen Gerede Glauben schenkt, wonach der ländliche Besitz oder wenigstens das Einkommen aus ländlichem Besitz zumist die Frucht saurer Arbeit sein soll. Doch selbst, wer die Statistik kennt und aus ihr die riesigen Spekulationsgewinne erfahren hat, die auch beim Verkauf und Einkauf von Landgütern gemacht werden, selbst wer an die Hungerlöhne denkt, die den Agrariern das Geld zu Hunderten von Millionen mühelos in den Schoß geworfen haben, wird doch leicht geneigt sein, den Grundstücksstempel für eine innere Angelegenheit der Besitzenden zu halten: ob die städtischen oder die ländlichen Grundbesitzer das meiste davon zahlen, kann uns schließlich gleichgültig sein, solange nur die Masse des armen Volks davon verschont bleibt, solange es nur wirklich eine Steuer auf den Besitz bleibt.

Aber gerade hier liegt der Haken, der durch den Redeschwall in der Flugschrift des Zentrums verdeckt werden soll: wozu wird denn der städtische Grundbesitz fast ausschließlich verwandt? — Zum Wohnen. Und glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß die Hausbesitzer in den Städten diese Steuer — 1/2 Proz. von 2100 Millionen, das sind etwa 7 Millionen jährlich — aus der eigenen Tasche zahlen werden? Sie werden sie natürlich auf ihre Mieter abwälzen, sie werden die Mietpreise erhöhen. Ja wahrscheinlich werden sie noch mehr auf die Mieter aufschlagen, als die Steuer beträgt; denn das haben wir noch überall erlebt, daß solche Abgaben dazu benutzt werden, den Besitzenden noch einen Extraprofit auf Kosten der Konsumenten zu verschaffen. Das Ende vom Liede ist also, daß der Grundstücksstempel zum allergrößten Teil von der Masse derjenigen bezahlt wird, die Wohnungen brauchen und die zu 99 Proz. arme und unbemittelte Leute sind.

Das ist so ein Beispiel von dem, was die bürgerlichen Parteien des gegenwärtigen Reichstags uns unter dem Namen von „Besitzsteuern“ serviert haben.

## Diktator Briand und das Gesetz.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Die Eisenbahner besitzen das gesetzliche Streikrecht. Der Senat hat, nach einer Intervention des radikalen Führers Bourgeois, im Jahre 1898 ausdrücklich abgelehnt, es ihnen zu nehmen. Und als vor einem Jahre — am 7. Juli 1909 — bei der Beratung des Pensionengesetzes der konservative Senator Taurin die Pensionsberechtigung denjenigen Beamten entzogen wissen wollte, die sich einer vereinbarten Einstellung der Arbeit „schuldig“ gemacht hätten, erklärte Herr Barthou, damals Minister der öffentlichen Arbeiten, wörtlich:

Es ist anerkannt, daß die Beamten nicht in den Streik treten dürfen. Was aber die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnen anlangt — jawohl, meine Herren, ich will alles sagen, was ich denke, denn niemand hat ein Interesse daran, daß von dieser Debatte eine Zweideutigkeit zurückbleibe und an mir soll es nicht liegen, wenn sie alle zertrübt werden. Ja, meine Herren, welches auch die parlamentarischen Konsequenzen sein mögen, die Sie meinen Worten folgen lassen, was Sie auch von meiner Meinung und meiner Haltung, die auch die Meinung und Haltung der Regierung ist, denken mögen, ich spreche es laut aus, daß die Eisenbahngestellten den Beamten nicht gleichgestellt werden können, sondern den Arbeitern der Privatindustrie gleichgestellt werden müssen. (Wohlfall links, Widerspruch auf einen großen Teil der Zentrumsbänke und rechts.) Ja, ich verstehe Ihre Bedenken und ich bin verpflichtet, darauf zu antworten. Ich erwarte jetzt, daß man mir beweise, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnen nicht das gesetzliche Recht haben, in Streik zu treten. (Sehr gut! Sehr gut! links, Widerspruch im Zentrum und rechts; Herr Tillage ruft: „Ein unvorsichtiges Wort!“ Herr Clemenceau, Ministerpräsident: „Wo ist denn der Gesetzesstempel, der ihnen dieses Recht verleiht?“) Herr Tillage, es gibt kein unvorsichtiges Wort, wenn es sich um die Wahrheit, die Logikität und die Pflicht handelt, (wiederholtes Sehr gut!) und ich für mein Teil ziehe es vor, mögen Sie welche Konsequenzen immer aus meiner Stellung ziehen, meine Meinung herauszulagen, statt sie hinter leeren Phrasen zu verbergen. (Wohlfall links.)

Clemenceau: Und wir nehmen die Verantwortung für unsere Worte an!

Lassen wir indes die persönliche Verantwortung. Herr Barthou kann sich ebenso „entwickelt“ haben wie unsere Ergenossen Briand, Millerand und Riviani. Wenn er als Justizminister — vermutlich um „der Wahrheit, der Loyalität und der Pflicht“ willen — die Eisenbahner einsperren und verurteilen läßt, so reißt ihn das sicher würdig unter die Charakterköpfe der bürgerlichen Republik ein, aber die interessanteste Frage ist doch, wie es überhaupt möglich ist, einen so klaren Gesetzesinn umgekehrt zu mißachten. Da gebietet nun unserem Briand die Ehre, den Kniff herauszubekommen zu haben. Das Streikrecht selbst bleibt unangetastet, nur seine Ausübung wird verhindert. Als Mensch darf der Eisenbahner streiken, aber als Reservist soll er zur Arbeit gezwungen werden. Das Streiken ist nicht verboten, aber es ist strafbar. Herr Briand macht es wie der Mann in der klassischen französischen Komödie, der nicht Tuch verkauft, sondern es nur anderen Leuten für Geld überläßt. Und weil der Streik Widerrechtlichkeit gegen die militärische Einberufung ist, so ist jede Agitation für ihn verboten, und Briand telegraphiert allen Präfekten, alle Streikagitatoren zu verhaften und alle mitgeführten Streikgelder zu konfiszieren.

Im Anfang wurde freilich eine Ungeschicklichkeit begangen. Die Verhaftung der Streikkomiteemitglieder auf der Redaktion der „Humanität“ war nur mit dem Hinweis auf die boshaften Störungen des Bahnverkehrs begründet worden und angesichts des offensichtlichen Mangels eines Zusammenhangs war das auch für die strebsamsten Untersuchungsrichter und Staatsanwälte eine schwere Zumutung, wenngleich die bürgerliche Regierungspraxis in Frankreich mit der Einleitung von Strafverfahren, die keine juristische Möglichkeit haben und nur der Festhaltung unbehaglicher Bürger in langer Untersuchungshaft dienen, von jeher vertraut ist. Seither aber ist die Einberufungssorder zur speziellen Waffe gegen die Eisenbahner geworden, wogegen die „Sabotage“-Formel, namentlich in ihrer neuesten Präparation als „Komplot“ gegen die anderen Propagandisten der Bewegung dient, so gegen die Redakteure der „Guerre Sociale“.

Zimmerhin bleiben noch einige Kleinigkeiten zu bedenken, zum Beispiel, daß eine Straffälligkeit der Reservisten vor 14 Tagen nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes wirklich ausgeschlossen ist. Jedoch mit dieser Kleinigkeit gibt sich Briand nicht ab. Das Gesetz will, daß wir uns beugen, wir aber wollen das Gesetz beugen — denkt stramm niehischeanisch der alte Anarchist. Nebenbei freilich läßt er durch seine Preshujaren unter der Hand auspressen, daß er eigentlich die Verhaftungen der Streikführer gar nicht gewollt habe, sondern nur Millerand habe nachgeben müssen, der darauf bestanden habe. Denn während der großen Ordnungserrettung gehen immer die kleinen Kabinettsintrigen des persönlichen Geschäfts einher und Briand lebt in der Angst, Millerand könnte

am Ende Zugeständnisse von den Gesellschaften erhalten und als Friedensstifter erscheinen.

Natürlich setzt sich das von oben gegebene Beispiel der Willkür nach unten vergrößert fort. Der sonst noch einigermaßen zurückgehaltene Polizist feiert seine Saturnalien. In Chaumont wird das Automobil, das die Orksauflage der „Humanität“ bringt, von Polizisten überfallen, die Blätter werden weggeschleppt, der begleitende Genosse verhaftet. In Paris sollen Schugleute die Kolportage der „Guerre Sociale“ an, reißen ihnen die Blätter aus der Hand und verhaften sie, wenn sie protestieren. Streikfundmachungen und Versammlungsanzeigen werden abgerissen, trotzdem sie den Plakatstempel tragen usw.

Das Bild wäre unvollständig, wollte man des ebenso flinken wie schneidigen Waltens der Justiz nicht gedenken. Bei der neunten Straffammer, vor die die ersten Fälle der „Bedrohung von Arbeitswilligen“ gebracht wurden, klopfte es allerdings nicht. Das Gericht sprach einen Arbeiter frei, der einen Streikbrecher gefragt hatte, ob er denn kein Blut in den Adern habe, und dergleichen zwei Kameraden, die sich ähnlicher Ausrufe „schuldig“ gemacht hatten. Man konnte glauben: „Es gibt noch Richter in Paris“. Jetzt allerdings muß man den Satz ergänzen: Es gibt preussische Richter in Paris. Ein Streikender, der Streikbrechern zuruft: „Ihr Taugenichtse, es ist Streik! Ihr dürft keine Füge führen!“ wird zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, „die Natur dieser Worte, ihre Festigkeit und die Umstände sowie die Gelegenheit, bei der sie gebraucht wurden, in der Absicht ihres Urhebers den Zweck einer Einschüchterung verfolgten, die auf denjenigen, dem sie zugebracht ist, Eindruck machen und Furcht vor Repressalien erregen kann“. Ein Eisenbahner, der die in die Werkstätten in Pauline eintretenden Streikbrecher zu Informationszwecken notiert hat, wird zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte erklärt, eine materielle Drohung sei nicht nötig, eine moralische genüge. Ob der Edle wohl auch die Direktoren anklagen wird, die ja ihrerseits die Anständigen notieren und nicht nur symbolisch „mit Repressalien bedrohen“? Für eine Drohung mit der Faust erhält ein anderer Arbeiter zwei Monate Gefängnis. Damit die bekanntlich „unabhängigen“ Richter wissen, woran sie sind, hat der Justizminister die Staatsanwälte angewiesen, gegen alle Freisprüche von „Streikvergehen“ Appell zu erheben.

### Nach dem Streik.

Paris, 20. Oktober. Der Louloufer Ausschuss der Eisenbahner hat gegen den Beschluß des Pariser Ausständkomitees, die Arbeit wieder aufzunehmen, Protest eingelegt. Er erklärt in einem Aufruf, die Eisenbahner ließen sich durch einen solchen Verrat nicht entmutigen.

### Einschränkung des Koalitionsrechts?

Paris, 20. Oktober. In Fortsetzung der Aussprache über den Eisenbahnerausstand und seine Folgen machen heute mehrere, dem Ministerpräsidenten Briand nahestehende Zeitungen, insbesondere die „Action“ und „Radical“ Andeutungen, wonach man an eine Einschränkung der Koalitionsrechte der Arbeiter denke, in dem Sinne der Verhütung der Sabotage.

### Die Sabotageklagen werden überflüssig.

Paris, 20. Oktober. Im Ministerrat berichtete Briand, daß Vorkommnisse, die auf Sabotage zurückzuführen sind, immer weniger erfolgen, und daß der Dienst wieder einen normalen Verlauf nimmt.

### Eine Schandermär.

Paris, 20. Oktober. Aus Corbell (Dep. Seine et Oise) wird berichtet: Heute nacht wurde auf dem Eisenbahngleis der furchtbar verstümmelte Leichnam eines Mannes aufgefunden, der ein Bündel in der Hand trug, welches nach Ansicht der Bahnsbediensteten (!) eine Bombe enthielt. Es wird vermutet, daß der Verunglückte in dem Augenblick, als er die Bombe auf das Gleis legen wollte, von einem Zuge erfaßt und zermalmt worden ist. Genarmen sind beauftragt, den Leichnam bis zum Eintreffen der Gerichtsbehörde zu überwachen.

In der Provinz sind bei zahlreichen Anarchisten Haus-suchungen vorgenommen worden, welche zu neuen Verhaftungen führen dürften.

### Haus-suchungen und Konfiskationen.

Toulon, 20. Oktober. Im Arsenal sind in den Schatzkammern mehrerer Arbeiter, die für den Eisenbahnerausstand Propaganda gemacht hatten, Haus-suchungen vorgenommen worden, die zur Beschlagnahme einer Anzahl anarchistischer Schriften sowie von Communiqués der Konföderation der Arbeit und des Streikauschusses betreffend Organisation des Solidaritätsstreiks führten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober 1910.

### Reaktionäre Fieberphantasien.

Die Geshleiftungen der scharfmacherischen Presse werden immer konfus und alberner. Verschiedene konservative Blätter, allen voran das Organ des Herrn v. Bethmann Soloweg, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, bringen einen gleichlautenden Artikel, in dem gegen den Transportarbeiterverband gehetzt wird. Der Artikel stammt von „unterrichteter“ Seite, also vermutlich von der Polizei oder vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Nachdem die „Sünden“ des Transportarbeiterverbandes aufgezählt sind, heißt es:

„Man wird ... mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln den sozialdemokratischen Ausdrückungen begegnen und politischen Streichen das gemeingefährliche Handwerk legen müssen, um Vorgänge, wie in Koabit, zu vermeiden. Vielleicht kann man schon mit den bestehenden Gesetzen bei der ersten Ausbreitung von Streikposten in einem Betriebe das Streikpostenstehen in eben diesem Betriebe für die ganze Dauer des Ausstandes verbieten und dann noch vorkommende Brutalitäten mit allem Nachdruck ahnden.“

Wenn dieses Gerede einen Sinn hat, dann kann es nur heißen, daß zwar das Streikpostenausstellen nicht an sich verboten werden soll, wohl aber während der Dauer eines Streiks. Ein prächtiger Gedanke!

Bis zu welcher Höhe die verlogene Mache bereits gediehen ist, zeigt eine „Revolutionsäre Etappen“ überschriebene Notiz der „Deutschen Zeitung“ des Herrn Dr. Friedrich Lange. Die Herausgabe einer von Dr. A. Conrady verfaßten „Geschichte der Revolution“, eines seit Jahren vorbereiteten, ersten



wissenschaftlichen Wertes, durch die Vorwärts-Buchhandlung gibt dem die Deutschschweizer als seine Spezialität betreibenden Blatt Anlaß zu folgendem Fiebergeschwätz:

„Die Revolutionäre im Lande jubilierten. Sie wählten ihre Zeit bald herangekommen. Ihre Mineure sind eifrig an der Arbeit, unter die Grundbesitzer der bestehenden Ordnung ihre Bomben zu legen. Ohne Scheu und ungehindert dürfen die Wortführer von Klasse zu Klasse das Marschziel weisen. Aber das alles geht der erhiteten roten Phantasie noch nicht schnell genug. Die Revolutionierung der Köpfe muß noch gründlicher besorgt werden. Deshalb hat man sich jetzt ein neues Küchzeug erfunden. Auf blutrotem Papier gedruckt erzählt die Vorwärts-Buchhandlung eine Einladung zum Konnament auf ein neues sozialdemokratisches Handbuch „Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution von A. Conrady, reich illustriert in 50 Lieferungen zu 20 Pf.“

In Habrit und Werkstoff in jeder Versammlung und sonstigen Zusammenkunft soll für das neue Werk geworben werden. Die blutige Aufmachung des Einladungzettels — es sind nicht weniger als drei Hirtentafeln, darunter die Hirtentafel des englischen Königs Karl I. als doppelseitiges Blatt, darauf abgebildet — läßt für die „künstlerische Ausstattung“ der Zwanzigpfennighefte bisher Unerreichtes ahnen. Auch die blutroteste Phantasie wird dabei auf die Kosten kommen, und die Red' Carterhefte erhalten einen ernsthaften Konkurrenten.“

Kalte Einpadungen — und auf den Schädel einen Eisbeutel! Vielleicht hilft's noch.

### Kardinal Fischers Triumph.

Nach einer Meldung der „Rhein-Westf. Ztg.“ hat vorläufig der Kölner Erzbischof, Kardinal Fischer, über seinen streitbaren Gegner, den Fürstbischof Kopp von Breslau, einen Sieg errungen. Der Vatikan betrachtet das von dem Titularbischof von Jama, Msgr. Purdini, in der Kölner Diözese gegen Fischer gesammelte Untersuchungsmaterial als nicht ausreichend, um gegen den Erzbischof Fischer wegen Häresie und wegen dogmatischer Verfehlungen wider die Lehre und Disziplin der katholischen Kirche irgend ein Verfahren zu eröffnen. Weder die Zeitschrift der „Encyclica „Pasceendi“, noch die im „Motuproprio“ erschienen gezeigten, daraufhin den Erzbischof Fischer des Modernismus anzuklagen, geschweige zu überführen. Darüber ist denn auch kein Anklauger, der Kardinal-Fürstbischof O. v. Kopp in Breslau, in den letzten Tagen nicht im unklaren gelassen worden. Unter Rücksichtnahme auf das außerordentliche Vertrauen, welches der Fürstbischof an allerhöchster Stelle in Berlin genießt, wurde seinem Eifer, die Lehre und Ueberlieferung der hl. Kirche rein zu erhalten, volle Anerkennung zuteil, andererseits mußte ihm jedoch auch bedeutet werden, diesen Eifer zu zügeln, künftighin besondere Vorsicht walten zu lassen und von weiteren Angriffen wider seinen Amtsbruder abzusehen, weil in letzter Instanz die Entscheidung dem Heiligen Vater in Person zustehe.

### Zentrumsabgeordnete für ein Pluralwahlrecht.

Für die Einführung des Reichstagswahlrechts zum neuen Landtag in Elßah-Lothringen, den die Verfassungsreform bringen soll, jedoch „ergänzt“ durch Alters-Pluralstimmen, zu denen ja jeder einmal gelangen könne, wenn er alt werde,“ sprachen sich dieser Tage zwei eifrigste Zentrumsabgeordnete bei verschiedenen Gelegenheiten aus. Erst der Vertreter von Straßburg-Land, Abbe Dr. Will, in einer Zentrumsversammlung zu Schiltigheim bei Straßburg, dann der Vertreter von Erstein-Molsheim, Pfarrer Delfor, in einer Zentrumsversammlung zu Düttelheim. Beide Abgeordnete sprachen sich zugleich für die Einrichtung einer Ersten Kammer mit Ständevertretung, zusammengesetzt aus Vertretern der beruflichen Organisationen, der Städte, der großen Städte usw. aus. Nur die Ernennung von Mitgliedern dieser Ersten Kammer durch den Kaiser wird abgelehnt. Zur Ablehnung der von der Sozialdemokratie geforderten republikanischen Staatsform empfahligensten beide Redner mit rührender Uebereinstimmung auf Portugal, das jetzt auf dem Lande den Popanz bilden muß. Mit Bezug auf die kommenden Reichstagswahlen empfahl Abgeordneter Delfor mit löstlicher Rativität seinen Anhängern, sich vor allem gegen die künstliche Schürzung der Unzufriedenheit zu wappnen, wie sie bezüglich der Steuern und Fleischsteuerung jetzt in Szene gesetzt wird, und die „Hauptfrage“, die religiöse Frage in den Vordergrund zu rücken. Das möchte dem Zentrum allerdings gefallen!

### Die Schlächtermeister und die Viehtenerung.

In Halle a. S. fand gestern der Fleischrobermeisterstag von Anhalt und Sachsen statt, der nach längerer Beratung folgendes vom Obermeister Schill-Halle beantragte Beschluß annahm:

„Der Fleischrobermeisterstag von Sachsen und Anhalt rüchelt das bringende Ergehen an die Landesregierungen, unverzüglich Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind, den Notstand in der Fleischversorgung zu lindern und erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Als notwendig empfiehlt er: 1. Einfuhr von Schlacht- und Jagdwild aller Art zu mäßigen Preisen, gegebenenfalls zu denen des alten Patentes; 2. Aufhebung der Quarantänepflicht und Tuberkulinsimpfung für Schlachtvieh; 3. Abschaffung der Getreide- und Ausfuhrprämien; 4. zollfreie Einfuhr von Futtermitteln; 5. Erleichterung oder höhere Besteuerung vielerlei Viehschlachten, oder sonstige geeignete Maßnahmen zur Vermehrung und Verbesserung der Viehhaltung im Inlande.“

Feiner wurde noch folgender Zusatz des Fleischrobermeisters und Reichstagsabgeordneten Robert Rogdeburg angenommen:

„Der Fleischrobermeisterstag ist ferner der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige allgemeine Lebensmittelverknappung eine notwendige Folge der jetzt besorgten Wirtschaftspolitik; er kann eine dauernde Besserung nur in einer Verringerung aller Lebensmittelzölle und Verbrauchssteuern erblicken.“

### Der Protest gegen das System Waabit.

Gegen die reaktionäre Hege wandten sich in Köln am Mittwochabend vier stark besuchte Versammlungen, die gegen die reaktionären Bestrebungen, die Vorgänge in Waabit gegen die Arbeiter auszuwählen, protestierten. Im Volkshaufe geistelte Genosse Dr. Schmidt unter stürmischem Beifall der Versammelten das niederträchtige Benehmen des Zentrums. Wenn es nach dieser Partei ginge, dann hätten die heute noch nicht das Konstitutionsrecht für gewerbliche Arbeiter. — Ein Vertreter der freien Jugendbewegung wies die Behauptung der Scharfmacherpresse zurück, daß die freie Jugend an den Vorgängen in Waabit beteiligt gewesen sei. — Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

In einer überfüllten Versammlung zu Hagen i. W. referierte Genosse Dittmann Solingen. In wirkungsvoller Weise verstand es der Redner, oft von tosendem Beifall unterbrochen, die Vorgänge in Waabit und deren Ursache sowie das Vorgehen der Polizei zu schildern und den „Koschkei“ der reaktionären Presse und des Scharfmachertums nach Knebelungsgefehen gegen die Arbeiterschaft zu kennzeichnen. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem in letzter Zeit geradezu auffälligen Verhalten der Hagener Polizeiverwaltung gegen die Arbeiterschaft. Ebenso einstimmig gelangten die Versammelten zu folgendem Entschluß:

Die Versammelten wehren sich entschieden gegen die unerhörte Dreistigkeit der Hagener Polizeibehörde, die das Recht für sich in Anspruch nimmt, trotz gegenteiliger Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, Mitglieder der Versammlungen zu überwachen, wie das vor kurzem bei der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes geschah. Sie fordern das Oberhaupt der Hagener Polizeiverwaltung, Herrn Oberbürgermeister Luno, auf zu erklären, wie er das Vorgehen der Polizei mit seinen früheren Äußerungen über das liberale Reichsvereinsgesetz in Einklang bringen will.

Volkerversammlungen mit dem Thema „Die Not des Volkes und die Not des Kaisers“, die von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufen waren, fanden in den rheinischen Landgemeinden Kößlig, Harpersdorf, Niederböhmersdorf und Burgbach statt. In allen Versammlungen wurden namentlich die bekannten Forderungen zur Bekämpfung der Fleischsteuerung erhoben.

### Eine Sozialistendebatte in der Hamburger Bürgererschaft.

Am Mittwochabend gelangte in der Hamburger Bürgererschaft der Antrag der Linksliberalen auf Einführung eines staatlichen Arbeitsnachweises zur Beratung. In sachkundiger Weise schilderte Dr. Petersen die Hamburger Art der Arbeitsvermittlung mit ihrem wirren Durcheinander und ihren Auswüchsen, und verlangte den staatlichen Arbeitsnachweis unter paritätischer Verwaltung. Das wäre, meinte er, ein Weg, die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer wenigstens in diesem Punkte zu überbrücken. Als Argumente für seinen Antrag führte er an: „Wir wollen nicht, daß der Arbeitsnachweis ein Kampfbühnen zwischen Unternehmern und Arbeitern sei; wir wollen nicht, daß die Stellenvermittlung gewerbmäßig ausgebeutet wird; wir wollen aber durch gemeinsames Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern unter Aufsicht des Staates die Interessen sowohl der Arbeiter und Angestellten wie der Arbeitgeber wahrnehmen.“

Gegen diesen philanthropischen Illusionär zogen nun die Vertreter der Unternehmerinteressen zum Felde, indem sie nach bekanntem Muster von dem Terrorismus der organisierten Arbeiter fabulierten und das Schreckgespenst des Zukunftsstaates an die Wand malten. Alle abgedrohtene Strafen wurden aufgewärmt, um zu beweisen, was bei einer paritätischen Zusammenziehung eines solchen Arbeitsnachweises herausspringen würde. Die mächtigen Gewerkschaften würden bald die Oberhand gewinnen, die Unorganisierten zurückgesetzt werden, denn es brauche nur ein Unternehmer umzu-sollen, und aus wäre es mit der Parität. Dieses grause Bild wurde von einem Sozialistenführer noch weiter ausgemalt, der, als auf Süddeutschland hingewiesen wurde, pathetisch ausrief: „Ja, dort sind auch die Sozialisten gang andere Leute! Wenn wir mal hier so vernünftige Sozialdemokraten hätten, die mit sich reden lassen, die für das Budget stimmen, dann würden wir auch anders reden.“ Auf den Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten, man solle doch das Klassenwahlrecht abschaffen, erwiderte dieser Ordnungskämpfer: „Vorläufig haben wir noch das Best in der Hand.“

Genosse Bartels rechnete mit den Scharfmachern gebührend ab, ebenso auch die Genossen Weinheber und Hense.

Dr. Petersen bezeichnete die von den Scharfmachern vom Zaune gebrochene Sozialistendebatte als eine politische Unklugheit, weil auch sehr prominente Personen — z. B. der Handelsminister Dr. Delbrück — solche Arbeitsnachweise fordern.

Der Antrag wurde an einen Ausschuß verwiesen.

### Frankreich.

#### Die Wahlreformvorlage.

Paris, 20. Oktober. Die Kommission der Kammer für die Wahlreform hat gestern ihre Arbeiten endlich begonnen. Auf Antrag des Vorsitzenden Duiffon wurde mit 20 gegen 6 Stimmen beschlossen, am Prinzip der Verhältniswahl festzuhalten. Auf Antrag des Abgeordneten Joseph Reinach beschloß dann aber die Kommission, aus ihrer Spezialberatung den Wortlaut der Regierungsvorlage zugrunde zu legen, welche bekanntlich nicht die reine Verhältniswahl vorschlägt, sondern nur bis zu einem gewissen Grade die Vertretung der Minderheiten sichern will. Die Kommission wird Montag die Spezialberatung beginnen.

#### Neubeziehung des Ackerbauministeriums.

Paris, 20. Oktober. Der heutige Ministerrat wird sich voraussichtlich mit der Frage der Besetzung des infolge der Erkrankung Ruauz erledigten Ackerbauministeriums beschäftigen. Außer dem Obmann der Kommission, Generalberichterstatter Kloy, werden die Deputierten Clementel und Fernand David als Kandidaten genannt. Das Gerücht, der Ministerpräsident wolle den Rücktritt Ruauz zu einer teilweisen Umgestaltung des Kabinetts benutzen, wird an maßgebender Stelle als durch-aus unbegründet bezeichnet.

### Belgien.

#### Gegen Wilhelm II.

Brüssel, 20. Oktober. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Unsere Parteigenossen haben beschlossen, anlässlich des Besuchs Wilhelms II. ein Protestmeeting abzuhalten. In dem Meeting soll dem deutschen Volke die Sympathie des belgischen Volkes bezeugt werden, aber diese Sympathie sei unvereinbar mit der Huldigung für einen absolutistischen Kaiser, um dessentwillen so zahlreiche Parteigenossen in deutschen Gefängnissen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung schmachten müßten.

### Portugal.

#### Abschaffung des Eides.

Lissabon, 20. Oktober. Ein heute erschienenes Dekret der Regierung schafft den religiösen Eid ab und ersetzt ihn durch die einfache Formel: „Ich schwöre bei meiner Ehre.“

#### Schlechtes Gewissen.

Lissabon, 20. Oktober. Der Direktor der staatlichen Münze hat sich erschossen, als er die Aufforderung erhielt, vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen, um über seine Verwaltung Rechenschaft abzulegen.

### Spanien.

#### Tumulte in einer Kirche.

Madrid, 20. Oktober. In der Kirche von Corcoblan (Provinz Corogna) hielten zwei Jesuiten eine Rede, in welcher sie

heftige Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Canalejas und die liberale Presse richteten. Die Anwesenden erhoben dagegen lebhaften Protest und es kam schließlich zu einem fürchterlichen Tumult und einer Schlägerei. Die beiden Jesuiten wurden von den Anwesenden fürchterlich verprügelt. Mehrere Mönche sowie der Pfarrer der Gemeinde ergriffen die Flucht. Als die Behörden an Ort und Stelle erschienen, waren die beiden Jesuiten verschwunden.

### Italien.

#### Landarbeiter und Latifundienbesitzer.

Rom, 20. Oktober. In der Provinz A b e n n a kam es zu neuen Unruhen, die sich gegen die Großgrundbesitzer richteten. 800 sozialistische Arbeiter drangen in das Anwesen von Grundbesitzern in Santa Sachanha ein. Es wurden Revolvergeschosse gewechselt; mehrere Personen sind verletzt worden. Eine Anzahl von Verhaftungen wurde von der Gendarmerie vorgenommen. Zu derselben Zeit zerstreuten die Truppen mehrere 100 Arbeiter, welche gemeinsamen Besitz von Gemeindeflächen nehmen wollten. Die Lage ist eine sehr ernste.

### England.

#### Flottentreiberei.

London, 20. Oktober. Die konservativen Presse begrüßt mit Beifall Balfours gestrige Flottenrede, wiederholt seine Argumente und tadelt die Unterlassungsfinden der Regierung. „Daily Telegraph“ erklärt, die Rede rechtfertige Balfour gegenüber den Angriffen unzufriedener Konservativer. — „Morning Post“ erblickt in der Rede einen Erfolg der Agitation der Jungkonservativen. — Die liberalen Zeitungen bekämpfen die Ausführungen Balfours lebhaft. „Daily Chronicle“ beklagt seine auf parteipolitische Gründe zurückzuführenden Uebertreibungen. Sie erklärt es als einen gefährlichen Unsinn, zu behaupten, daß der Zweimächte-Standard gegenwärtig nicht einmal annähernd gewahrt sei. Balfour handle absurd, wenn er die älteren Schiffe übersehe. Seine Behauptung, daß England eine Ueberlegenheit von nur vier Schiffen besitze, sei eine so ungenaue, daß sie an Gewissenlosigkeit grenze. England wolle eine ausreichende Sicherheit und nichts mehr. — „Daily News“ betont, wenn Englands Ueberlegenheit im Jahre 1905 gesunken sei, so sei Balfour selber dafür verantwortlich. Das Blatt weist darauf hin, daß in Deutschland gegenwärtig nicht eine Verringerung, sondern eine Verlangsamung des Bauprogramms eingetreten sei. Es zitiert für diese Behauptung den „New York Herald“, denn von den vier Schlachtschiffen des deutschen Bauprogramms für 1910 seien bis Ende September drei noch nicht auf den Kiel gelegt. Ein übergroßes englisches Bauprogramm allein könne ein neues deutsches Flottengesetz herbeiführen.

### Persien.

#### Die Antwort an England.

Teheran, 20. Oktober.

Die persische Regierung hat bisher noch keine Antwort auf die Note der britischen Regierung abgesandt. Aus guter Quelle wird über den Inhalt der Antwortnote, die wahrscheinlich morgen oder am Sonnabend überreicht werden wird, folgendes berichtet: Die persische Regierung führt die Unordnung im Lande hauptsächlich auf die Anwesenheit der fremden Truppen zurück, sie habe die unbeabsichtigte Wirkung, daß sie die Reaktionen zu falschen Hoffnungen auf die Wiedereinsetzung des früheren Schahs ermutige. Die Regierung führt die Unordnungen ferner auf die Tatsache zurück, daß sich die bisherigen Versuche, Geld aufzunehmen, als erfolglos erwiesen hätten, und daß sich infolgedessen im Auslande die Ansicht verbreitet habe, daß die persische Regierung der pekuniären Hilfsquellen ermangele. Die Vermählung, ein gemeinschaftliches Darlehen von England und Rußland zu erhalten, sei selbsterlöschend, weil die politischen Bedingungen unannehmbar gewesen seien, von deren Erfüllung die Gewährung des Darlehens abhängig gemacht worden sei. Ein darauf folgender Versuch, von einem Finanzminister Geld zu erhalten, sei wegen anderer, in der Hauptsache ebenfalls politischer Gründe erfolglos geblieben. In der Antwortnote wird ferner auf die Verhandlungen Bezug genommen werden, die jetzt zwischen der Regierung und einem Londoner Hause stattfinden, und erklärt, daß man beabsichtige, den größeren Teil der durch diese Transaktion erlangten Geldern auf die Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden. Man hoffe, daß die britische Regierung diese Verhandlungen günstig aufnehmen werde. Der wichtigste Punkt der Antwortnote wird das Ansuchen an die britische Regierung sein, daß sie einer Erhöhung der Zölle um 10 Proz. zustimmen solle. In Falle der Zustimmung werde die persische Regierung die Verpflichtung übernehmen, den Ueberschuß zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung zu verwenden.

#### Die persische und türkische Auffassung.

Konstantinopel, 20. Oktober. Englands Ultimatum an Persien verursacht hier Sorge und gespannter Aufmerksamkeit. Man verheißt sich die eminente Gefahr nicht, welche es für das ganze Mesopotamien birgt, wenn Südpersien als Pufferstaat in englische Verwaltung übergeht und England in direkteste Nachbarschaft zu den türkischen Golfprovinzen tritt.

Ein Redakteur des „Jeune Turque“ hatte eine Unterredung mit einem hiesigen diplomatischen Vertreter Persiens, aus dessen Äußerungen besonders hervorzuheben ist, daß die Engländer durch das persische Abkommen mit Rußland diesem eine Barriere nach Indien vorschoben und dadurch erreichten, daß Tibet für sie ein Feld freier Besitzung würde. Jetzt suche England die Antipathie der Perser gegen Rußland zu steigern, um Rußland zu zwingen, seine Truppen, deren Einisierung Persien reklamiert, nicht zurückzuziehen. Rußland solle dadurch zu einer Politik gegen die Türkei gedrängt werden. (Bedeutet doch die militärische Besetzung von Hermandschah durch Rußland eine fortgesetzte Bedrohung der Türkei. England hat bei seinem Vorgehen auch die Frage der Bagdadbahn, welche eine feste Sorge Englands bedeutet, scharf im Auge. England wolle lediglich indirekt die Türkei und Deutschland bedrohen, da es wohl wisse, daß kein Interesse es sonst drängt, heute persisches Territorium zu besetzen, denn Persien ist nicht in derselben Lage wie Ägypten. Der persische Diplomat versicherte, daß Persien diese ausländische Herrschaft nicht dulden und die Perser es vorziehen würden, unterzugehen.)

### Amerika.

#### Bestrafungsversuche.

New York, 20. Oktober. Die Untersuchung seitens der New Yorker Legislatur ergab, daß Kennedys Unteressen eine halbe Million aufgebracht haben, um die Annahme eines Gesetzes, das die Wettrennen verbietet, zu verhindern.



# Gewerkschaftliches.

## Ein führendes Zentrumblatt gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Seit Jahren gibt die „Germania“ als Zentralorgan der Kapitalisten katholischer Obervanz ihrer Abneigung gegen die Arbeiterbewegung unerbittlichen Ausdruck. Ob die Ausgebildeten freigewerkschaftlich oder christlich organisiert sind, ist dem Zentrumsbüro dabei gleichgültig; wenn Arbeiter einmal dem Bedürfnis zur Organisation genügen wollen, dann mögen sie es höchstensfalls zu Streikbrecherzwecken in den unter geistlicher Leitung stehenden katholischen Fachabteilungen tun. Von diesem Standpunkt aus wetteiferte die „Germania“, denn auch mit den giftigsten Reichsverbandsblättern im Gezeiter über die Verschwendung der „Arbeitergroßen“ in den Gewerkschaften. Auch in ihrer Nr. 242 vom 20. Oktober 1910 rechnet sie unter der vielbesetzten Ueberchrift „Sozialdemokratische Wirtschaft“ zum Behagen aller Arbeiterfeinde aus, daß der Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands den fünften Teil seiner Einnahmen für Beamtengehälter und Kongresse verbräutet habe.

Wir sind der sachlichen Auseinandersetzung mit dem katholischen Unternehmerorgan überhoben, wenn wir eine Antwort abdrucken, die die von dem jetzigen Zentrumsgewerkschaftsleiter Sieberts herausgegebene „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bereits vor 8 Jahren der „Germania“ in einem ähnlichen Falle erteilt hat. Ende Dezember 1902 erdachte in ihren Spalten dasselbe Vieh über sozialdemokratische Ausbeutung der Arbeiter. Diese Unaufrichtigkeit trieb Herrn Sieberts die Galle ins Blut. Die von ihm redigierte „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ nannte die Niederträchtigkeit des führenden Zentrumsbattes eine „Entgleisung“ und dann schrieb sie wörtlich weiter über den Artikel der „Germania“:

„Wir wünschen, daß man sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Partei ein Beispiel nehme. Ob in der sozialdemokratischen Partei mehr Streber sind als in anderen Parteien, können wir nicht beurteilen, da kein Material dafür vorliegt. Wir haben aber den Eindruck, daß die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren „bezahlten“ Führern ein reichliches Maß von geistlicher und agitatorischer Arbeit fordern, und daß diese auch wohl meistens geleistet wird. Schließlich aber ist es Sache der sozialdemokratischen Arbeiter, zuzusehen, wie ihre Agitationsgroßen verwendet werden.“

Unsere eigene Sache wird aber durch Artikel, wie sie die „Germania“ bringt, nicht sonderlich gefördert werden. Innerhalb der Zentrumspartei mehren sich ständig die Klagen über den Mangel an Mitteln, um eine umfangreiche Agitation gegen die gegnerischen Parteien zu entfalten. Die Anstellung von Sekretären, auch nur für große Landbestände, ist aus dem nämlichen Grunde unterblieben. Infolgedessen werden oft die besten Gelegenheiten und die erfolgreichsten Mittel für die Agitation unbenuzt gelassen. In Zentrumskreisen ist man sich längst klar, daß hier eine Veränderung eintreten muß, soll nicht eine Position nach der andern dem Gegner überlassen werden, und soll nicht schon die nächste Wahl selbstsame Ueberreaktionen für uns bringen, so ist es notwendig, daß ungefähr die Agitation auf der ganzen Linie vorbereitet wird. Dann werden wir aber in die Lage kommen, das zu tun, was die „Germania“ bei den Sozialdemokraten verurteilt und von unseren Parteianhängern Beiträge erheben müssen, und dann — werden auch unsere Speicher entgegenhalten: Aber das tun doch nur die Sozialdemokraten. Sollen wir nun auch Futterkrippen schaffen für politische Streber und Agitatoren? Was soll also mit solchen Angriffen etwas vorichtiger sein.“

Führt man sich diese Antwort eines Zentrumsmannes vor Augen, dann kann man sich vorstellen, welche einen Gefallen die „Germania“ den Reuten der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren Heuchlerphrasen über die Verwendung der Arbeitergroßen erweist. Dann tritt aber auch von neuem zutage, wie sehr der Zentrumsführer Bachem im Recht war, als er in der im Juli 1902 abgehaltenen Sitzung des Augustinervereins für die katholische Presse sagte:

„Seine Presse setze so niedrig da und in keiner Weise so gehässig gelämpft, wie in der Reichszeit der Zentrumspresse, die da wo die Gründe verlogen, zur persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung greife. In der persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung der Gegner werde die katholische Presse von keiner anderen Presse übertroffen.“

### Berlin und Umgegend.

**Wähtung, Holzschneider!** Bei der Lohnbewegung ist es jetzt in der Werkstatt von Berlin und Wertens, Planteuffel Straße, zur Arbeitseinstellung gekommen. Da versucht werden wird, die Arbeit außer dem Hause anfertigen zu lassen, ersuchen wir die Kollegen, Obacht zu geben und diese zurückzuweisen. Es handelt sich um Stuhlarbeit für die Firma Stiman. Die Branchenkommission.

### Die Herrenmasschneider

hielten am Mittwoch in den Arminhallen eine zahlreiche Besuchte Versammlung ab, in der Kaufmann über die Situation in der Branche und über die Tätigkeit der Kommission berichtete. Die Kommission war in dem verflochtenen Geschäftsjahr unablässig tätig, die Organisation in der Branche immer mehr zu stärken und das Tarifverhältnis immer mehr zu festigen. Sie war in 43 Werkstattversammlungen vertreten. Die Gesamtzahl der abgehaltenen Werkstattversammlungen ist jedoch noch größer, denn in einer Reihe von Geschäften hatten die stark organisierten Masschneider ihre Sitzungen ohne Mithilfe der Kommission ab. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Herrenmasschneiderbranche erstreckt sich jetzt nach dem vorliegenden Verzeichnis auf 359 Geschäfte. Inzwischen ist die Zahl noch größer geworden. Das Tarifverhältnis breitet sich immer mehr aus, und es zeigt sich auch, daß die Arbeitgeber sich daran gewöhnen, den Tarif auch während der Zeit salutarer Geschäftsganges innewohnen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Masschneider in den Geschäften selbst stets auf dem Posten sind, um irgendwelche Tarifdurchbrechungen zu verhindern. Denn Versuche dazu werden hier und da immer wieder gemacht. So hat die Tarifüberwachungskommission in ihrer letzten Sitzung mit der Arbeitgebern lange Auseinandersetzungen mit der Firma Goldschmidt, Friedrichstraße, gehabt, die Majorarbeit in der Konfektion unterzuziehen sucht, um auf diese Weise ein gut Teil an den Arbeitslöhnen zu sparen. Die Angelegenheit ist noch nicht zur Entscheidung gekommen, da die Arbeitgebervertreter für einen bestimmten Beschluß nicht zu haben waren. Die nächste Sitzung, die voraussichtlich am kommenden Dienstag stattfindet, wird sich von neuem damit befassen. Eine andere Firma, Albert Erich, gegen die ebenfalls Klage wegen Tarifbruch vorlag, war nicht zur Sitzung erschienen, so daß es hier den Arbeitnehmern überlassen blieb, auf anderem Wege ihre Rechte geltend zu machen. Einzelne Firmen versuchen immer wieder, neben der für sie geltenden Tarifklasse eine niedrigere einzuführen und begründen das oft damit, daß ihr Geschäft zugrunde gehen möchte, wenn sie nicht einen Teil ihrer Arbeiter zu den geringeren Preisen beschäftigen könnten. Die Arbeitnehmer müssen jedoch im Interesse der strikten Durchführung der Tarife ein derartiges Verlangen ablehnen. Sonst würden hundert andere Firmen kommen und das gleiche für sich in Anspruch nehmen. Irgend eine Kontrolle über das Tarifverhältnis würde dadurch unmöglich gemacht.

In der Versammlung wurden ferner die Kandidaten zur Neuwahl der Branchenkommission aufgestellt; die Wahl selbst findet in der Generalversammlung statt.

### Deutsches Reich.

#### Zum Feilenhauerstand in Remscheid.

In einer Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Remscheid wurde auch über den Stand der Feilenhauerbewegung berichtet, die sich nimmermehr über die Dauer von 16 Wochen ausdehnt. In einer Unterredung zweier Vertreter mit dem Bürgermeister Jarres sei diesen mitgeteilt worden, daß die Verträge des Bürgermeisters, zwischen den Fabriken und den Arbeitnehmern eine Einigung herbeizuführen, gescheitert seien. Der Berichterstatter teilte weiter mit, daß die ausländischen Feilenhauer die Weiterführung des Ausstandes beschloßen hätten. Schließlich schloß die Versammlung mit einem Aufruf an die Arbeiterchaft Remscheids, den Ausständigen mit allem Nachdruck in ihrem Kampf beizustehen.

#### Drohender Kettenmacherstand.

Die in der Edelmetallindustrie zu Pforzheim beschäftigten Kettenmacher haben wegen Ablehnung ihrer Forderungen beschloßen, am nächsten Montag zu kündigen. Die Kettenindustrie beschäftigt hier über 2000 Arbeiter.

#### Die Beendigung des Werstarbeiterstreiks.

Hamburg, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die mit der Hamburg-Amerika-Linie gepflogenen Verhandlungen sind nunmehr nach dreitägiger Dauer zum Abschluß gelangt. Die Arbeiter haben den Abmachungen bereits zugestimmt, die wie folgt lauten: Die im Mai 1900 um 2 Pf. erhöhten Löhne werden allgemein um 3 Pf. erhöht. Schaffung von Einstellungs-löhnen, mindestens für ungelernete Arbeiter 40 Pf. Regelung der Akkordarbeit entsprechend den erhöhten Löhnen. Regelung der Ueberarbeit. Schaffung eines Arbeitsnachweises. Die zehnjährige Arbeitszeit wird nicht verlängert.

Am Donnerstag wurde ein großer Teil der Werstarbeiter wieder eingestellt. Auf dem „Vulkan“ und der Reichertstegwerk wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Blohm u. Bock stellten ein Drittel der Ausständigen am Donnerstag ein, der Rest soll am Freitag und Sonnabend eingestellt werden.

#### Lohnbewegungen im Lithographengewerbe.

In den Berlin-Neuroder Kunstsalzen, Abteilung Neurode, verlangten die Lithographen, Steinbruder und Steinbruder-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen. Nachdem mit der Direktion und der gemeinsamen örtlichen Kommission eine Einigung nicht erzielt wurde, traten die Zentralleitungen der beiden in Betracht kommenden Verbände mit der Generaldirektion in Unterhandlung. Es wurde nach längeren Verhandlungen ein Tarif auf vier Jahre abgeschlossen, mit der Maßgabe, daß nach Verlauf von drei Jahren die Löhne einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden für Lithographen, früher 8 1/2, Stunden, und für Steinbruder auf 9 Stunden, früher 9 1/2, Stunden, verlängert. Bei dem übrigen gesamten Personal wurde die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 1/4, Stunden pro Tag verlängert. Die Feiertage werden gezahlt, ebenso für Ueberstunden 25 und 50 Prozent. Für Lithographen und Steinbruder wurden Mindestlöhne im ersten Gehilfenjahr auf 18 M., und im zweiten Gehilfenjahr auf 21 M. festgesetzt. — Bei den Steinbruder-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen, wie auch bei einigen Lithographen und Steinbrüdern erfolgten außerdem Lohnzulagen. Die Verlängerung der Arbeitszeit kommt über 400 Personen zugute.

In Vietzheim (Wittenberg), Linoleumwerke, reichten wegen verschiedener Mißstände die Drucker ihre Kündigung ein. Zugang ist fernzuhalten.

#### Zum Straßenbahnerstreik in Bremen.

Bremen, 20. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer Versammlung der Streikenden wurde beschloßen, der Aufsichtsbehörde mitzuteilen, daß man das Vertrauen zu ihr in bezug darauf, daß sie die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führe, verloren habe. Vorläufig sind also die Verhandlungen abgebrochen. Wie die Mitglieder der Aufsichtsbehörde ihre Vermittlerrolle auffassen, kann man sich denken, wenn man erfährt, daß sie sämtlich Aktionäre der Straßenbahn sind. In einem Flugblatt, das heute abend verbreitet wurde, protestieren die Streikenden gegen die Verdrehungen des bürgerlichen Presse und klären das Publikum über die Ursachen des Streiks auf.

Gestern abend kam es infolge der Polizeiaufgebote wieder zu Zusammenstößen, allerdings nicht in dem Maße, wie am Dienstagabend. Aber die Polizei hieb wieder mit der blanken Waffe auf friedliche Passanten ein und gab damit raudanlustigen Elementen Anlaß, Straßenlaternen und Schaulustigen zu zertrümmern.

Wie die „Bürgerzeitung“ mitteilt, sind ihr von Augenzeugen viele Zuschriften zugegangen, die Zeugnis von dem brutalen Vorgehen der Polizei am Dienstagabend ablegen.

Die „Bürgerzeitung“ ist in der Lage, von einem Telefongespräch, welches der Streikbrecheragent Dienstag mit seiner Firma, Auguste Müller & Co., Wandsbek, hatte, Mitteilung zu machen. Er berichtete, daß sie gestern angekommen seien und eine schwere Attacke gehabt hätten. Die Polizei sei hier kolossal schlapp. (Ob er das nach den gestrigen Vorfällen noch aufrecht erhält? D. Red.) Er berichtet ferner, daß er von Bremen sehr enttäuscht sei und daß nichts zu machen sei. Auf der Straße dürften sich die Leute nicht sehen lassen. Mit solch einem öffentlichen Betrieb sei die Sache schwer zu machen; in einer Fabrik ginge das besser.

Der Streik der Gasarbeiter in Hildesheim ist beendet. Nachdem sich in den ersten Tagen des Ausstandes eine große Anzahl Arbeitwilliger von Hannover, Osnabrück, Hamburg und Eisen der Gaswerksverwaltung zur Verfügung gestellt hatten, mußten die Ausständigen den Streik als beendet erklären. Der Magistrat hatte keine Mittel gesucht, um die streikenden Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen. Rund dreimal so viel Leute, als sonst beschäftigt waren im Gaswerk tätig, um Hausreichdienste zu leisten. Hierzu kam, daß sich auch organisierte Arbeiter, im besonderen solche der christlichen Organisation, fanden, um ihren Mitkollegen in den Rücken zu fallen. Der Magistrat ließ nur eine verschwindend geringe Zahl der früher Beschäftigten wieder einstellen. Die Rache des Siegers! Dauernd wird der Magistrat sich dieses Sieges wohl nicht freuen. Dafür wird schon die Organisation Sorge tragen.

#### Ein Erfolg des Textilarbeiterverbandes.

Durch ihr einmütiges und entschlossenes Vorgehen erzielten die Textilarbeiter der Feinspinnerei Augsburg einen beachtenswerten Erfolg. Auf Grund der durch die Organisation gestellten Forderungen erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen — etwa 1000 an der Zahl — eine Lohnerhöhung von 10 Prozent; ferner wurden den Ansehern und Aufsehern weitere Verbesserungen der Lohnverhältnisse zugesprochen, so Entschädigung für Verhältnisse, die durch Warten auf Material oder durch Reparaturen hervorgerufen wurden. Der Erfolg, der hier erzielt wurde, ist umso höher anzuschlagen, als die Textilindustriellen in Augsburg zu den Unternehmern gerechnet werden müssen, die bisher jede Arbeiterforderung ablehnten.

Ausstand der Münchener Elektromonteur und Helfer. Die Arbeiterchaft der elektrotechnischen Installationsfirmen Münchens hatte im September durch den Deutschen Metallarbeiterverband den

Firmeninhabern folgende Forderungen unterbreiten lassen: Die Arbeitszeit soll allgemein auf neun Stunden herabgesetzt werden, Gewährung einer Lohnerhöhung von durchwegs 4 bis 7 Pf., Regelung der Montagezulage und der Zulagen für Ueberstunden nach einheitlichen Verhältnissen. — Die Arbeitgeber haben nun kein Mittel unversucht gelassen, eine Regelung durch den Metallarbeiterverband zu hintertreiben, diesen völlig auszuschalten. In einer außerordentlich gutbesuchten Versammlung der Elektromonteur wurde einstimmig beschloßen, bei den Firmen „A. E. & G.“, Siemens-Schubert-Werke, Kircher, Witt u. Co. und Alois Zettler zunächst die Arbeit niederzulegen. — Zugang von Elektromonteur und Helfern nach München ist streng fernzuhalten.

## Versammlungen.

Der Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter und verwandter Berufsangehörigen hielt am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Schuld erkrankte den Geschäftsbericht für das dritte Quartal 1910. Er wies zunächst auf den neuen Namen der Organisation hin, veranlaßt durch die Verschmelzung mit den Mälzearbeitern, die der Fieber zur gemeinsamen Arbeit willkommen hieß. In der Mitgliederbewegung ist gegenüber dem zweiten Quartal wieder ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Ohne die Mälzearbeiter betrug die Zahl der Mitglieder im dritten Quartal 4200. — Schuld besprach dann eine Reihe von Verhandlungen mit den Unternehmern, die in der Regel mit Erfolg geführt wurden. Im ganzen machten sich 47 Verhandlungen notwendig. 88 Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und 26 Sitzungen der Verwaltung und Funktionäre fanden statt. Das dritte Quartal brachte reiche Arbeit in Tarifangelegenheiten, sowie in der Organisation der Angestellten in den Weibierbrauereien, ferner in den Vorbereitungen zur Verschmelzung mit den Mälzearbeitern, und in der Neuregelung eines Statuts, welches jetzt für das vierte Quartal, Geltung erlangt, indem die Karenzzeit in Fällen der Unterfügung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit verlängert wird.

Den Kassenbericht für das dritte Quartal 1910 legte Kasper der Versammlung vor. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 28 022,35. Unter den Ausgaben stehen bezeichnet für Krankenunterstützung 5622,40 M., für Arbeitslosenunterstützung 2158 M., für Beihilfe in Sterbefällen 905 M., die Lokalkasse hatte am Schlusse des letzten Quartals einen Bestand von 45 063,51 M., die Einnahmen im dritten Quartal betragen 3309,93 M., die Ausgaben 1794,24 M., somit wurde ein Ueberschuß von 1615,69 M. erzielt. Der Bestand am Schlusse des dritten Quartals betrug demnach 46 679,20 M. Die Versammlung nahm dann verschiedene Wahlen vor. Als Bezirksvorstand wurden Hodapp, Schuldt, Schmitz und Paz Müller gewählt. Zu den drei bisherigen Revisoren wurde noch ein Ersatzmann aus den Reihen der Mälzearbeiter gewählt. Ferner wurde die Wahl von neun Beisitzern zum Hauptvorstande vorgenommen.

Auf Antrag der Vertrauensmänner und des Vorstandes erklärte sich die Versammlung für eine Kräftigung über die allgemeine Durchführung des wöchentlichen Lokalbeitrags von 10 Pf. resp. 5 Pf. Das Unterfügungssystem soll dafür noch weiter ausgebaut werden.

Unter verschiedenen Angelegenheiten, die am Schlusse der Versammlung zur Besprechung kamen, wurde noch die Anstellung von Schipfel für die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission erwähnt, und zwar in mißbilligender Weise.

Die Versammlung nahm noch von einem Vorgang in der Völgow-Brauerei Kenntnis, der große Entrüstung hervorrief. Diese Brauerei bezieht ihre Ausschulskräfte von dem Arbeitsnachweis. Sind aber feste Stellen zu vergeben, so sucht die Firma auf ihr Recht, die Prospektionsstellen betreffend, und holt sich Leute von außerhalb. So hat die Firma jetzt einen Mann von einem Garderegiment für eine feste Stelle engagiert, während Hunderte von Brauereiarbeitern als Arbeitslose im Nachweis eingetragene sind und auf eine Arbeitsgelegenheit warten.

## Gerichts-Zeitung.

Für Mieter von Wohnungen mit Zentralheizung ist ein Urteil des Kammergerichts — 2. Zivilsenat — von Interesse. Aus den von den „M. f. A.“ mitgeteilten ausführlichen Urteilsgründen ergibt sich kurz folgender Tatbestand. Ein Mieter hatte eine Wohnung mit Zentralheizung gemietet. In dem Mietvertrage hieß es: „Die Zentralheizung ist vom Oktober bis April einschließlich ständig, vom Mai bis September nur an besonders kalten Tagen auf Wunsch des Mieters in Betrieb zu halten.“ Eine nähere Bestimmung der zu leistenden Wärmegrade ist in dem Vertrag nicht enthalten. Der Mieter hatte sich nun andauernd über zu geringe Erwärmung zu beklagen; er beschwerte sich darüber bei dem Wirt unter Androhung einer vorzeitigen Lösung des Mietvertrages, und als die Beschwerde keinen Erfolg hatte, verließ er die Wohnung und kündigte das Mietverhältnis vorzeitig auf. Das Kammergericht hat ihn auf Grund des § 542 B. G. B. für berechtigt erachtet. Es sagt in seiner Entscheidung u. a.: Als Normaltemperatur ist eine Wärme von durchschnittlich 15 Grad R. anzusehen, wie sie auch nach der Verkehrspraxis als angemessene Durchschnittstemperatur von Wohnräumen, deren Heizung durch eine Zentralheizungsanlage erfolgt, bezeichnet zu werden pflegt. Demgemäß hatte der Vermieter eine solche Temperatur für die vermieteten Wohnräume zu gewähren (§ 242 B. G. B.) und zu diesem Zweck die Zentralheizung „vom Oktober bis April“, wie es in dem Vertrage heißt, ständig in Betrieb zu halten.“ Mit Rücksicht hierauf bedurfte es keiner Prüfung, ob etwa den Grundfragen medizinischer Wissenschaft und Erfahrung, auf welche der beklagte Vermieter besonderes Gewicht gelegt hat, schon eine Temperatur von 13 Grad R. für normale Menschen als ausreichender Wärmegrad erachtet wird. Nach der Vereisungsaufnahme ist nun in der Zeit bis Mitte November in der Wohnung des Mieters wiederholt eine Wärme von nur 11 bis etwa 13 Grad R. erzielt worden. Dadurch wurde dem Mieter der vertragsmäßige Gebrauch seiner Wohnung nicht gewährt, und der Mieter war berechtigt, sich an den Vertrag nicht mehr als gebunden zu erachten.

## Letzte Nachrichten.

### Ein gutes Omen für die Reichstagswahl.

Danzig, 20. Oktober (Privattelegramm des „Vorwärts“). Bei der heute beendeten Stadtverordnetenwahl gewannen die Sozialdemokraten 1555 Stimmen! Sie stieg um 725 auf 2280. Trotzdem gelang es nicht, dem freisinnig-zentriert-kon-servativen Ordnungsbloc Mandate abzunehmen.

### Ausperrung der Uhrenarbeiter der französischen Schweiz.

Lausanne, 20. Oktober. (B. G.) Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und dem Inhaber einer Uhrenfabrik haben sich sämtliche Uhrenfabrikanten der romanischen Schweiz solidarisch erklärt und die Ausperrung ihrer Arbeiter verfügt. Die Ausperrung, von der 3500 Arbeiter betroffen werden, soll am 5. November in Kraft treten.

### Die Polizeilüge.

Paris, 20. Oktober. (B. L. B.) Nach den Ergebnissen der gerichtlichen Untersuchung dürfte der Mann, dessen Leiche auf dem Weis der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn bei Corbeil gefunden wurde, Selbstmord verübt haben. Die beim ihm vorgefundene Metallbüchse, welche weißliches Pulver und Eisenstücke enthielt, wurde dem chemischen Gemeinlaboratorium übergeben.



Sechster österreichischer Gewerkschaftskongress.

(Telegraphischer Bericht)

Wien, 20. Oktober.

Vierter Verhandlungstag.

Der Kampf um die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation.

Gestern ist bereits die Kommission, die die Resolution umarbeiten soll, an die Arbeit gegangen. Sie setzt heute ihre Beratungen fort. Die Debatte aber läuft inzwischen weiter. Der Kon, in dem die Resolution bekämpft wird, ist eher noch schärfer geworden. Die tschechischen Delegierten der zentralen Gewerkschaftskommission bedauern in einer Erklärung die tschechische separatistische Bewegung in den Gewerkschaften lebhaft, besonders aber in einer Zeit, wo der internationale Kapitalismus im ganzen Reich seine Kräfte zusammenfaßt. Sie erklären, streng auf dem Standpunkt einer einheitlichen zentralen Gewerkschaftsorganisation zu stehen und Schulter an Schulter mit dem gesamten Proletariat um die Erreichung der gemeinsamen Ziele zu kämpfen. Das sei aber nur dann möglich, wenn dem geeinigten Gegner, dem Kapitalismus, die geeinigte und geschlossene proletarische Macht entgegengestellt wird. Deshalb stimmen wir der Resolution mit einer Verschärfung zu. Wir wünschen, daß die Einigungskommission alles aufbiete, um eine Klärung der bedauerlichen Streitfrage herbeizuführen. Sollte wider Erwarten eine gedeßliche Lösung nicht erzielt werden, dann möge die Gewerkschaftskommission eine Reichskonferenz der Gewerkschaften einberufen, um weitere endgültige Schritte zu beschließen.

Jarolin-Tepitz (Bergarbeiter): Seit einigen Tagen ist auch die Organisation der Bergarbeiter in Oesterreich von den Separatisten gesprengt. Bei Nacht und Nebel, vom 12. zum 13. Oktober, hat man uns heimlich unser tschechisches Nachrichtenblatt (der separatistische Redakteur des „Kazda“ ist ohne Wissen des Vorstandes mit dem gesamten Material von Währisch-Ostrow nach Madno übergesiedelt) und damit bewiesen, daß man unsere Organisation unter allen Umständen zerlegen will. Dabei haben wir von vornherein und aus eigener Initiative allen sprachlichen Bedürfnissen der Tschechen Rechnung getragen. Die tschechische Sozialdemokratie wollte aber eine Sonderorganisation gründen und trat deshalb mit unerfüllbaren Forderungen an uns heran. Die uns vorgelegte Resolution bedeutet die Preisgabe der Zentralverbände. Wenn ein Teil der tschechischen Partei sich von der nationalen Frage gefangen nehmen läßt, so liegt für die gesamte übrige österreichische Arbeiterkraft durchaus kein Grund vor, sich damit abzugeben. Die Resolution fordert nur die Einigkeit in den gewerkschaftlichen Kämpfen. Kämpfe aber führen wir auch gemeinsam mit den Anarchisten, obwohl wir uns über 20 Jahre in den Haaren liegen. Damit ist uns aber nicht geholfen. Wir müssen den organisatorischen Zusammenhang täglich und stündig haben und dürfen und nicht auf das Zusammenarbeiten im tschechischen letzten Augenblick beschränken. Die Frage muß ohne Rücksicht auf die politischen Folgen gelöst werden. Die Partei ist von der Schuld nicht freizusprechen, daß die Dinge so weit gekommen sind. Als zuerst der Schuhmacherverband gesprengt wurde, hätte eingegriffen werden müssen. Das aber ist unterblieben. Heute besteht nur noch eine fiktive Einigkeit in der Partei und in der Fraktion. (Zustimmung.) Um diese nicht bloßzustellen, beruft man keinen Gesamtparteitag mehr ein, obwohl er nach den Statuten schon zweimal fällig war. Nun will man die nationale Autonomie auf die Gewerkschaften übertragen und dann können wir nicht mehr zurück. An eine friedliche Lösung glaube ich nicht mehr. Der Kampf wird schwer sein, aber er muß durchgeföhrt werden! (Lebhafter Beifall.)

Ein zweiter Vergarbeiterdelegierter W e r d a - Währisch-Ostrow spricht im gleichen Sinne. Die tschechische Parteileitung hatte keinen Grund, die Union der Vergarbeiter zu sprengen, da die Tschechen in allen Kommissionen des Verbandes und in der Leitung des Verbandes die Mehrheit besitzen. Im neungliedrigen Vorstand sitzen 7 Tschechen und 2 Deutsche. Von den 18 Gauleitern sind zehn Tschechen und acht Anderssprachende. Die tschechische Parteileitung steht selbst außerhalb der Sozialdemokratie. Sie fügt sich den Beschlüssen von Kopenhagen nicht und schlägt viele Leute aus, die an den Prinzipien der Sozialdemokratie festhalten. Und mit dieser Parteileitung, mit diesen Leuten, die nicht mehr Sozialdemokraten sind (Lebhafter Beifall), will man unterhandeln! Ein Gesamtparteitag muß sofort einberufen werden, der die Frage regelt. Wer sich seinen Beschlüssen nicht fügt, ist kein Sozialdemokrat mehr. (Lebhafte Zustimmung.)

H u l a - Reichenberg (Tscheche, Schuhmacher): Die Wählerzeilen der Separatisten in Reichenberg übersteigen jedes Maß. Mit Leuten,

die in so heimtückischer Weise die Organisationen zersprengen, ist eine Einigung ganz unwahrscheinlich.

K a s t r a n e l - Prag (Tscheche): Das Wichtigste, die Betonung der Einheitlichkeit, ist in der Resolution nur sehr bedingt enthalten. Die Resolution macht den Eindruck einer Flucht vor unseren eigenen Prinzipien. (Beifall.) Alle unsere Bemühungen, uns mit den Separatisten zu einigen, werden leer verpuffen. Die Separatisten stellen vor den Arbeitsinteressen ganz andere Dinge in den Vordergrund. Sie gehen Hand in Hand mit den Nationalpolen, so daß der heilige Wengel seine Freude daran haben könnte. (Weiterkeit.) Lohnkämpfe ohne Einheitlichkeit der Organisation sind von vornherein verloren. Es würde uns so gehen wie jetzt in Frankreich, wo den Eisenbahnarbeitern der Streik verloren ging.

H a u s m a n n - Wodenbach (Bauerarbeiter, Deutscher): Die Rede des Genossen Beer gestern war ein verhängnisvoller Fehler. Die Separatisten werden aus ihr Kapital schlagen. Zunächst hat Beer die tschechischen Zentralisten den tschechischen Separatisten ausgeliefert. (Zustimmung.) Dann hat er die ganze Situation verkannt. Wir, der Kongress, haben doch keine Ursache, vor den Separatisten zu kapitulieren. Glauben Sie denn, daß die 40 000 Mitglieder aus Überzeugung zu ihnen gekommen sind? Es wird mit allen Mitteln gearbeitet, um die tschechische Arbeiterkraft zurückzuführen. Die Resolution ist in ihrem entscheidenden Absatz ein diplomatisches Kunststück. Werkwürdig ist, daß von allen Mitgliedern der Gewerkschaftskommission nur Beer aus Überzeugung und Huerber mehr pflichtgemäß für sie eingetreten sind. Die Resolution atmet den Geist des neuen Friedensapostels Otto Bauer. Offenbar hat die deutsche Parteileitung auch ein großes Quantum Sent gegeben. (Weiterkeit.) Die Prager wünschen nichts anderes als ihre Anerkennung, und die wird ihnen allein durch die Tatsache, daß eine solche Resolution eingebracht worden ist. Ein sonderbarer Frieden, der uns hier zugemutet wird; wir, auf deren Seite das gute Recht, Barmut und die tatsächliche Macht ist, wir sollen uns freiwillig für besiegt erklären. (Lebhafter Beifall.)

S m e t l a - Wien (Schneider): Beer hat sich gestern darauf berufen, daß so und so viel Arbeiter in Böhmen die einheitliche Organisation nicht mehr wollten, und dem müssen wir uns fügen. Seit wann ist es denn bei uns gebräuchlich, auf die Unvernunft Rücksicht zu nehmen? Dann könnten wir ebenso gut sagen: So und so viele Arbeiter sind noch indifferent und nicht organisiert. Sie wollen offenbar die Organisation nicht, also lösen wir unsere Organisationen auf. (Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß die Resolution überhaupt in dieser Form eingebracht worden ist. Mögen wir sie auch abändern, die Tatsache bleibt bestehen, daß die Gewerkschaftskommission die Einheitlichkeit der Organisation in der Resolution bereits preisgegeben hat. Wäre das der Preis des Friedens, dann könnten wir vielleicht zähneknirsch einwilligen. Aber die Resolution soll ja erst die Grundlage für Verhandlungen bieten. Den Frieden wird sie nicht bringen. Für die Separatisten — das hat Nemez in Kopenhagen offen erklärt — handelt es sich um das Geld der Gewerkschaftskommission.

V i k t o r a - Prag (Tscheche): Die Gegensätze zwischen den Tschechen sind nicht zu überbrücken. Man zwingt uns nicht zu einer Ehe, bei der keine Liebe mehr ist. (Weiterkeit.)

V a n e l - Prag: Unsere Gewerkschaftsversammlungen werden von den tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten, an der Spitze eines Hauses gedungener Leute, gesprengt. Auf offenen Posten unterhalten sich die Separatisten über die beste Art, wie man das Vermögen der Ortsgruppe der Kaler, der ich angehöre, beim Übertritt zu den Separatisten nicht in die Hände des Zentralverbandes fallen lassen soll.

Dr. Viktor Adler: Die Partei soll in gewerkschaftlichen Dingen nicht maßgebend eingreifen. Der größte Fehler, den unsere Prager Genossen begangen haben, ist zweifellos der, daß sie das vermeintliche Interesse der Partei der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären wollten. Die politische Organisation muß nur nach politischem Bedürfnis, die gewerkschaftliche Organisation nur nach gewerkschaftlichen Bedürfnissen geleitet werden. Das hindert durchaus nicht, daß die ideale Einheit der gewerkschaftlichen Gedanken und des sozialdemokratischen Gedankens dabei unberührt bleibt. Wir haben eine deutsche Sozialdemokratie und eine tschechische Sozialdemokratie. Dem entspricht aber nicht eine deutsche Gewerkschaft und eine tschechische Gewerkschaft, sondern der einheitlichen und naturgemäß aus gewerkschaftlichen Interessen einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich entspricht die Gesamtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie. Das Eingreifen in die Einzelheiten der gewerkschaftlichen Organisation halte ich für den größten Fehler der tschechischen Genossen. Diese Genossen, mit denen wir seit 25 Jahren Seite an Seite gekämpft haben, betreten damit einen Weg, der die Gewerkschaft schädigt und der Partei nicht nützt. Geht es denn der tschechischen Sozialdemokratie besser, seitdem sie die Gewerkschaften zertrümmert hat? Seit Kopenhagen wird in den Blättern behauptet, daß es sich hier um

einen Streit zwischen Deutschen und Tschechen handelte. Lügen haben kurze Beine. Der schlagende Gegenbeweis ist, daß die tschechischen Genossen in der Gewerkschaft eine mindestens gleichartige Rolle spielen. Die sozialdemokratische Partei verlangt von der Gewerkschaft keine Opfer für die Partei. Die Gewerkschaft kann für die Sozialdemokratie gar nichts Besseres tun, als wenn sie nur die gewerkschaftlichen Grundzüge und Interessen verkündet und so gemeinsam mit der Partei für die Hebung des Proletariats wirkt. Wir verlangen als Partei von den Gewerkschaften nur, daß sie gute Gewerkschaftler sind. Daß sie dann gute Sozialdemokraten sein werden, darum ist mir nicht bange. Jeder Redner hat gesagt, er wolle den Frieden. Das ist selbstverständlich. Viele haben gesagt, sie glauben nicht daran. Und ich gestehe, es gehört schon eine starke Portion Glaube dazu (Weiterkeit), daß in dieser Stimmung noch erfolgreiche Friedensverhandlungen möglich sein werden. Ich habe diesen Glauben, weil ich sage, es sind große proletarische Interessen, die auf dem Spiele stehen, und weil ich glaube, daß das Proletariat und seine Organisation zwar nicht das Werkzeug einer göttlichen Vorlesung, wohl aber das Werkzeug der geschichtlichen Vernunft ist. Diese geschichtliche Vernunft setzt sich durch, und darum glaube ich an den Frieden und glaube auch, daß ein großer Teil der Hindernisse, der aufstehenden Dinge, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, nichts anderes sind, als mehr oder weniger ungeschickte Rückschlüsse von Leuten, die sich leider verrannt haben. Aber ich glaube, daß die Tschechen doch auch den Frieden wollen, und daß wir ihnen die Möglichkeit zum Frieden geben müssen, indem man auf Verhandlungen eingeht. Nun wird gesagt, in der Resolution wird bestimmt, daß in jedem Staate nur eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation sein darf. Dabei steht ausdrücklich in der Resolution: „wir erneuern und erörtern den Ausdruck unserer Überzeugung, daß die Gewerkschaft einheitlich sein soll“. Es steht aber auch darin, wir sollen zum mindesten die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Kämpfe erzielen. Es handelt sich in so einer Resolution nicht allein um die Feststellung von Prinzipien, sondern auch um die Stellungnahme zu Tatsachen. Und die Tatsache, die heute besteht, ist, daß wir, indem die Zentralorganisationen abspalten, zum großen Schaden der Bewegung abgetrennte Teile der Organisationen haben, die heute nicht nur abgetrennt sind, sondern den anderen feindselig gegenüber stehen. Wenn das so ist, so ist das, was in der Resolution verlangt wird, nicht eine Preisgabe von etwas, was man hat, sondern ein Vorstoß für etwas, was man heute nicht hat. Preisgegeben soll weder das Prinzip werden, noch die Personen und Organisationen, die nach einer Methode behandelt und ausgeschlossen worden sind, die ich niemals als demokratisch anerkennen kann. (Lebhafter Beifall.) Ohne Verhör und ohne Verfahren, einfach durch Dekret, kann keine Partei ausschließen. Die tschechischen Genossen dürfen ein so un-demokratisches Verfahren nicht definitiv werden lassen. Durch die Resolution soll die Möglichkeit von Verhandlungen erreicht werden. Ein Kiegel muß aber auch vorgehoben werden einer Verschleppung der ganzen Aktion. Die tschechischen Separatisten sollen friedensbereit sein. Jeder Tag, um den später verhandelt wird, zeitigt mit Notwendigkeit Tatsachen, die den wirklichen Frieden nur schwerer machen. Haben die obersten Vertrauensmänner Frieden geschlossen, so ist es deshalb noch lange nicht in alle Verzweigungen gedrungen. Man kann ein einmal angezündetes Feuer nicht mit einem Beschlusse auslöschen; aber der Schaden soll doch unmöglich größer werden. Zum Schluß noch ein Wort, das ich mir herausnehme, für die tschechischen Arbeiter zu sprechen. Wir dürfen die Sünden, die in Prag begangen worden sind, nicht die Massen der tschechischen Arbeiter entgelten lassen. (Stürmischer Beifall.) Ein politischer Streit kann nur Mandate kosten. Mandate verliert man, Mandate gewinnt man. Das ist leicht zu tragen. Aber ein gewerkschaftlicher Streit — der schneidet in das Leben jeder einzelnen Arbeiterfamilie ein. (Stürmischer Beifall.) Die tschechische Arbeiterkraft, in deren Reihen dieser gewerkschaftliche Kampf wütet, ist heute tatsächlich den Unternehmern gegenüber kampfunfähig. Auf dem Rücken der tschechischen Arbeiterkraft mehr noch als auf dem Rücken der deutschen wird dieser Kampf ausgefochten, und da sage ich: Wenn die Separatisten in Prag glauben, dem Feind, den sie sich aufgerichtete haben, dem Glauben an den Ruhm einer nationalen Organisation, das Wohl des tschechischen Proletariats opfern zu dürfen, so wollen wir das nicht. Wir wollen den Frieden und die Kampffähigkeit der Gewerkschaften durchsetzen. Dazu ist die Resolution der richtige Weg. Sie geht nicht zu weit und sie ermöglicht den Schritt zur Einheit. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer langen Reihe Redner kommt zum Wort, fast ausschließlich tschechische Genossen, die mit großer Entschiedenheit die Resolution ohne Aufnahme der prinzipiellen Forderung nach Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation für unannehmbar erklären.

Inzwischen hat die Kommission, die seit gestern nachmittags die Resolution prüft, ihre Beratungen beendet. Ihr Vorsitzender,

Kleines Feuilleton.

General Wln. Mein Freund schreibt mir aus Warschau: An einem schwülen Tage erging an uns der folgende Befehl: Die Beamten des gesamten Verwaltungsapparates haben sich pünktlich um 5 (fünf) Uhr im Sitzungssaal zu versammeln. gez.: General Wln."

Da wurde manchem schweiß. — Um 1/2 5 Uhr war der Saal gedrängt voll. Befürchtungen — Vermutungen — Was konnte da Gutes kommen? Viel nicht.

Pünktlich um fünf betritt Wln den Saal. Er läßt den Blick über die Anwesenden schweifen, räuspert sich und sagt: „Ich wollte Ihnen nur mitteilen, meine Herren, daß die oberste Verwaltungsbehörde in Moskau sich befaßt Vornahme einer Revision angemeldet hat.“

Wln. Die Kommission trifft bereits im nächsten Monat hier ein... Pause.

„Meine Herren“, sagt General Wln endlich, „es ist mir nicht verborgen geblieben, daß in unserem Verwaltungsapparat einiges — leider — nicht ganz — äh — in Ordnung ist... Sie verstehen mich wohl... Ich will den Betreffenden nicht nachhaft machen — ich bin kein Unmensche und selbst Familienvater — wie gesagt, ich will ihn nicht nachhaft machen, aber ich erwarte von ihm — und zwar auf das bestimmteste — daß er die Sache binnen längstens einer Woche regelt, indem er alles Erforderliche zu meinen Händen einleitet...“

Wln. Dann lächelt Wln und sagt: „Das wäre alles, meine Herren.“ Im Laufe einer Woche sandten gegen hundert Beamte dem General Wln Beträge ein, die die statliche Summe von annähernd einer Million erreichten.

Des weiteren schreibt mir ein Freund: Einem Tages erging an uns der nochmalige Befehl: Die Beamten des gesamten Verwaltungsapparates haben sich pünktlich um 5 (fünf) Uhr im Sitzungssaal zu versammeln. gez.: General Wln."

Um fünf Uhr erscheint Wln. Er räuspert sich und sagt: „Ich wollte Ihnen nur mitteilen, meine Herren, daß die Revision auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist...“

„Daß diese Revision in den nächsten Jahren also wohl nicht zu erwarten ist...“

Wln aber fährt im Geschäftston fort: „In Anbetracht dieser Tatsache und des ferneren der Tatsache, daß aus den Büchern — wie ich mich überzeugt habe — ohnehin kein Schwein kug wird, glaube ich im Einverständnis mit Ihnen gehandelt zu haben, indem ich die mir zugegangene Summe notleidenden Bauern in — äh, in — — nun, kurz notleidenden Bauern überwiesen habe...“

Wln. Wln aber lächelt und sagt: „Das wäre alles, meine Herren.“ W. P. L.

Die französische Revolution und Seife. Aus London wird und geschrieben: Neulich kaufte ich in der händigen irischen Industrieausstellung in Shepherd's Bush ein Stück Seife. Als ich das Packchen öffnete, fiel eine kleine Broschüre heraus, die zu meiner Verwunderung den Titel „Die französische Revolution und Seife“ trug. Ich las sie und fand, daß sie eine recht niedliche kleine Abhandlung über die Bedeutung der französischen Revolution für die Entwicklung der Seifenindustrie war. Die Broschüre lautet an: „Die französische Revolution und Seife. Siderlich, hier muß ein Irrtum vorliegen; so werden sich manche beim Lesen des obigen Titels fragen. Welche Beziehungen könnte ein solch gewöhnlicher Gebrauchsgegenstand wie die Seife zu einem epochenmachenden Ereignis wie die französische Revolution haben; zu der Erhebung einer Nation, dem Proteste gegen eine tyrannische Monarchie, der Proklamierung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an Stelle einer aristokratischen Unterdrückung der Massen durch die Klassen? Es kann doch sicher keine Verbindung zwischen solchen bedeutungsvollen Ereignissen und der Seife bestehen. Aber man sehe ein wenig genauer zu. Die größten und bedeutungsvollsten Ereignisse sind oft miteinander verflochten und von einander abhängig; und wenn der Leser diese kleine Broschüre durchliest, so wird er finden, daß die Seife und die französische Revolution viel miteinander zu tun haben.“

Wahrlich, keine schlechte Beschreibung der französischen Revolution. Mindestens ist sie zehnmal besser wie die gewöhnlichen Nordgeschichten, die man in den Geschichtsbüchern unserer Volksschulen lesen kann. Es wird dann ferner beschrieben, wie die Seife vor der französischen Revolution ausschließlich mit Hilfe der Ache von Pflanzen hergestellt wurde, die besonders an den felsigen Küsten Spaniens und Siliens vorkommen. An der saubigen französischen Küste sind diese Pflanzen nicht anzutreffen. Als daher in den napoleonischen Kriegen die englische Flotte die Einfuhr dieser Pflanzenprodukte verhinderte, kam die französische Seifenindustrie zum Stillstand. Aber nicht allein die Seifenindustrie, sondern auch die Herstellung des Pulvers, zu der die Pflanzenasche damals nötig

war, wurde bedroht. Der Wohlfahrtsausschuß erließ darauf eine Proklamation, in der die Bürger aufgefordert wurden, durch Pläne und Vorschläge dem Vaterland zur Hilfe zu kommen. Bürger Leblanc, der berühmte Chemiker, schlug darauf sein Verfahren vor, das fehlende Rohmaterial aus dem gewöhnlichen Salz zu erzeugen. Das Verfahren, das äußerst billig war, wurde alsbald von den Seifenfabrikanten der ganzen Welt angenommen.

Dieser neue Annoncensil ist ein Zeichen der Zeit. Mit dem Anwachsen der revolutionären proletarischen Bewegung wird die Zeit kommen, in der die Kaiserbilde und die Attentate des Leibarztes des Königs von Montenegro nicht mehr ziehen werden. Dann werden sich schlaue berechnende Kapitalisten Historiker halten, die Beziehungen eines unübersehbaren Präparats zu irgend einem großen revolutionären Ereignis in leuchtenden Farben schildern werden. Dem Kapitalismus ist alles möglich. Haben wir es doch erlebt, wie Wilkiss, der Präsident der Britischen Akademie, in seinem Alter Bilder für einen Seifenfabrikanten malte und fabelhafte Summen dafür bekam. Weshalb sollte nicht so ein Univeritätsprofessor, der in den intimen Angelegenheiten eines königlichen Hofes Bescheid weiß, inlande sein, der Verbindung zwischen 48 und dem unübersehbaren Salzflasse nachzuföhren?

Notizen.

Theaterchronik. Am Sonnabend findet im Modernen Theater die Premiere von Leo Wlinskis Trauerspiel „Der Polak“ statt.

Das Lessing-Museum, nach dem Abbruch des alten Grims jetzt im Nikolaihofe Graberstraße 13 eingerichtet und um viele interessante Stücke bereichert, ist jetzt täglich geöffnet. Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag 11-1 Uhr, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 2-4 Uhr. Der Eintritt ist bis auf weiteres unentgeltlich.

Eine neue Einheit für Radiumstrahlen. Es ist von äußerster Wichtigkeit, für die Verwertung der Radiumstrahlen eine Einheit festzustellen, nach der die strahlende Kraft der einzelnen Proben gemessen werden kann. Der letzte Kongress für Radiologie hat zur Gewinnung einer solchen Einheit einen internationalen Ausschuss eingesetzt, der aus einer Reihe der hervorragendsten Radiumforscher besteht. Den Vorsitz wird Frau Curie führen. Diese Frau hat durch die jüngst gelangene Abföhderung von reinem metallischen Radium überhaupt erst die Möglichkeit zur sicheren Feststellung einer Einheit gegeben, und der Ausschuss hat bereits beschlossen, sie mit der Aufgabe zu betrauen, 60 Milligramm von reinem Radium herzustellen. Dieses winzige, aber unendlich kostbare Präparat soll in Paris aufbewahrt werden und als Einheit für alle andern radioaktiven Stoffe dienen.



Reichsratsabgeordneter Genosse Ditholz, legt ihre Beschlüsse vor. Die Kommission hat dem stichtigen Abfah 4 der Resolution folgende Fassung gegeben: Von dieser Erkenntnis durchführungen, bezieht der Kongress, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art, sowie der einheitlichen Vertretung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen." (Lebhafte Beifall.) Mit diesem Beschlusse sprechen wir aus, was uns in Kopenhagen aufgetragen hat. Unsere Reichskommission soll nun die Verhandlungen mit den tschechischen Genossen aufnehmen und sie hoffentlich zu einem guten Ende führen. Dazu ist aber notwendig, daß wir einen Termin für den Verhandlungsbeginn festsetzen. Wir beantragen daher noch folgenden Beschlusse: Der Kongress spricht die Erwartung aus, daß die Verhandlungen nicht weiter verschleppt werden, und mit ihnen unbedingt bis Anfang November begonnen wird." (Stürmischer Beifall.)

**Arbeitsrat.** Ditholz beantragt nunmehr, die Debatte sofort zu schließen, als Mündgebung für die einheitliche Organisation, zugleich auch als Friedenskundgebung.

Der Kongress beschließt das.

**Sueber:** Die Reichskommission hat bis zur letzten Stunde ihren Standpunkt vertreten. Sie hat ihren ursprünglichen Vorschlag für den richtigen Weg gehalten. Bei der Abstimmung des Kongresses aber war eine andere Entscheidung nicht zu verhindern. Die Kommission wird sich nun nach dem Votum des Kongresses zu richten haben. Jedenfalls haben wir die Vollmacht ausgestellt erhalten, in Verhandlungen einzutreten. Wir werden unsere Pflicht erfüllen und hoffen, zu einer Einigung mit den tschechischen Genossen zu gelangen. (Lebhafte Beifall.) Hierauf wird die Resolution in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen und zwar einstimmig, ebenso der Antrag auf Festsetzung eines Termins für den Beginn der Verhandlungen. Hierauf verlegt der Kongress die weitere Erledigung seiner Tagesordnung auf morgen (Freitag).

**Berichtung.** In der Rede Adlers in der Montagfrühung des Kongresses ist durch ein Mißverständnis bei der Uebersetzung des Berichtes diejenige Stelle unrichtig wiedergegeben, die von der Wirkung der nationalen Verschiedenheit auf den gewerkschaftlichen Konflikt handelt. Sie muß lauten: „All das Elend, von dem wir sprechen, entspringt doch dem gemeinsamen Elend, unter dem alles in Oesterreich leidet, entspringt diesen nationalen Verschiedenheiten, dieser schweren Auseinandersetzung zwischen den Nationen, diesem tragischen Konflikt, der tatsächlich da ist und dessen Märtyrer bis zu hohem Grade alle Völker Oesterreichs und dessen Märtyrer auch wir sind.“

## Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Der letzte Teil des fünften Buches des Entwurfes, das die Beziehungen der Versicherungsverträger zu einander und zu anderen Verpflichteten regelt, wurde in der Sitzung vom Mittwoch im wesentlichen unverändert angenommen.

Dann begann die Kommission mit der Beratung des nächsten Buches über das

### Verfahren.

Die allgemeine Aussprache bezog sich wieder auf die Frage, wie das Verfahren namentlich in der untersten Instanz gestaltet, und ob das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz beibehalten werden soll.

Der Staatssekretär sowie Ministerialdirektor Casper betonten mit der größten Entschiedenheit, daß das Reichsversicherungsamt unbedingt entlassen werden müsse. Die Zahl der Streitfachen bei dem Reichsversicherungsamt wachse zu sehr an. Die Entlastung sei nur dadurch möglich, daß das Reichsversicherungsamt nicht mehr als Berufungsinstanz sondern nur noch als Revisionsinstanz zuständig sein soll. Dafür müsse die untere Instanz des Versicherungsamtes, so ausgebaut werden, daß hier der Versicherte die Möglichkeit zur Wahrung seiner Rechte habe.

Diese Ausführungen fanden bei keiner Partei unbedingten Anklang. Für die Sozialdemokraten kam in erster Linie in Betracht, daß das Versicherungsamt schon nach den Vorschlägen in dem Entwurf, noch viel mehr aber nach den Beschlüssen der Kommission ganz und gar nicht dem Versicherten die Möglichkeit zur Wahrung seiner Rechte gewährt. Auch müsse die einheitliche Rechtsprechung aufrechterhalten werden, deshalb sei das Reichsversicherungsamt als Berufungsinstanz unentbehrlich. — Für die Aufgaben des Versicherungsamtes gingen die Sozialdemokraten von der Voraussetzung aus, daß die Beschlüsse der Kommission in der ersten Lesung geändert werden, so daß das Versicherungsamt in der Tat besser seine Aufgabe erfüllen kann, als es jetzt bei der unteren Verwaltungsbehörde der Fall ist. Demgemäß hätten sie beantragt, daß das Versicherungsamt in der Unfallversicherung den Tatbestand des Unfalls feststellen und die Entschädigung in erster Instanz bestimmen soll.

Den entgegengesetzten Standpunkt nahmen die Nationalliberalen und Konservativen ein. Sie wollten unter allen Umständen die „Würde“ und „Selbstverwaltung“ der Berufsgenossenschaften wahren. Darunter verstanden sie, daß in der Unfallversicherung nach wie vor die Versicherten in bezug auf die Feststellung des Sachverhaltes und die Bestimmung der Entschädigung in der ersten Instanz ganz rechtslos bleiben sollen. Hier sollten die Unternehmer allein zu bestimmen haben. Dagegen waren die Herren bereit, das Reichsversicherungsamt zu entlassen. Jedoch nicht auf dem Wege, der in dem Entwurf eingeschlagen ist, sondern so, daß ein möglichst großer Teil der Streitfälle überhaupt nicht vor das Reichsversicherungsamt kommen, sondern bereits von den Oberversicherungsämtern endgültig entschieden werde.

Vom Zentrum schloß Abg. Weder sich in den Hauptpunkten den Ausführungen der Sozialdemokraten an. Jedoch erklärte er sich bereit, für die Umänderung des Reichsversicherungsamtes in eine Revisionsinstanz zu stimmen, wenn das Verfahren in der unteren Instanz wesentlich verbessert werde.

Beziehend aus der Debatte ist eine Ausführung des Abg. Graf v. Westarp, der bekanntlich Richter im preussischen Oberverwaltungsgericht ist. Er versicherte, daß in der Praxis der Unterschied zwischen einer Revisions- und Berufungsinstanz von sehr zweifelhaftem Werte ist. Wenn das Revisionsgericht ein Urteil aufheben will, werde es wohl in allen Fällen einen Grund für die Revision finden; in entgegengekehrten Fälle könne das Revisionsgericht dieselben Gründe bestreiten, daß ein Revisionsgrund vorliege.

Auch in der Sitzung vom Donnerstag nahm die allgemeine Aussprache über das Verfahren noch eine längere Zeit in Anspruch, ohne daß über die Regelung des Verfahrens zur Entlastung des Reichsversicherungsamtes ohne Schädigung des Verletzten größere Klarheit geschaffen werde.

**Verjährung der Ansprüche auf Unfallschädigung.**

Die Ansprüche auf Unfallschädigung müssen spätestens zwei Jahre nach dem Unfall angemeldet werden. Nur in zwei Ausnahmefällen kann auch nach Ablauf der Frist der Anspruch auf Unfallschädigung anerkannt werden. So auch dann, wenn eine Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Ausnahmefälle auch gelten soll für die Fälle, in denen die Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, sich erst nach Ablauf jener Frist in höherem Maße bemerkbar gemacht hat. Die Genossen Schmidt und Hoch wiesen an der Hand einiger Fälle aus der Praxis nach, daß die Bestimmung des Entwurfes, die mit dem geltenden Gesetz gleichlautend ist, zu unbilligen

Ungerechtigkeiten geführt hat. Der Antrag wurde denn auch angenommen.

In den Ausnahmefällen ist der Anspruch binnen drei Monaten anzumelden, nachdem die Unfallfolge oder ihre schlimmere Wirkung bemerkbar geworden ist. Die Sozialdemokraten wollten hier die Frist auf sechs Monate verlängert haben. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Hohen abgelehnt. — Sticht der Verletzte infolge des Unfalls, so ist der Anspruch auf Entschädigung für die Hinterbliebenen, wenn sie nicht von Amts wegen festgestellt ist, zur Vermeidung des Ausschusses spätestens zwei Jahre nach dem Tode des Verletzten anzumelden. Diese Bestimmung sollte aber nur für die Fälle gelten, in denen für den Verletzten eine Unfallschädigung schon festgestellt war. Jedoch kann es auch so kommen: Ein Verletzter kann den Zusammenhang seiner Krankheit mit einem Unfall zunächst nicht nachweisen. Dann wird für ihn eine Entschädigung nicht festgestellt. Nach seinem Tode wird die Leiche geöffnet und es zeigt sich nun, daß in der Tat die Krankheit und der Tod des Verletzten die Folge eines Betriebsunfalls ist. Wenn dann bereits mehr als zwei Jahre nach dem Unfall vergangen sind, so können nach dem Entwurf die Hinterbliebenen des Verletzten keine Entschädigung verlangen, weil die Verjährung eingetreten ist.

Um diese Ungerechtigkeit zu vermeiden, beantragten die Sozialdemokraten, daß in allen Fällen nach dem Tode eines Verletzten eine neue Frist von zwei Jahren für den Entschädigungsanspruch der Hinterbliebenen beginnt. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Nächste Sitzung Freitag.

## Die Radboder Katastrophe vor Gericht.

Erster Verhandlungstag. (Nachmittag.)

Bergwerksdirektor Andree als Zeuge: Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß ein solches Gespräch, wie es in der „Bergarbeiterzeitung“ wiedergegeben ist, zwischen mir und dem Bergwerksinspektor Hollender stattgefunden hat.

Angeklagter Wagner: Ist es möglich, daß eine Unterhaltung, wie sie die „Bergarbeiterzeitung“ wiedergegeben hat, dem Sinne nach wenigstens stattgefunden hat? — Zeuge Andree: Auch dem Sinne nach nicht. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Haben Sie sich aus irgend welchen Gründen dahin ausgesprochen, daß es notwendig sei, die Rettungsarbeiten abzubringen, ohne danach zu fragen, ob noch jemand in der Grube lebt? — Zeuge Andree: Nein. Ich glaube, ich kann es nicht nur von mir, sondern von allen meinen Beamten sagen, daß wir die Grube nicht verlassen hätten, wenn wir nicht alle der Ueberzeugung gewesen wären, es lebt niemand mehr drinnen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Das ist wohl zu viel gesagt. Selbst wir geben zu, daß es Lagen geben kann, in denen man Lebende in der Grube im Stiche läßt, um ein größeres Unheil zu verhüten. Sie behaupten da mehr als der Sachlage entspricht.

Nächster Zeuge war der Bergmann Rettich, der bekundet, daß sehr häufig die Ventile bei den Verrieselungsanlagen aufgedreht wurden, ohne daß Wasser kam. — Vorf.: Wie war es mit der Ansammlung von Wetter? — Zeuge Rettich: Wetter waren fast immer da. — Angeklagter Wagner: Wenn die Verrieselung ausreichend gewesen wäre, hätte es dann zu solchen Ansammlungen von Gasen und zu so großen Explosionen kommen können? — Zeuge Rettich: Wohl nicht in diesem Umfange.

Zeuge Bergmann Josef Pilgrimm bekundet gleichfalls, daß wiederholt kein Wasser in den Schläuchen war und daß nicht berieft werden konnte. In der Unglückswoche fehlte es am Montag und Dienstag an Wasser. Erst am Mittwoch gab es Wasser, aber so wenig, daß gar nicht berieft werden konnte. — Vorf.: War die Vorkaufs auf Raddob, daß Nebenarbeiten nicht bezahlt wurden, für die Bergarbeiter wichtiger als auf anderen Tagen? — Zeuge Pilgrimm: Ja wohl, weil das Gedinge auf Raddob schlechter war. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ist es wahr, daß der Gedingelohn mehrfach willkürlicher Weise reduziert wurde? — Zeuge Pilgrimm: Ja wohl, es wurde und gesagt, wenn es nicht paßt, dem kann man ja nicht helfen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Wie war es mit dem Kohlenhaub? — Zeuge Pilgrimm: Ich habe noch niemals in einer

so knaureichen Grube gearbeitet wie auf Raddob.

Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Sie sagten, Sie hätten auf Raddob schlechten Lohn gehabt. Was haben Sie denn verdient? — Zeuge: 6 M. pro Schicht. — Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Und das nennen Sie einen schlechten Lohn? — Zeuge: Es kommt doch darauf an, wie man das Geld verdient. Die letzte Arbeit auf Raddob war schon keine Arbeit mehr, sondern ein Wühlen. — Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Was haben Sie denn vorher verdient? — Zeuge: Ueber 7 M. — Staatsanwalt: Sie hatten doch die Pflicht, die Hohlräume auszufüllen, und wenn Sie das nicht taten, so lag eine Verletzung Ihres Arbeitsvertrages vor. — Zeuge: Wir mühten suchen, unser Geld zu verdienen. Das war die Hauptsache. Was fragte übrigens die Grubenverwaltung nach dem Arbeitsvertrag? — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Wenn Sie allen Vorschriften nachkämen, hätten Sie denn Ihre 6 M. verdient? — Zeuge: Nein. Bedeutend weniger. Deshalb war für uns die Hauptsache: Fördern, Fördern! Alles andere war Nebensache. Die Steiger trieben direkt zum Fördern an. — Angeklagter Wagner: Ist es richtig, daß Bergarbeiter wegen zu geringer Förderung bestraft worden sind? — Zeuge: Ja wohl, das ist dorgekommen. Ich selbst habe Strafbücher gesehen, in denen Arbeiter wegen nicht genügender Leistungen bestraft worden sind. — Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Sie sollen Artikel gegen die Zechenverwaltung in „Vorwärts“ und im „Völkischer Kollekktiv“ veröffentlicht haben? — Zeuge: Ja wohl.

Zeuge Bergmann Lewandowsky: Mitunter ist in der Woche nur ein paarmal berieft worden. — Vorf.: Andere Zeugen haben gesagt, daß höchstens einen Tag mal nicht berieft worden ist. — Zeuge: So genau habe ich mir das nicht gemerkt. — Vorf.: Wie stand es mit der Ausfüllung der Hohlräume? — Zeuge: Mitunter sind große Hohlräume entstanden, die nicht ausgefüllt wurden. — Vorf.: Warum nicht? — Zeuge: Weil wir unser Geld verdienen mußten. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Haben Sie gehört, daß ein Steiger sagte, heute komme Besuch, jetzt müsse ordentlich berieft werden, daß es ordentlich schwinnt? —

Bergwerksdirektor Andree: Es ist doch komisch, daß die Verrieselungsanlage nur dann funktioniert hat, wenn Besuch kam. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Das ist gar nicht komisch. Dann wurde eben stark gepumpt und das Refektorium war gefüllt, was sonst nicht der Fall war. — Sachverständiger Hansmann: Hatte der Arbeiter auf die Gefaltung des Gedinges irgend einen Einfluß? — Zeuge: Nein. Es wurde einfach ein bestimmter Gedingelohn festgesetzt, und wenn das nicht paßte, der konnte gehen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Sind Sie von der Zechenverwaltung Raddob entlassen worden? — Zeuge: Ja wohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Warum? — Zeuge: Ich führe meine Entlassung darauf zurück, daß ich in dem Kolonierprozeß gegen die Jech Raddob in Vorwärts für sie ungünstig ausgesagt habe. — Bergwerksdirektor Andree: Haben Sie die „Bergarbeiterzeitung“ ausgetragen, waren Sie Kolporteur der „Bergarbeiterzeitung“? — Zeuge: Ja wohl. — Bergwerksdirektor Andree: Der Zeuge ist deswegen von mir entlassen worden.

ich dulde keine Leute, die solche Zeitungen vertreiben.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Wann wurde der Zeuge entlassen? — Zeuge: Im Juli vorigen Jahres. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Seit wann tragen Sie die „Bergarbeiterzeitung“ aus? — Zeuge: Seit dem Unfall auf der Jech Raddob. — Rechtsanwalt Heine: Also die Entlassung ist sofort nach dem Kolonierprozeß erfolgt? — Zeuge: Ja wohl. — Direktor Andree: Ich habe den Mann entlassen, weil er die Zeitung ausstrug. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Es genügt mir übrigens auch die Feststellung des Nebenklägers, daß er

Leute entläßt, die ihm nicht genehme Zeitungen vertreiben.

Der Vorfall zeigt, wie die Zechenverwaltung mit ihren Arbeitern steht.

Der letzte Zeuge der heutigen Sitzung war Bergmann Groß, der über die Hohlräume derselben Verlesungen macht, wie die anderen Zeugen. — Vorfender: Warum haben Sie die Hohlräume nicht gefüllt? — Zeuge: Es hieß immer: Kohlen fördern, Kohlen fördern! — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Wurde bei der Arbeit stark getrieben? — Zeuge: Ja wohl. — Vorfender: Warum taten die Steiger das? — Zeuge: Sie wollten mehr herausschaffen.

Zweiter Verhandlungstag. (Vormittag.)

Vorher in der Zeugenvernehmung fortgeführt wurde, richtete Staatsanwalt Dr. Köttgen an Berginspektor Hollender die Frage, ob die gestrige Aussage des Bergmanns Kühn, er habe am Tage nach dem Unglück vormittags 11 Uhr in der östlichen Richtstraße noch ein Wimmern gehört, auf Wahrheit beruhen kann, und ob später an dieser Stelle Leichen gefunden wurden. — Zeuge Berginspektor Hollender: Ich halte es für ganz unmöglich, daß um diese Zeit noch ein Lebender in der Grube gewesen ist. Es sind allerdings nachher eine Anzahl Leichen in der östlichen Richtstraße gefunden worden, aber bezüglich des Wimmerns muß ich annehmen, daß der Zeuge Kühn sich irrt. — Staatsanwalt: In welcher Situation wurden die Leichen gefunden? Läßt die Situation darauf schließen, daß der Tod bei den Verletzten sofort eingetreten ist? — Zeuge: Die Leichen lagen mitten unter dem Bruch, soviel wir feststellen konnten, sind die Verletzten an Schädelbruch gestorben. — Zeuge Bergmann Pilgrimm: Ich besand mich mit Kühn zusammen in der Grube und erinnere mich genau, daß Kühn zu mir sagte:

Da brin wimmert jemand.

Nach meiner Erinnerung war es jedoch die westliche Richtstraße. Es ist übrigens auch möglich, daß ich mich in dieser Richtung täuschte, denn ich weiß auf der dritten Sohle nicht so gut Bescheid. — Zeuge Berginspektor Hollender: Das werden die Hilferufe von Leuten gewesen sein, die wir nachher auch gerettet haben. — Staatsanwalt: Ich möchte dem Nebenkläger Direktor Andree oder Berginspektor Hollender bitten, sich auch über die Verrieselungsanlage zu äußern, über die so zahlreiche Zeugen ausgesagt haben. — Berginspektor Hollender, der für diese Aussage auch als Sachverständiger vereidigt wird: Wenn alles in Ordnung war, mußte das Wasser auch den nötigen Druck haben. Kurz vor dem Unglücksfall war kein Wassermangel in der Grube, und es kann der Wasserleitung der Grube keine Schuld beigemessen werden. — Staatsanwalt: Wenn nun von so vielen Seiten hier bekundet worden ist, daß kein Wasser lief, wie bringen Sie das mit Ihren Angaben und Feststellungen in Einklang? — Zeuge Hollender: Die Zeugen können höchstens immer nur von einer halben Stunde am Montagvormittag sprechen, wo das Wasser tatsächlich nicht lief. Sonst aber lief es immer und es kann daher von einem vollkommenen Wassermangel keine Rede sein. Es schloß höchstens manchmal an dem genügenden Druck.

Bergwerksdirektor Andree: Wie erklären Sie es sich, daß die Leute den Eindruck bekamen, es sei kein Wasser da? — Zeuge Hollender: Wenn das Wasser oben leergelaufen war, dann waren natürlich auch die Rohre leer und es bildeten sich in diesen Rohren Luftfäden. Wenn dann unten die Ventile abgeschraubt wurden, dann kam natürlich sofort Wasser, sondern zunächst Luft, und die Verletzten haben dann das Wasser nicht abgetaucht, sondern die Ventile sofort wieder zugekehrt. Gätten sie noch ein bißchen gewartet, dann wäre auch Wasser gekommen. — Zeuge Bergmann Rettich: Die Angaben des Herrn Berginspektors Hollender können nicht stimmen. Ich habe an jenem Morgen sämtliche Ventile aufgedreht, um zu beriefeln, und habe die Ventile auch lange aufgelassen,

aber es kam kein Wasser.

Ich fragte auch mehrere Steiger, und sie sagten mir, es käme kein Wasser. — Bergwerksdirektor Andree: Dann halte ich Ihnen vor, was Sie am 14. November bei Ihrer Vernehmung im Krankenhaus gesagt haben. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Dagegen protestierte ich. Es sind allerdings am 14. November eine Reihe Leute im Krankenhaus vernommen worden. Ich glaube aber, daß die Aussagen und Protokolle, die mit kranken Leuten unmittelbar nach einer solchen Katastrophe aufgenommen sind, gar keinen Wert haben. — Direktor Andree: Ich glaube, daß gerade . . . — Vorfender (unterbrechend): Herr Andree, Sie haben nur das Recht, Fragen zu stellen, nicht das Recht, Behauptungen zu machen. — Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Dann halte ich dem Zeugen vor, daß er damals etwas ganz anderes gesagt und das auch unterschrieben hat. — Zeuge Rettich: Das bestreite ich. Ich bin am 14. November überhaupt nicht vernommen worden, sondern am Abend des 12. November. Ich lag damals im Krankenhaus, hatte beide Hände verbrannt und konnte gar nicht schreiben. — Vorfender: Hier habe ich die Aussage: „Geinrich Rettich, vernommen am 14. November“, und am Schluß heißt es: „Bann nicht unterschreiben.“ — Zeuge Rettich: Das kann stimmen, aber es war nicht am 14. November, sondern am Abend des 12. November, gleich nach dem Unglück. — Angeklagter Redakteur Wagner: Ist dem Berginspektor Hollender bekannt, daß der alte erfahrene Bergmann genau weiß, jetzt ist Luft in dem Rohr, und wenn die Luft heraus ist, kommt sofort Wasser? — Zeuge Berginspektor Hollender: Das weiß ich natürlich. — Angeklagter Wagner: Und in solchem Falle wartet doch der Bergmann, bis das Wasser kommt. — Zeuge Hollender: Ich denke auch. — Vorfender: Wenn man dem hören, wenn die Luft kommt? — Angeklagter Wagner: Natürlich, dann pfeift es im Rohr. — Staatsanwalt: Vielleicht ist es in diesem Fall den Arbeitern etwas langweilig geworden zu warten. — Vorfender: Darum können wir uns nicht einlassen, das geht zu weit. Eine Reihe von Zeugen bekundet, daß der Gedingelohn auf der Grube Raddob häufig so plötzlich und willkürlich herabgesetzt wurde, daß den Bergarbeitern gar nicht Zeit blieb, zu kündigen. Als Sachverständiger zu diesem Punkt wurde der Bezirksleiter des Deutschen Bergarbeiterverbandes Hansmann vernommen, der bekundet, daß eine Herabsetzung des Gedingelohnes so zeitig den Arbeitern mitgeteilt werden müsse, daß sie Zeit haben, zu kündigen. — Vorfender: Wann muß das geschehen? — Sachverständiger Hansmann: Ich meine, daß den Arbeitern vor dem 15. eines jeden Monats von einer Änderung im Gedingelohn Mitteilung gemacht werden muß. — Das Gericht beschließt hierauf, die Arbeitsordnung auf Raddob heranzuziehen und den Arbeiterausfluß zu laßen.

Nächster Zeuge war der Bergmann Einbrod, der bekundet, daß meistens kurz vor Mitternacht die Verrieselungsanlage versagte. Die Verrieselungsanlage pflegte überhaupt abgestellt zu werden, wenn kein Wasser gebraucht wurde oder wenn drohen das Wasser überzulaufen drohte. Manchmal gab es so wenig Wasser, daß die Verletzten kein Trinkwasser bekommen konnten. — Bergwerksdirektor Andree: Weshalb haben Sie das nicht gemeldet? Sie sagen doch, daß sehr häufig kein Wasser da gewesen wäre. — Zeuge: Wir haben das auch mitunter gemeldet. — Bergwerksdirektor Andree: Und was sagte da der Steiger? — Zeuge: Er würde für Abstellung der Röhren sorgen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ist es dann auch wieder gelaufen? — Zeuge: Manchmal ja, manchmal auch nicht. —

Bergmann Hommer bekundet, daß schon vor der großen Katastrophe die Wetterverhältnisse auf Raddob ungünstig waren. Sonst wäre die Explosion am 20. Oktober gar nicht möglich gewesen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ist es richtig, daß Sie durch schlechte Wetter in Ihrer Arbeit gehindert worden sind und daß Sie nur die Hälfte der sonst üblichen Leistungen haben ausführen können? — Zeuge: Ja wohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ist es richtig, daß Sie halbe Schichten haben ausführen müssen, weil Sie es in den Wettern nicht aushalten konnten? — Zeuge: Nicht nur halbe, sondern ganze Schichten. —

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Nachdem vorher Bergwerksinspektor Hollender als Sachverständiger vereidigt worden ist, möchte ich nunmehr beantragen, auch die drei Sachverständigen der Verteidigung, Hansmann, Berner und Rantel, als Sachverständige zu vereidigen. — Rechtsanwalt Dr. Köttgen: Ich widerspreche erneut diesem Antrag unter Hinweis auf meine gestrigen Ausführungen.



Das Gericht verurteilt die drei von der Vertheidigung geladenen Sachverständigen Handmann, Rantel und Werner.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Nach der Pause wurde der Erörterung über die Zustände in der Grube Naddob kurz vor der Katastrophe fortgesetzt. Zeuge Bergmann am Wilhelm Thomas befandete, daß auf der Grube viele Schlagwetter vorhanden waren. Er habe das auch schon bei seiner ersten Vernehmung dem Berginspektor Hollender sagen wollen, aber das sei das Jahr der

**Schwarzen Listen**

gewesen, und da habe er sich und seine Familie nicht dem Unglück preisgegeben wollen. Jeder, der für die Grube ungünstig aussagte, sei herausgeschoben. (Bewegung im Zuhörerraum.) — Vorsitzender (unterbrechend): Ich muß den Zuhörerraum dringend um Ruhe bitten. — Zeuge Thomas (fortfahrend): Nachdem am 12. Dezember zahlreiche Verleumdungen gemacht worden, wurde sechs Bergleuten gefährlich. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Nach Ihrer Vernehmung als Zeuge durch Berginspektor Hollender sind Sie also entlassen worden? — Zeuge Thomas: Jawohl. Am 10. Dezember war die Vernehmung, am Nachmittag noch haben wir an unseren Apparaten gearbeitet und angenommen, daß wir mit der Bohre sehr gut fänden, am 12. Dezember aber wurden

5 Bergleute, die ungünstig ausgefallen hatten, entlassen. 6 Arbeiter von unserer Partei waren nicht vorgeladen und wurden auch nicht entlassen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Sind Sie damals auch verurteilt worden? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Und nachher haben die Bemühungen begonnen, die Leute weineidig zu machen und ins Zuchthaus zu bringen? (Anhaltende Bewegung im Zuhörerraum.) — Vorsitzender: Es mag vielleicht noch manches vorkommen, was den Zuhörerraum interessiert und bewegt; aber wenn der Zuhörerraum fortfährt mit solchen Äußerungen des Mißfallens, müssen wir in Erwägung ziehen, ihn räumen zu lassen. — Sachverständiger Handmann (zum Zeugen Hohmeyer): War die Arbeit in der Grube Naddob sehr gefährlich? — Zeuge: Jawohl. — Sachverständiger Handmann: Sie haben erklärt, die Schlagwetter seien so zahlreich gewesen, daß Sie sich gefährdet glaubten. — Zeuge: Jawohl. — Sachverständiger Handmann: Nun habe ich in meiner dreißigjährigen Praxis auch so gefährliche Stellen gehabt, aber man ist doch gewohnt, daß bei so gefährlichen Betriebspunkten die Betriebsführer oder Betriebsführer und auch die Aufsichtsbeteiligten kommen und die gefährdeten Strecken befragen. Ist auch Berginspektor Hollender öfter gekommen? Nach meiner Ansicht wäre das nötig gewesen. — Zeuge Hohmeyer: Ich habe meist Wechselschichten gehabt und weiß nicht, ob Inspektor Hollender eingefahren ist. Möglicherweise ist es. Sachverständiger Handmann: Dann möchte ich meine Frage an den Zeugen Thomas richten. — Zeuge Thomas: Herr Hollender

ist niemals bei uns gewesen.

Ich habe auf dem Bergarbeiterkongress in Berlin öffentlich gesagt, daß in den zwei Jahren, wo ich auf Naddob gearbeitet habe, Herr Hollender auch nicht ein einziges Mal bei uns war. — Zeuge Berginspektor Hollender: Gerade die Grube Naddob habe ich von Anfang an aufs schärfste im Auge gehabt und sie ist vom 1. Januar bis zum Eintritt der Katastrophe 33mal revidiert worden, wovon allein 30 Revisionen auf mein Konto kommen. Ich bin gewohnt, eine Sache energisch anzupacken und auch energisch durchzuführen. — Sachverständiger Handmann: Ich habe diese Frage nur gestellt, weil im Volksmunde es immer heißt: Wo es gefährlich ist, läßt sich die Behörde nicht blicken. — Berginspektor Hollender: In Naddob war es überall gefährlich. — Zeuge Bergmann Thomas: Herr Präsident, es ist überall vorkommt, daß nach einer Befahrung oben über Tage in das Wetterbuch eingetragen wird, ob die Stellen gefährlich sind. Diese Eintragungen müssen der Bergbehörde gemeldet oder die Aufsichtsbeteiligten müssen darauf aufmerksam gemacht werden. Wir haben aber niemals irgend jemand von der Behörde in der Grube gesehen. Einmal hatten wir Mittagsschicht und in der Morgenschicht zuvor war der Ventilator entzweitgegangen. Wir hatten schon über 1/2 der Schicht gearbeitet, bis der Ventilator wieder instand gesetzt wurde. Weinade wäre es damals durch die hohe Unachtsamkeit des Bergmanns Nettich zu einer Explosion gekommen und ein Brand wäre ausgebrochen. So gefährlich war diese Arbeit. — Zeuge Berginspektor Hollender: Solche Punkte, die nicht unmittelbar vor Beginn der Schicht bearbeitet wurden, wo also die Arbeit einige Zeit unterbrochen war, müssen mindestens 8 Stunden vor Eintritt der neuen Schicht revidiert und der Befund muß eingetragen werden. Die Bestimmungen über die Eintragungen beziehen sich also nur auf solche Stellen, die nicht fortwährend besetzt sind. Deshalb ist die eben getane Äußerung des Zeugen Thomas gegenstandslos. — Zeuge Thomas: Ich habe die Stelle

**am Morgen voller Wetter gefunden**

und den Steiger gleich darauf aufmerksam gemacht. Wir konnten auf bessere Wetter nicht warten, weil wir zu wenig verdienten. Während wir sonst 8 M. verdient hätten, kamen wir durch Gnade und Barmherzigkeit auf 6 M. Wirklich verdient haben wir sie eigentlich noch nicht einmal. — Sachverständiger Hollender: Aus der Vernehmung des Thomas weiß ich, daß dort, wo die Ueberziehungs-kraft war und wo besondere Schlagwetteranfassungen vorhanden waren, ein Wasser angeleitet war, so daß die Schlagwetter abgeführt werden konnten. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Dieser eine Wasser hat aber offenbar nicht ausgereicht, denn es mußte nach der Katastrophe ein zweites Ventilator angeschafft werden. — Sachverständiger Hollender: Davon weiß ich nichts. — Verteidiger Rechts-anwalt Heine: Unter allen Umständen war das ein

gefährlicher Punkt, der hätte revidiert werden müssen.

Sachverständiger Hollender: Nein, soweit darf man das Berg-gesetz wohl nicht ausdehnen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: In der Dienstamtsweisung für die Wettersteiger steht, daß sich die Steiger durch tägliche Befahrungen dauernd unterrichtet zu halten haben über den Zustand in den Gruben, und daß sie ihren Befund sofort nach der Ausfahrt in ein Wetterbuch einzutragen haben, das dem Betriebsführer vorzulegen ist. Es steht ferner in den Dienstvorschriften, daß die Steiger die Maßnahmen einzutragen haben, die sie für notwendig halten, um diese Befahrungen zu bewerkstelligen. — Sachverständiger Hollender: Das ist richtig. — Verteidiger Rechts-anwalt Heine: Es scheint dies aber nicht geschehen zu sein. — Sachverständiger Hollender: Das weiß ich nicht. Was die Wetter-steiger zu machen haben, geht mich nichts an. — Verteidiger Rechts-anwalt Heine: Wenn nun einzelnen Zeugen bei ihrer ersten Vernehmung gesagt wurde, sie hätten diese Aussage über die Schlagwetter nicht zu machen brauchen, würden Sie darin nicht eine grobe Pflichtverletzung des die betreffende Untersuchung führenden Be-amten sehen? — Sachverständiger Berginspektor Hollender: Das ist Auffassungssache. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich sehe darin keine Auffassungssache, sondern ich sehe darin eine Pflichtverletzung, wenn die Betriebsleitung Leute verleitet, entweder

**die Unwahrheit zu sagen,**

oder mit der Wahrheit zurückzuhaltten. (Bewegung.) — Sachver-ständiger Hollender: Ich stimme darin Ihrer Auffassung durchaus bei.

Der nächste Zeuge war Bergmann Nowel, der, wie die anderen Bergleute, befandete, daß kein Wasser da war und daß, wenn Wasser vorhanden war, der Druck nicht ausreichte. — Zeuge Berg-mann Schröder befandete, daß Wasser vorhanden war, wenn Besuch kam. Einmal habe der Steiger gesagt: Nacht alles ordentlich, es kommt Besuch. Ich antwortete ihm: Wir möchten ja gern be-ziefern, aber es ist kein Wasser da. Darauf sagte der Steiger, er werde mal nachsehen, und am Abend ging auch die Wasserleitung. — Zeuge Bergwerksdirektor Andree: Ist denn nachher auch tat-sächlich Besuch gekommen? — Zeuge Schröder: Ich habe nur den Wettersteiger gesehen. Von dem Besuch eines Aufsichtsbeteiligten haben wir nichts bemerkt.

Nachdem noch verschiedene Zeugen über die Art des Zustande-kommens des Bedinges vernommen worden waren, wurde die Weiterverhandlung auf Freitag vertagt.

**Aus der Partei.**

**Entwickelungsstrebungen in der sozialistischen Bewegung Großbritanniens.**

London, 17. Oktober. Schon früher ist darauf hingewiesen worden, daß das Osborneurteil und die wachsende Kampflust der britischen Unternehmerverbände, denen es eben gelungen ist, die Gewerkschaft der Hessefchmiede weich zu bluten, nicht verfehlen würden, die sozialistische Bewegung in diesem Lande mächtig anzuspornen. Auch bürgerliche Blätter in Großbritannien haben diese Vermutung des öfteren ausgesprochen. Von besonderem Interesse ist in dieser Hinsicht ein Artikel in der „English Review“, einer Zeitschrift, deren Tendenzen schon durch den Titel gekennzeichnet werden. In diesem Artikel verlangt der Redakteur die sofortige Aufhebung des Osborneurteils, weil sonst das schnelle Emporwachsen einer sozialistischen Partei, die die Stelle der Arbeiterpartei einnehmen würde, unvermeidlich sei.

Früher als man erwartet hatte, hat sich diese Vermutung bewahrheitet. Überall bilden sich wieder neue sozialistische Gruppen und die allgemeine Niedergeschlagenheit, die noch vor wenigen Wochen herrschte, ist einer frohen Kampfstimmung gewichen. Besonders die sozialdemokratische Partei entfaltet augenblicklich eine äußerst rege Agitation. Ihre Agitatoren halten in den Gebieten, wo die Hessefchmiede ausgespart sind, in den Bergwerkrevieren und in anderen Gegenden große Versammlungen ab, die von Tausenden von Arbeitern besucht werden. Sie dringen in Gebiete ein, wo noch nie eine sozialistische Versammlung abgehalten worden ist und von allen Gegenden kommen die erfreulichsten Berichte über den Fortschritt der Bewegung. Hand in Hand mit dieser intensiven Agitation geht die Bestrebung, die neu gewonnenen Kräfte zu organisieren, so daß sie der Partei nicht wieder verloren gehen. Die S. D. P. will einen Organisator anstellen, der im Lande umherreisen soll, um den jungen Organisationen mit Rat und Tat beizustehen. Die Kosten dieses neuen Unternehmens werden eben durch eine Sammlung aufgebracht. Diese Sammlung, deren Erfolg schon jetzt gesichert ist, ist ein schönes Zeichen für die Opferfreudigkeit dieser kleinen Partei, die kaum mehr als 18 000 Mitglieder umfaßt. In kleinen Beträgen von 20, 30 und 50 Pfennigen sind in kurzer Zeit Tausende Mark eingelaufen. Das ist ein Ergebnis, das von keiner ähnlichen früheren Sammlung erzielt worden ist. Mit dem Wachsen der Partei wird auch die Presse in allerhöchster Zeit vergrößert werden. Das Parteiorgan „Justice“ soll demnächst zweimal wöchentlich erscheinen, womit wohl der erste Schritt zur sozialdemokratischen Tageszeitung in Großbritannien getan werden wird. Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß sich der Genosse Keir Hardie mit dem Gedanken trägt, im nächsten Jahre eine sozialistische Tageszeitung herauszugeben.

Man kann bei der Schilderung dieser erfreulichen Aussichten der sozialdemokratischen Bewegung in Großbritannien nicht umhin, die mangelhaften Zustände in der Arbeiterpartei zu erwähnen. Der Indifferentismus der Mitglieder dieser Partei steht in grellem Gegensatz zu der Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten. Die Arbeiterpartei schickte sich vor einiger Zeit an, freiwillige Beiträge zu erheben, um die durch das Osborneurteil erzeugten finanziellen Verluste weitzumachen; aber die auf freiwilligem Wege gesammelten Beiträge waren trotz der 1 500 000 Mitglieder, die die Partei auf dem Papiere hat, so gering, daß man sich schämen muß, sie anzugeben. Vor einigen Tagen hat sich die Arbeiterpartei nun auf einen sehr bedenklichen Weg begeben. Ihr Sekretär schrieb an die „Daily News“ einen Brief, in dem die bürgerlichen Leser dieses Blattes ersucht werden, der Arbeiterpartei finanziell zu Hilfe zu kommen. Der Brief trägt den Titel: „Ein Ergänzungsfonds für die Arbeiterpartei.“ Mit gerechtfertigtem Sarkasmus schreibt unser Bruderblatt „Justice“ hierzu: „Man denke sich den Sekretär der deutschen sozialdemokratischen Partei, der an das „Berliner Tageblatt“, oder den Sekretär der französischen Partei, der an den „Matin“ in dem Tone schreiben würde, in dem MacDonald an die „Daily News“ schreibt: „Jede Sektion im Parlament hat der Hilfsbereitsamkeit der Partei und der Aufmerksamkeit, die sie den Geschäften schenkt, Tribut gezollt und abgesehen von den politischen Gefährden und Ueberzeugungen wird man allgemein zugeben müssen, daß das Verschwinden der Arbeitervertreter für unser öffentliches Leben einen großen Verlust bedeuten würde.“

Dieser rührende Appell an die Gutmütigkeit der Bourgeoisie beweist, welchen Illusionen sich die Führer der Arbeiterpartei noch hingeben und wozu eine proletarische Politik führt, die den Klassenkampf als ein inhaltsloses Schlagwort betrachtet. Stände jetzt hinter der Arbeiterpartei ein klassenbewußtes Proletariat, so könnte sie auf das Osborneurteil, insofern es die Finanzen der Partei berührt, pfeifen.

**Die Organisationen zum Parteitag.**

**Wahlkreis Gera.**

In den Arbeiterdörfern Debschütz und Pforten, Vororten von Gera (Reuß), nahmen die Parteigenossen am 16. Oktober den Bericht vom Parteitag entgegen. In den nur kurzen Aussprachen und in Resolutionen wurde den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere dem in der badischen Budgetangelegenheit gefaßten Beschlüsse, einmütig zugestimmt.

**Straßburg-Stadt.**

Im Sozialdemokratischen Verein Straßburg-Stadt vertrat der Delegierte zum Magdeburger Parteitag, Genosse Redakteur Schneider, den bekannten ablehnenden Standpunkt gegenüber der Resolution des Parteivorstandes zur Frage der Budgetbewilligung. Er habe sowohl in der Einzelabstimmung wie in der Gesamtabstimmung gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt, wie dann auch gegen den Antrag Jubel. Dagegen war er für die Einsetzung einer Studienkommission nach dem Wunsch der Parteitagsminderheit. Die Budgetbewilligung sollte, wie der Delegierte sagte, „nicht vom Gesichtspunkte des Revisionismus oder des Radikalismus heraus“ beurteilt werden, die Parteigenossen sollten „sich nicht betart spalten, sondern einfache Sozialdemokraten sein“. Der Referent meinte weiter, „wenn die Budgetfrage nicht unter dem Zeichen der Empörung über die badischen Genossen gestanden hätte, so wäre für sicher eine ruhigere Erledigung ausgedacht“. Daran werden weder die Revisionisten noch die Radikalen in der Partei zweifeln! — In der Diskussion stellten sich die Genossen Voigt und Geiler auf den Standpunkt der Parteitagsmehrheit, während die Genossen Peirotes und Jmhs gegen die Parteitagbeschlüsse in der Budgetbewilligungsfrage sich wandelten. Von einer Stellungnahme in Form einer Resolution sah die Versammlung ab.

**Ein neues Bezirkssekretariat**

soll zum 1. März 1911 in Dresden für die ersten neun sächsischen Wahlkreise errichtet werden. Weiterberum um den Sekretärposten wollen sich unter Verweisung von Angaben über ihre bisherige Tätigkeit und eine kurze Abhandlung über die Aufgabe eines Bezirkssekretariats bis 15. November an S. Fleißner, Dresden-A., Zwingerstr. 14, wenden.

**Gewarnt**

werden die Genossen der Tabakindustriebezirks vor einem angeblichen Genossen Richard Ulmer, Zigarrenfortiermeister. Der Mann ist im Besitze eines Mitgliedsbuches des Sozialdemokratischen Vereins Wachen-Land. Er stammt aus Ebingen, Kreis Schweringen in Baden. Ulmer verzog vor einigen Wochen angeblich nach Landau in der Pfalz. Dort ist er aber nicht zu finden. Polizeilich hat er sich nach Mannheim abgemeldet, es aber für gut befunden, von dort fern zu bleiben. Als wahrscheinlicher Aufenthaltsort kommen die pfälzer, badischen, hessischen oder der Ränder westfälische Tabakindustriebezirk in Frage. Die

Genossen dieser Bezirke seien besonders darauf aufmerksam gemacht. Es wird gebeten, bei etwaiger Ermittlung des Namens sofort die „Rheinische Zeitung“, Billale Aachen, zu benachrichtigen.

**Soziales.**

**Verlorener Arztstreik in Halle.**

Vor mehreren Monaten wurden sämtlichen Ortskrankenkassen in Halle a. S. von den Kassenärzten die Verträge gekündigt. Später geschah das auch gegenüber den Betriebskrankenkassen. Die Ärzte verlangten Einführung der freien Arztwahl in dem Sinne, daß sämtliche der Landesorganisation angehörenden Ärzte (aber nur diese) zur Kassenpraxis zugelassen werden. Nebenbei verlangten sie auch eine Erhöhung der Honorare. Die zu einem Verband vereinigten Ortskrankenkassen lehnten das ab. Die Betriebskrankenkassen taten das gleiche und schlossen sich dem Kassenverbande an. Am 1. Juli bzw. 1. Oktober 1910 legten auch die Ärzte (etwa 80) ihre Tätigkeit bei den Kassen nieder. Inzwischen hat der Kassenverband sowie arbeitsfähige Ärzte erhalten, daß er zusammen mit einigen der feierlichen Ärzte, welche ihre Tätigkeit fortsetzten, genügend ärztliche Hilfe besitzt. Der Arztstreik ist dadurch als erledigt zu betrachten. Die Ärzte haben zwar an die Kassenbesitzer Beschwerden eingereicht, die sie von Kassenmitgliedern unterschreiben ließen, doch stellten sich diese als unzureichend heraus. Der Magistrat hat daraufhin ein Eingreifen ausdrücklich abgelehnt. Die staatlichen Universitätskliniken und die Krankenhäuser freieren noch; sie nehmen Kranke entweder gar nicht oder nur in den dringendsten Fällen auf.

**Der erste ordentliche Verbandstag der bayerischen Baugenossenschaften**

fand am Montag zu Nürnberg statt. Dem Verbands gehören 45 Baugenossenschaften resp. Vereine an. Die Mehrzahl dieser Genossenschaften, deren Mitglieder vorwiegend Arbeiter und kleine Beamte sind, wurden in den letzten 4 Jahren gegründet, und zwar in den meisten Fällen auf die Initiative von Sozialdemokraten hin, so unter anderem die Genossenschaft Gartenstadt-Nürnberg, die gegenwärtig etwa 1700 Mitglieder zählt. Ganz besonders haben die Kleinwohnungsbaugenossenschaften auf dem Lande und in kleinen Städten zugenommen.

Auf der Tagung nahmen die Debatten über die Geldbeschaffung sowie über die Wirkung der neuen bayerischen Steuer-gesetze auf die Kleinwohnungsbauten einen großen Raum ein. Von fast allen Rednern wurde der bayerischen Staatsregierung der Vorwurf gemacht, daß sie wohl große Versprechungen mache, jedoch nichts halte. Obwohl die Regierung gezwungen war, das Befehlen einer Wohnungsnot anzuerkennen, unterlasse sie es, die Beschaffung von Baugeldern zu erleichtern. Die bayerische Kulturkassenanstalt verfüge über außerordentlich reiche Kapitalien; diese können den Baugenossenschaften aber nicht in der notwendigen Weise zugeführt werden, weil das Gesetz über die bayerische Kulturkassen-anstalt verlangt, daß die Gemeinden bei Darlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften für diese Darlehen haften müssen. Die Gemeinden weigern sich aber regelmäßig, diese Haftung zu übernehmen. So gibt es viele solcher Baugenossenschaften, die eine große Mitgliederzahl haben und im Besitze von Bauplätzen sind, die aber, trotzdem in diesen Orten großer Wohnungsmangel herrscht, nicht bauen können, weil sie keine Baugelder bekommen. In einer Resolution wurde gefordert, daß die durch das neue Bausteuergesetz eingeführte zeitweilige Befreiung gemeinnütziger Bauvereinigungen von der Entrichtung der Haussteuer dauernd stattfinden solle. In einer anderen Resolution wurde energisch verlangt, daß die Regierung die Hindernisse, die der Geldbeschaffung für Kleinwohnungsbauten entgegenstehen, beseitige, und daß die Gemeinden mit allen gesetzlichen Mitteln gezwungen werden sollen, den Wünschen der Baugenossenschaften in Bezug auf Geldbeschaffung, Sanitäts- und Strohenbauten usw. entgegenzukommen. Man versprach sich jedoch eine gründliche Besserung erst dann, wenn in den Gemeinden die dominierende Macht der Hausbesitzer gebrochen ist.

Die anwesenden Vertreter der Versicherungsanstalten der Kreise Mittel- und Oberfranken, sowie der von Oberbairern, streikten zu den auch den Versicherungsanstalten gemachten Vorwürfen. Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Regierungsrat und Zentralwohnungsinspektor Dr. Bergmann, machte zur Geduld. Nur langsam, — Geduld und Abwarten beseitigen nur nicht die Wohnungsnot.

**Aus Industrie und Handel.**

**Diskonterhöhung.**

Nachdem die Bank von England erst am 29. September ihre Rate von 8 auf 4 Proz. erhöht hat, ließ sie am 20. Oktober eine neue gleich starke Erhöhung folgen; sie setzte ihren Diskont auf 5 Proz. fest. Den gleich hohen Satz hatte die Bank vom 21. Oktober bis 9. Dezember 1908 und vordem vom 16. bis 23. Januar 1909, während die Rate vorher 6 und 7 Proz. betragen hatte.

**1 114 520 000 M. Gewinn.**

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht in einem Ergänzungsbelt zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches eine eingehende Arbeit über die finanzielle Behörde der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09. Diese Arbeit ist eine Fortsetzung der erstmalig für 1907/08 bearbeiteten Statistik. Von den am 30. Juni 1909 vorhandenen 5187 Aktiengesellschaften (mit Ausschluß der in Liquidation oder in Konkurs befindlichen) kamen für die Rentabilitätsstatistik 4579 sogenannte reine Erwerbsgesellschaften in Betracht. Dem auszufcheiden waren alle Gesellschaften mit nicht-wirtschaftlichen Zwecken, solche, die seltensgemäß die Gewinnerzielung oder Dividendenverteilung ausschließen oder beschränken, endlich solche, deren Bilanzen nicht oder lückenhaft veröffentlicht wurden, ohne daß durch Rückfragen Aufklärung zu erzielen war.

Das eingezahlte Aktienkapital der 4579 Gesellschaften betrug am Tage des Bilanzabchlusses 13 200,57 Millionen Mark. Die ersten Reserven beliefen sich auf 2858,84 Millionen Mark = 21,7 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Von jenen 4579 Gesellschaften waren für 3000,02 Millionen Mark Obligationen im Umlauf.

Die Statistik für 1908/09 verzeichnet: a) 8988 Gesellschaften mit Jahresgewinn, b) 809 mit Jahresverlust und c) 82 ohne Jahresgewinn oder -verlust. Bei den Gesellschaften zu a) belief sich der Jahresgewinn auf 1233,05 und bei denen zu b) der Jahresverlust auf 118,53 Millionen Mark, so daß der Jahresmehrgewinn von sämtlichen 4579 reinen Erwerbsgesellschaften 1114,52 Millionen Mark betrug. Vergleicht man diesen Betrag mit dem eingezahlten Aktienkapital, so ergibt sich für die Gesellschaften eine Rentabilitätsziffer von 8,67 Proz. und wenn man zweckmäßigerweise das ganze Unternehmungskapital (Aktienkapital + echte Reserven) berücksichtigt, eine Ziffer von 7,03 Proz. (gegenüber 10,11 und 8,33 Proz. für 1907/08).

Wollt man die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften vom Standpunkte der Aktionäre aus kennen lernen, so bieten die Zahlen für die ausgeschütteten Dividenden einen gewissen Anhalt. Von den 4579 reinen Erwerbsgesellschaften verteilten im Jahre 1908/09 3271 Gesellschaften Dividende. Dies betrug im Jahre 1907/08 von 4578 Gesellschaften 3425. Die Dividendensumme betrug im Jahre 1908/09 959,70 Millionen Mark gegenüber 1022,60 Millionen Mark im Vorjahre. Auf das dividendenberechtigten Aktienkapital aller reinen Erwerbsgesellschaften machte dies 1908/09 7,38 Proz. und 1907/09 8,07 Proz. aus. Vom Standpunkte des Aktionärs — die Dividendensumme zum dividendenberechtigten Aktienkapital in Ansatz gebracht — sinkt der Durchschnittssatz des Vorjahres, 8,07 Proz., auf 7,38 Proz. hinab. Die Rentabilitätsziffer nimmt sich in den wichtigsten Industriezweigen wie folgt aus:



Table with 2 columns: Industry/Category and Value. Includes categories like Farbenfabriken, Versicherungsgesellschaften, Chemische Großindustrie, etc.

Das Krisenjahr 1908/09 hat demnach ganz respektable Gewinne gebracht. Für das Jahr 1909/10 sind sie schon wieder bedeutend höher, und im laufenden Jahre wird die Gewinnsomme sicher auf 1 1/2 Milliarden Mark anwachsen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterfrauen und die Fleischnot.

Die Arbeiterfrau, die Frau des kleinen Geschäftsmannes, die Frau des Beamten, sie alle beklagen sich seit Wochen auf das bitterste über die herrschende Fleischnot. In zahlreichen Versammlungen hat die organisierte Arbeiterschaft von der Regierung Maßnahmen zur Abhilfe der Fleischnot verlangt; die Mehrgewinnungen, Stadtverwaltungen, Handelskammern stellen das gleiche Verlangen, leider bisher vergeblich.

Die Arbeiterfrauen und weit hinein in die Kreise des Bürgertums ist deshalb der Fleischkonsum ganz enorm zurückgegangen; in vielen Tausenden von Familien hat er ganz aufgehört, oder der Verbrauch guten, gesunden Fleisches ist durch minderwertige Ware ersetzt worden. Und dabei stehen weitere Preissteigerungen des Fleisches in Aussicht. Das sind unerträgliche Zustände.

Gegen diesen unerträglichen Zustand hat die Arbeiterschaft den Kampf mit aller Wucht weiterzuführen, und bei diesem Kampf müssen die Frauen, als die am meisten Interessierten, in den ersten Reihen stehen. Sie wissen nur zu gut, daß der Verdienst des Mannes, oft genug auch ihr gemeinsamer Verdienst, ohnehin nicht reicht, nun aber um so unzulänglicher sich erweist.

Sie weiß auch, daß die Kollage des Volkes manchen braven Arbeiter, manche Arbeiterin auf die Bahn des Verbrochens, manche Arbeiterfrau und Tochter auf den Weg der Schande getrieben hat, und daß alle diese Gefahren auch ihr und den Ihrigen drohen.

Was die Arbeiterschaft im schweren gewerkschaftlichen Kampfe an Lohnerschöbungen erzungen hat, wird mehr denn je durch die allgemeine Lebensmittelerhöhung, so wird und durch Zoll und Steuern verteuert das kilo

Table with 2 columns: Item and Price. Includes Roggenbrot, Weizenbrot, Fleisch, Speck, Butter, Margarine, Mehl, Salz, Zucker, Kaffee, Tee, Streichholz.

Zu den aufgeführten Nahrungsmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen kommen noch viele andere, die in gleicher Weise durch Zölle und Steuern enorm im Preise gesteigert sind.

Die Fleischwaren sind nicht nur durch Zölle auf Fleisch und Speck verteuert, hohe Viehzölle kommen hinzu, ferner Einfuhrverbote und schärfste Einfuhrbestimmungen für Vieh und Fleisch. Einmal verteuern diese Bestimmungen das eingeführte Vieh und Fleisch, und ferner ermöglichen sie es den einheimischen Viehzüchtern, ihre Viehpreise ungefähr um dieselbe Summe zu steigern.

Alle diese Tatsachen mühten die Frauen und Mädchen des Volkes aufreißten zum schärfsten Protest gegen die Auswüchszungs- und Anedelungspolitik.

Die vom Parteitag beschlossene und vom Parteivorstand erneut eingeleitete Aktion gegen den Brot- und Fleischwucher muß zu einem kräftigen Wiederaufbruch der werktätigen Massen, vor allem der Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft werden.

Lebensabend.

Freitag, Montag, den 24. Oktober, 1/9 Uhr, bei Hartmann, Germania-promenade. Steglitz, Freitag, den 24. Oktober, 8 1/2 Uhr bei Heilmann, Florastraße, Vortrag: „Kirche und Sozialdemokratie.“ Referent: Genossin Frida Schulte-Altdorf.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Oranienburg, Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstr. 34, Frauenversammlung Vortrag: Genossin Frau Frida Wulff-Berlin: Junterpolitik, Kaiserreden und die Meinung der Frauen.

Gerichts-Zeitung.

Genbarm und Staatsanwalt gegen den „Märkischen Landboten“.

In Stangenhausen bei Trebbin sah der Gendarmierwachtmeister Starke an einem Sonntag nach der Kirchzeit einen Mann aus einem Hause kommen. Obgleich dieser Mann nichts Verdächtiges an sich hatte, fragte ihn der Gendarm: „Was machen Sie hier?“ — „Ich verteilte Kalender“, war die Antwort. Der Mann — es war der Maurer Wunderlich aus Löwendorf — trug die zur Verteilung bestimmten Kalender in den Taschen seiner Joppe, so daß von den Kalendern nichts zu sehen war. So ging er von Haus zu Haus. — Der Gendarm erstattete Anzeige. Wunderlich erhielt einen auf 3 Mark lautenden Strafbefehl des Amtsrichters, weil er durch Verletzung einer „öffentlich bemerkbaren Arbeit“ die Verordnung, die Sonntagsheiligung betreffend, übertreten habe. — Das Schöffengericht Trebbin hat den Genossen Wunderlich freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird u. a. gesagt: Es ist festgestellt, daß der Angeklagte an einem Sonntag nach der Kirchzeit von Haus zu Haus gegangen ist, in seiner Joppe etwa 50 Kalender tragend, die er in den Häusern verteilt hat.

Dieses recht verständige und durchaus zutreffende Urteil gefiel der Staatsanwalt so wenig, daß sie Berufung einlegte. In der gestern stattgehabten Verhandlung vor dem Landgericht II begründete der Staatsanwalt seinen Antrag auf Bestrafung des Angeklagten mit der Behauptung, daß dessen Tätigkeit eine Arbeit sei. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld legte dar, daß das Tragen einer Anzahl von Kalendern, die noch dazu nach außen nicht sichtbar sind, ebenso wenig eine die Sonntagsruhe störende Arbeit ist, wie das Tragen einer Bibel auf dem Wege zur Kirche.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen, das Erscheinen des Angeklagten im nächsten Termin zu veranlassen, und durch Augenschein festzustellen, ob er 50 Kalender — die herbeizuschaffen der Verteidiger versuchen wird — in seinen Rocktaschen so unterbringen kann, daß sie nicht zu sehen sind.

Auf diese Weise also muß einem preußischen Gericht erst demonstriert werden, daß das Tragen von 50 in den Rocktaschen versenkten sozialdemokratischen Kalendern nicht eine Arbeit ist, welche die Sonntagsruhe derart stört wie Feldarbeit, Dungsfahren, Dreschen, Schiffe beladen, Schmiede- und Bergwerksarbeit und dergleichen mehr.

Wobiter Vorspiele.

Gestern stand der Fabrikarbeiter Willi Labwig wegen groben Unfugs und Straßenpolizeiübertretung vor der 143. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Der Angeklagte kam nach durchgehender Nacht am Morgen des 24. September durch die Sidingenstraße. Als dort ein Kohlenwagen der Birma Kupfer u. Co. mit Arbeitswilligen vorüberfuhr, nahm der Angeklagte einen halben Mauerstein auf und warf ihn nach den Arbeitwilligen, ohne jemand zu treffen. Der Angeklagte gab dies vor Gericht zu, entschuldigte sich aber damit, daß er angetrunken gewesen sei. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß er doch eine große Dummheit begangen habe, da er doch leicht jemand hätte treffen und schwer verletzen können, er sich aber auch selbst in große Gefahr begeben habe, da er leicht von einem Schuhmannsfuß hätte getroffen und schwer verletzt werden können. Der Amtsanwalt beantragte 2 Wochen Haft. Der Vorsitzende setzte die Strafe auf 1 Woche Haft fest, wobei er berücksichtigte, daß der Angeklagte unbeschuldig ist und bei der Tat angetrunken war.

„Berliner Café“

behandelte ein Feuilleton, welches der Schriftsteller Gustav Berner Peters in Nr. 49 der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte.

Es enthielt eine Klage über das Leben und Treiben in den Berliner Cafés und verweilte des längeren bei der Schilderung des „Café der Abenteuer“ dargestellt wird. Herr Löwy, der Inhaber des Cafés, wollte sich die abgünstige Schilderung des in seinem Lokal verkehrenden Publikums nicht gefallen lassen, weil er sie für unzutreffend und beleidigend hielt und strengte Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Arthur Wabersich, und den Verfasser des Feuilletons, Peters, an. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte machte Herr Löwy geltend, daß er durch den Artikel geschädigt sehr geschädigt worden sei und pekuniäre Verluste erlitten habe. Er erhob deshalb auch Anspruch auf Wunde. Nach längerem Hin und Her kam folgender Vergleich zustande: Die Angeklagten erklären: „Soweit in dem qu. Feuilleton von dem Café Opéra, Unter den Linden, die Rede war, hat sich ergeben, daß die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen nicht ausdifferenzierbar werden können. Die Angeklagten erklären dies ausdrücklich, da es ihnen völlig ferngelegen hat, dem Besitzer des Cafés irgendwie zu nahe zu treten. Die Angeklagten übernehmen die Kosten des Verfahrens.“ Falls binnen 3 Wochen kein Widerspruch erfolgt, soll die Klage als zurückgenommen gelten.

Von sehr niedriger Genunung

genauete mehrere Straftaten, welche gestern dem Ingenieur Erich Müller vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I führten. — Der Angeklagte, welcher aus einem kleinen Städtchen in Anhalt kam, war dort mit der Tochter eines Apothekenbesizers bekannt geworden. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches schließlich einen intimen Charakter annahm. Wegen verschiedener dummer Streiche mußte M. seinen Heimatsort verlassen. In Halle wurde er wegen Verleitung eines jungen Mädchens zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe fuhr der Angeklagte nach Berlin, wo er sich längere Zeit beschäftigungslos herumtrieb. Um sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, kam er auf folgenden, von recht niedriger und gemeiner Genunung zeugenden Plan: Er richtete an den Vater jenes jungen Mädchens, mit welchem er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, einen Brief, in welchem er drohte, seine Beziehungen zu dem Mädchen in der ganzen Stadt bekannt zu machen, wenn ihm nicht ein „Darlehen“ gegeben werde. Als er keine Antwort erhielt, richtete er an den Apotheker noch zwei andere Expressbriefe, welche der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. — Die Strafkammer hielt mit Rücksicht auf die höchst gemeine Handlungsweise des Angeklagten eine exemplarische Strafe für angebracht und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Aus aller Welt.

Die Taufe des Ballons.

Bei dem Gordon-Bennet-Rennen der Räfte, das in St. Louis ausgetragen wird, hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Die herrschende Windströmung hat den größten Teil der Ballons über das Gebiet der großen Seen im Nordosten der Vereinigten Staaten bis nach Kanada geführt. Der an der Fahrt beteiligte deutsche Ballon „Harburg“ ist dabei Dienstag nacht 11 Uhr aus einer Höhe von 5500 Metern mit furchtbarer Geschwindigkeit in den Ripplingsee gefallen. Der Pilotfahrer Ahmann hat durch den Sturz den linken Arm gebrochen und eine Verletzung der Arterie am linken Handgelenk erlitten. Der Führer des Ballons, Leutnant Vogt, kam ohne Verletzungen davon. Vogt und Ahmann schwammen an Land und verbrachten die Nacht im Walde, von wo sie am anderen Morgen von Indianern nach dem Hospital in Portoflan geleitet wurden. Vogt erzählt, sie hätten bei der Kreuzung des Huronsees die Entdeckung gemacht, daß sie zu wenig Ballast hätten und darum die Ventile geöffnet. Diese seien in Unordnung geraten und der Ballon mit der großen Geschwindigkeit gefallen. Der Zufall, daß die Passagiere des Ballons ins Wasser fielen, hat ihnen das Leben gerettet.

Ein Unglückschiff.

Auf seiner Reise von Latal in Südamerika nach Hamburg ist das gestern im Hamburger Hafen angelommene Schiff „Perlimmon“ wiederholt von schweren Unglücksfällen heimgesucht worden. Das mit Salpeter beladene Schiff verlor auf der Fahrt neun Mann Besatzung. Drei Matrosen stürzten bei einem schweren Wetter vom Mast und waren sofort tot. Bei Kap Horn wurde ein vierter Mann durch eine Sturzsee über Bord geworfen. Das Schiff wurde zum Halten gebracht, und acht Freiwillige bestiegen ein Boot, um den Kameraden zu retten, sie konnten ihn aber nicht mehr erreichen und kehrten unberichtetet nach dem Schiff zurück. Bei der Rückkehr des Bootes lernte es an der Schiffseite infolge des Sturmes und fünf Mann der Bootbesatzung fanden den Tod in den Wellen.

Im Kampf um den Profit.

Mit welchen schönen Mitteln die Kapitalisten manchmal operieren, um die ihnen unbenachteiligte Konkurrenz zu schädigen, beweist ein Vorfall, der sich in Jansbruck abspielte. Jemand, der an der finanziellen Schädigung des Hoteliers Kramer vom neu eröffneten Maria Theresien-Hotel lebhaft interessiert ist, verbreitete das Gerücht von dem Selbstmord des Hoteliers. Die Nachricht war aber ein ganz niederträchtiges Schwindelmüßchen, wurde jedoch unbegründeterweise von dem Polizeikommissar bestätigt. Eine Anzahl gemieteter Diensteute sorgten durch Weitererzählung des „Selbstmordes“, daß die Ente schnell bekannt wurde.

Kleine Notizen.

Der Bod als Gärtner. Das Landgericht in Gera verurteilte gestern den Oberlehrer Köhler wegen Sittlichkeitsverbrechen zu vier Jahren Zuchthaus. Köhler hatte sich in 88 Fällen in schwerer Weise an Schülern seiner Klasse vergangen.

Durch den Bruch eines Gefäßes ist während der Nacht die 65 Jahre alte Witwe eines Arbeiters in Rottebühl in Württemberg den eingeatmeten Gasen erlegen. Ihr Schwiegerohn und ihre Tochter wurden in bewußtlosem Zustande aber noch lebend angetroffen. Zwei Kinder des Ehepaars wurden nur leicht vergiftet und waren bald wieder bei Bewußtsein.

Geborene Ordnungsfälle. Der Rentamtmann von Landsberg wurde von der Strafkammer in Augsburg wegen fortgesetzter Unterschlagung von Amtsgeldern zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte machte sich durch seinen zur Schau getragenen Patriotismus besonders bemerkbar.

Ein schwerer Unfalls ereignete sich bei dem im Abfließen begriffenen Schacht I der Gewerkschaft „Westfalen“ in Ahen. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache ging die Fördermaschine durch. Der mit großer Gewalt niedergehende Förderkorb erschlug auf der Schachthöhe einen Mann und erschütterte einen zweiten den Fuß.

Der eifersüchtige Musiker. In der Nacht zum Donnerstag berichte in Essen ein auf Urlaub befindlicher Musiker Schlingel einem Arbeiter, der sich in Begleitung seiner frühren Braut befand, mit dem Seitengewehr einen Stich in die Brust und verletzte ihn lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Der Tod an Bord. Ein aus Sachalin in Nikolajewsk eingetroffener Dampfer hatte 28 Cholerafranke an Bord. Das Schiff wurde sofort unter Quarantäne gestellt.



Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit Worten ehren den Nachruf für das am 13. d. M. verstorbene ehemalige Mitglied Wärfenfabrikant Littmann.

Die Abteilungen haben vor der Sitzung die Wahl von drei Ausschüssen vollzogen. In dem Ausschuss für die Vorlage wegen der Organisation selbständiger Volksschulen ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtvv. Manasse, Rosenfeld, Wurm, Jadel, in demjenigen zur Vorbereitung der Vorlage wegen der Einziehung der Volksschulen 72 und 14 durch die Stadtvv. Krons, Bruns und Leid vertreten.

Für den ausgeschiedenen Stadtv. Haberland (A. 2.) ist in die Fischbudenabteilung, Finanzdeputation, Verkehrsdeputation und in das Kuratorium des Friedrich-Gewerbe-Stipendiums Ersatz zu wählen. Durch Juras werden in die Deputationen bezw. das Kuratorium gewählt die Stadtvv. Wajell, Sonnenfeld, Reimann und Lohmann.

Der Stundenplan der städtischen Pflicht-Fortbildungsschule ist für das Winterhalbjahr 1909 durch besonderes Ortsstatut festgelegt worden. Da immer noch nicht abgesehen ist, wann die Gewerbeordnungsnovelle, wonach diese Festlegung den Gemeindevorständen zustehen soll, Gesetz werden wird, schlägt der Magistrat jetzt die Aufstellung eines feststehenden Stundenplanes vor. Die durch die Gewerbeordnung vorgeschriebene Anhörung der Beteiligten ist erfolgt und hat wesentliche Einwendungen nicht ergeben.

Stadtv. Dr. Krons (Soz.): Als wir voriges Jahr den Antrag stellten, die Abendstunden von 7 bis 8 aus dem Stundenplan verschwinden zu lassen, wurde der Antrag zwar abgelehnt, aber auf allen Seiten bestand Einverständnis darüber, daß schrittweise Remedur geschaffen und allmählich diese späte Abendstunde verschwinden müsse. Trotzdem wird in dem neuen Stundenplan die Stunde von 7 bis 8 mindestens in demselben Maße wie bisher in Anspruch genommen. Noch schlimmer ist, daß in zahlreichen Schulen der Unterricht volle 8 Stunden, von 2-8 Uhr nachmittags dauert. Es handelt sich hier nicht etwa um Ausnahmen; ich habe festgestellt, daß es sich um eine sehr große Anzahl von Gewerben handelt, wo die jungen Leute, nachdem sie vormittags gearbeitet haben, nachmittags dem Unterricht 8 Stunden lang folgen sollen. Bei der VI. Pflichtfortbildungsschule haben 47 von 88 Klassen einen Unterricht von 2-8 Uhr; nur 41 Klassen haben andere Unterrichtszeiten, aber auch hier haben eigentlich nur 8 Klassen eine längere als sechsstündige Unterrichtszeit. Von einer „Ausnahme“ kann man also doch kaum noch sprechen. Gewiß können auch beim Nachmittagsunterricht geistig und körperlich tüchtige junge Leute etwas erreichen; aber für die große Mehrzahl kann ein solcher Unterricht nicht von Vorteil sein, für diese wäre viel vorteilhafter ein Vormittagsunterricht, etwa von 7-1 Uhr. Es scheint fast, als ob man über die weiten Kreise der Arbeitgeber immer noch mißliebig empfundene Notwendigkeit des Pflichtfortbildungsschulunterrichts auf jene Weise am besten hinwegkommen zu können glaubt. Wir stellen diesmal keinen Antrag, damit man uns nicht wieder vorhält, daß wir Unmögliches verlangen; aber außerordentlich würde es mich freuen, wenn aus der Mitte der Versammlung sich noch Stimmen dafür erheben, daß eine definitive derartige Regelung nicht Platz greifen soll und nicht gebildet werden darf. Es wäre der Stadt Berlin unwürdig, möchte sie sich erst von Aufsicht wegen auch hier eines Besseren belehren lassen. (Beifall.)

Stadtv. Berger (A. 2.): Ich bitte dringend, der Anregung des Vorredners nicht zu folgen. So wie der Stundenplan jetzt festgelegt ist, hat er den Vorteil der sämtlichen Beteiligten, und namentlich ist in allen Innungen jetzt der Friede hinsichtlich dieses Punktes wieder hergestellt. Von einer Uebermüdung der jungen Leute beim Nachmittagsunterricht kann nicht die Rede sein. Wenn der Lehrling vormittags oder in der Woche zweimal der Werkstatt entzogen würde, so wäre das noch viel einschneidender für den ganzen Betrieb der Werkstatt; der könnte sogar womöglich ganz ins Stocken geraten. Nehmen Sie auf die Handwerksmeister und das Handwerk Rücksicht und schädigen Sie es nicht noch mehr dadurch, daß Sie ihm die Lehrlinge zweimal in der Woche entziehen, ändern Sie nichts an dem Stundenplan, genehmigen Sie ihn, wie er vorgelegt ist.

Stadtv. Wajell (Fr. Fr.): Der Deputation schwebt ja allerdings als Ziel die Verlegung des Unterrichts auf den Vormittag vor; ich muß aber dem Kollegen Krons widersprechen, wenn er behauptet, daß überhaupt keine Fortschritte erzielt seien. Daß der Nachmittag nur eine Ausnahme sein soll, läßt sich unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht durchführen, wir würden den schärfsten Widerspruch seitens der Gewerbetreibenden erfahren, wenn wir den Unterricht durch Zwang auf den Vormittag legen wollten. In dem Ziele bin ich natürlich mit dem Kollegen Krons durchaus einverstanden.

Stadtv. Gassel (A. 2.): Den Nachmittag gänzlich auszuscheiden, ist zurzeit nicht möglich; ich sehe aber meinerseits auch keine Notwendigkeit ein, dauernd nur den Vormittag zu wählen. Ein großer Fortschritt ist dadurch erzielt, daß die Stunden nach 8 Uhr abends, wie sie bei der früheren freiwilligen Fortbildungsschule gang und gäbe waren, gänzlich in Wegfall gebracht sind. Damit aber, daß die Stunden an einem Tage hintereinander gegeben werden, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Diese Zusammenbedingung des Unterrichts auf einen Tag entspricht nicht dem Geist der Einrichtung; das können die jungen Leute nicht verdauen; der Unterrichtsstoff muß auf zwei, vielleicht auch drei Tage in der Woche verteilt werden.

Stadtv. Rosenow (A. 2.): Es ist nicht gut getan, wenn dem erstrebten Ziel der Unterweisung der Handwerkslehrlinge durch die Fortbildungsschule so einseitig Hindernisse in den Weg gelegt werden, indem man Rücksicht, Schonung für das bedrängte Handwerk verlangt, wie es Kollege Berger getan. Als Ziel wird mindestens festgehalten sein, den Unterricht auf den Vormittag zu legen. Sechs Stunden an einem Tage sind auch tatsächlich ein bißchen viel.

Stadtv. Weitz (A. 2.): Es ist wahrlich nicht leicht gewesen, die Berliner Gewerbetreibenden hier unter ein Hut zu bringen und die Unterbringung von 30 000 Kindern ordnungsmäßig in die Wege zu leiten. Da sollte man sich doch mit der erreichten Einigung zufrieden geben und die Sache zum Abschluß bringen. Dem Sozialdemokraten dürfte es weniger darum zu tun sein, die arbeitende Jugend zu schonen, als den Abend für die Agitation der sozialdemokratischen Jugendvereine frei zu halten. (Weiterer Beifall bei den Sozialdemokraten: Rufe: Weiter reden!)

Stadtv. Gassel: Allerdings stellt dieser Zwangsunterricht an die Lehrmeister bedeutende Anforderungen; sie müssen ihre Lehrlinge für gewisse Zeit entbehren. Dieses Opfer wird ihnen aber im Interesse des ganzen Gewerbes angeeignet. Wir sind doch darüber einig, daß die obligatorische Fortbildungsschule eine Notwendigkeit ist. Dann müssen aber die Einrichtungen auch so getroffen werden, daß die Schüler einen Nutzen davon haben. Was die sozialdemokratische Agitation der Jugendvereine angeht, so habe ich auch meinerseits keine Reue, die Jugend der Sozialdemokratie und ihren Vereinen auszuliefern, aber ich weiß absolut nicht, was das mit der Frage zu tun hat, die wir verhandeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Michaelis: Wir sind auf dem schwierigen Gebiete der zeitlichen Anordnung des Unterrichts noch im Stadium des Versuches. Auch wir halten die sechsstündige Unterrichtszeit für ein Übel, dessen Beseitigung angestrebt werden muß, und wir hoffen, daß und dabei nachher die gesetzlichen Bestimmungen zu Hilfe kommen werden.

Stadtv. Berger weist es weit von sich, ein Gegner der Pflichtfortbildungsschule zu sein, und hebt seine Mitwirkung an den Vor-

bereitungsarbeiten eingehend hervor. Die 6 Stunden seien gar nicht zu viel, denn es seien ja gar nicht 6 Stunden; es gingen die Pausen ab, es kämen höchstens 5 Stunden Unterricht in Betracht. Der Lehrling sei doch verpflichtet, im späteren Verlauf der Zeit die Fachschule seines Gewerbes zu besuchen. Was bleibe für die Werkstatt übrig, wenn er wöchentlich zweimal in die Fortbildungs- und einmal in die Fachschule gehen müsse? Dann sei er bald überhaupt für die Werkstatt verloren.

Die Versammlung nimmt hierauf die Magistratsvorlage an. Eine Ehrung des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich durch die Stadt Berlin aus Anlaß der Vollendung seines 80. Lebensjahres ist der Gegenstand einer weiteren Magistratsvorlage. Der Beschlusstrat hat folgenden Wortlaut:

Die Versammlung stimmt dem zu, daß die Stadt Berlin Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Könige von Ungarn Franz Joseph anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres dadurch ihre Verehrung zum Ausdruck bringt, daß sie den bisher „Am Opern-Platz“ genannten Platz den Namen „Franz-Joseph-Platz“ in Vorschlag bringt.

Die Begründung nimmt darauf Bezug, daß der deutsche Kaiser in Wien persönlich die wärmsten Glückwünsche überbracht hat, und erklärt es für angemessen, daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches dem Gefühl der Verehrung gegenüber dem ehrwürdigen Monarchen des dem Deutschen Reiches innig befreundeten und ihm verbündeten österreichisch-ungarischen Staates einen entsprechenden Ausdruck gibt. Der anschließend an die Straße „Unter den Linden“ in dem schönsten Teile der Stadt gelegene „Platz am Opernhaufe“ scheint dem Magistrat zu einer solchen Ehrung besonders geeignet.

Vor Eintritt in die Beratung macht der Vorsteher darauf aufmerksam, daß ursprünglich der neue Name „Kaiser-Franz-Joseph-Platz“ habe lauten sollen, bittet, eventuell diese Form zu wählen, und erucht den Magistrat um seine Zustimmung.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Es ist wohl das erste Mal, daß die Versammlung eine solche Vorlage von dem Magistrat erhält, von demselben Magistrat, der immer so eifersüchtig darüber wacht, daß seinen Rechten auch nicht das geringste Aufgeben genommen wird. Der Magistrat hat ja auf dem Gebiete der Straßennamen und des Vorschlagsrecht allein und hat bisher die Versammlung auch noch niemals befragt. So gewinnt die Vorlage den Charakter einer monarchisch-höfischen Demonstration, die mitzumachen wir keine Veranlassung haben. (Unruhe.) Wir lehnen die Vorlage ausdrücklich ab.

Oberbürgermeister Rischner: Wenn es sich nur um eine Namensänderung handelte, wäre die Vorlage nicht gemacht worden. Es handelt sich hier zunächst um eine Ehrung gegenüber dem Kaiser Franz Joseph, und als Form für diese Ehrung wird die Namensänderung beantragt. Es handelt sich also um diesen besonderen Akt, nicht um eine bloße Namensgebung und ich möchte das auch betonen, damit für die Zukunft aus diesem Antrage keine Konsequenzen gezogen werden. (Wahl und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Magistratsantrag gelangt darauf ohne weitere Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme.

Die Treppenanlage zur Verbindung der Quigowstraße mit der im Bau begriffenen Putzlystraße soll von dem ursprünglichen Projekte abweichend statt auf dem nördlichen Vürgersteig auf eisenschienenförmigem Gelände aufgeführt werden. Diese Abänderung befreit mehrere Nachteile, welche sonst u. a. für den Bassantenverkehr entstanden wären, und hat Nebenausgaben nicht im Gefolge, da die Vertiefung um 30 000 M. durch Ersparnisse bei der Vergebung der Eisenkonstruktionen ausgeglichen wird.

Ohne Diskussion wird die Vorlage genehmigt. Im laufenden Etat sind 8000 M. zur Herstellung einer Baumanlage auf dem Walleplatz ausgeworfen. Die Summe kann nicht zur Verwendung gelangen, da die Umgestaltung des Platzes noch nicht erfolgt ist. Der Magistrat beabsichtigt nach dem Vorschlag der Stadtdeputation den Betrag für zwei andere dringende Arbeiten zu verausgaben: 1. Auslichtung und Unterholungsarbeiten im neuen Teile des Friedrichshains, 2. Umgestaltung der alten halbkreisförmigen Anlage, die die Fontane „Promenade von dem neuen „Platz am Urban“ in recht störender Weise trennt. Erforderlich sind 3700 und 2900 M. Beide Arbeiten sind vornehmlich Herbst- und Winterarbeiten, dienen also zugleich zur Einschränkung der bei der Parkverwaltung naturgemäß gebotenen, andererseits unerwünschten Entlassungen von Sommerhilfskräften.

Die Versammlung erteilt ohne Debatte ihre Zustimmung. Ueber die Organisation des städtischen Nachrichtenamts in gemischter Deputation mit der Versammlung zu verhandeln hat sich der Magistrat jetzt bereit erklärt. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Niederrheinischer Provinzialparteitag.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit einem längeren Referat des Gen. Limberg-Essen über: „Die Gasfernversorgung der Gemeinden und die kapitalistische Monopolbestrebungen“. Die Industriefürsorge, die Arbeiter und Genossen sind im Begriff, sich die Kommunen des ganzen Industriegebietes tributpflichtig zu machen durch die Gasfernversorgung. Seit Jahren haben diese Großkapitalisten in aller Stille Vorbereitungen für die Monopolisierung des Gasverkaufs getroffen. Eine große Anzahl Städte und Gemeinden hat bereits die Verträge auf Gaslieferung mit dem Konförium (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft in Essen) abgeschlossen, weil ihnen angeblich die Zugangsbedingungen günstiger schienen, wie die Herstellung von Gas und Elektrizität in eigener Regie. Da nun eine große Anzahl unserer Genossen in den Kommunalverwaltungen des Industriegebietes sitzen, so tritt an sie die Frage heran, ob sie den grundsätzlichen Standpunkt unseres Parteiprogramms, Erteilung derartiger Einrichtungen in eigene Regie, unter allen Umständen vertreten oder ob sie bei vorteilhafteren Angeboten das Gas für die Gemeinden durch die Monopolisten beziehen sollen. Vor einiger Zeit fand deshalb bereits in Eibfeld eine Gemeindevereinerkonferenz statt. Diese hatte nach einer äußerst lebhaften Aussprache eine Resolution angenommen, welche vom Standpunkte des „kleineren Übels“ die Zustimmung unserer Genossen zu solchen Verträgen unter Umständen billigte und gleichzeitig die Materie dem Niederrheinischen Parteitag zur Beschlußfassung übertrug. Genosse Limberg, der sich in ganz vorzüglicher Weise in das schwierige Problem hineingearbeitet hat und die technische Einzelheiten mit der Gründlichkeit eines Fachmannes behandelte, stellte sich in seinen Ausführungen auf den Standpunkt, daß bei der engen Verknüpfung und Cliquenwirtschaft, die zwischen Industrie und der Kommunalverwaltung des Gebietes herrscht, es äußerst gefährlich sei, wenn eine Kommunalverwaltung sich geschäftlich mit den Monopolisten verbinde. Er vertrat an der Hand eingehender Nachweise ferner den Standpunkt, daß eine vernünftig geleitete Gemeindevereinerkonferenz ebenso billig produzieren könne, dabei dann aber freie Hand behalte, alle technischen Fortschritte im Interesse der Gemeinden auszunutzen zu können, während die Kommunen bei den langjährigen Verträgen mit den Monopolisten stets im Nachteil bleiben würden. Nach eingehender Debatte, die sich meistens im zustimmenden Sinne zu den Ausführungen des Referenten bewegte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

- 1. Der grundsätzliche Standpunkt der Partei zur Gemeindevereinerkonferenz ist durch die neuere Entwicklung der Monopolbestrebungen der Stinnes- und Genossen keine Änderung. Die Gründe für die Gemeindevereinerkonferenz bleiben nach wie vor für die Gemeinde wie für den Zweckverband ausschlaggebend.
- 2. Die neueren Formen, welche die Kreis- und Gemeindevereinerkonferenzen für die Gas- und Elektrizitätsversorgung an-

nehmen, indem sie nicht mehr selbst oder selbständig produzieren, sondern das Produkt kaufen und sich nur die Verteilung vorbehalten, oder mit Privatwerken gemeinsam produzieren, sind in allgem. einen zu verwerfen.

3. Abgesehen davon, daß der dauernde finanzielle Vorteil in dem angenommenen Maßstabe sehr zweifelhaft ist, binden die Verträge mit den Privatwerken die Gemeinden auf viele Jahre — denn nur so werden die Lieferanten Verträge abschließen — und machen es ihnen unmöglich, dem Zuge einer kommunal-sozialen Entwicklung zu folgen, während die liefernden Werke zu einer das Gemeindefürsorge beherrschenden, in ihren Konsequenzen vorab abzusehenden Monopolstellung gelangen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß diese neue Form der Gemeindevereinerkonferenz einer Beseitigung der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne unserer Auffassung über die Konzentration des Kapitals förderlich sein kann.

4. Die neuen Erfordernisse bedürfen aber des eingehenden Studiums, damit da, wo unsere Gemeindevereinerkonferenz den Abschluß solcher Verträge nicht verhindern können, sie alles daran zu setzen vermögen, daß die Verträge vorteilhaft, d. h. in der Richtung unserer grundsätzlichen Auffassung zur Gemeindevereinerkonferenz — vor allen Dingen möglichst die Wahrung der Selbständigkeit der Gemeinden — gestaltet werden.

5. In solchen Gemeinden, wo die selbständige Erzeugung eines Gas- oder Elektrizitätswerkes unmöglich erscheint, oder wo ein Zweckverband mit anderen Gemeinden zur Erzeugung eines Werkes in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist, muß den sozialdemokratischen Gemeindevereinerkonferenzen die Möglichkeit bleiben, unter Beobachtung der in Absatz 4 angegebenen Richtlinien für Verträge mit privaten Werken zu stimmen.

6. Die Elektrizitäts- und Gasfernversorgungsverträge, wie sie bis jetzt bekannt geworden sind, enthalten Bestimmungen — Bindung auf viele Jahre usw. —, denen jedenfalls kein Genosse zustimmen kann.

7. Bei Beratung der Verträge selbst ist die sogenannte „Vertraulichkeit“ aufs Schärfste zu bekämpfen und eine gemeinsame Beratung der Vertreter verschiedener Gemeinden vorzuschlagen, um die Denunziation einzelner Gemeinden durch die Monopolisten zu verhindern.

8. Die Gemeindevereinerkonferenzen in den Orten, in denen die Beratung solcher Verträge bevorsteht, haben das Hauptgewicht darauf zu legen, Zweckverbände zur Gründung von Konkurrenzunternehmungen gegen Stinnes und Genossen zu schaffen.

9. Das Agitationskomitee wird beauftragt, das in Frage kommende Material den Gemeindevereinerkonferenzen zuzustellen. Als weiterer Punkt der Tagesordnung stand dann die „Reform der Landgemeindevereinerkonferenz“ zur Beratung, wozu Genosse Geyer das einleitende Referat hielt. Hierzu gelangte eine Resolution zur Annahme, welche es den Genossen zur Pflicht macht, diesem Teile des Verfassungskampfes besondere Aufmerksamkeit zu widmen und systematische Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Ueber den Parteitag in Magdeburg referierte Dittmann-Söllingen, der seiner Befriedigung über den Verlauf des Parteitages zum Ausdruck brachte und dann folgende Resolution begründete:

„Der am 16. und 17. Oktober 1910 in Reuß tagende Parteitag für den Niederrhein erblickt in den Verhandlungen und Beschlüssen des Magdeburger Parteitages eine sichere Gewähr dafür, daß die Partei auch in Zukunft in dem innigen Kontakt mit dem Proletariat, Denken und Wollen der proletarischen Massen verbleiben wird, in dem stets ihre Stärke lag und durch die sie groß geworden ist.“

Der Bezirksparteitag begrüßt besonders das in Magdeburg erneuerte Bekenntnis zu einer grundsätzlichen Politik der Partei, und gleichzeitiger scharfer Zurückweisung aller opportunistisch-revisionistischer Annäherungsversuche an unsere Gegner und die kapitalistische Staatsordnung, sowie aller Lockerungsversuche an der Einheit, Geschlossenheit und Disziplin der Partei.

In der Ueberzeugung, daß der Magdeburger Parteitag in erfreulicher Weise die Partei nach innen und außen gefestigt hat, spricht der Bezirksparteitag die bestimmte Erwartung aus, daß die Parteigenossen allerorts die Parteitagsbeschlüsse als die Richtlinie für ihr Handeln betrachten und sie befolgen werden. Dittmann.“

Die Resolution gelangte bei einer Anzahl Stimmenthaltungen gegen 1 Stimme zur Annahme.

Berten-Düsseldorf berichtete dann noch über den Internationalen Kongress in Kopenhagen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie fand der Parteitag seinen Abschluß.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Vindensstraße Nr. 69, vorn über Treppen - 7 a b t u b i - , wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Schriftstück und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Anfragen erge man in der Ehrenrunde vor.

M. G. Die im Jahre 1405 gegründete Spittel- (oder Gertraudens-) Straße auf dem Spittelmarkt ist im Jahre 1881 (18.-24. Mai) abgedröhen worden. — G. R. 2. Die häufig angepriesenen Methoden zur selbständigen Vorbereitung sind in der Regel von zweifelhaftem Wert. Wir können daher einen Rat nicht erteilen. — 5000. / 1. Ja. 2. Nur, wenn der finanzielle Nutzen erteilt wird. 3 und 4. Nein, die Ehe wäre wichtig, außerdem kann Verheiratung erfolgen. 5. Ja, innerhalb dreier Monate nach rechtskräftiger Scheidung. 6. Das hängt vom Gericht und von den Prozeßkosten ab. In drei Monaten könnte die Sache erledigt sein. — G. C. 100. Die Klage dürfte Erfolg haben, wenn Ihre Tochter in der fraglichen Zeit nicht arbeitslos war. Für den Lohnausfall während der Kündigungsfrist ist die Gesellschaft haltbar. — 2. S. 1. Ja, wenn 14tägige Kündigungsfrist vorerhandelt ist. 2. Auf Verlangen hat die Herrschaft „angemessen“ Zeit zum Ausziehen eines neuen Dienstes zu gewähren. Was „angemessen“ ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Es sollen unauflösbare Hausarbeiten darunter nicht fallen. Der „Verband der Hausangestellten“, Wilsdorferplatz 1, erteilt auf Wunsch weitere Auskunft, gewährt seinen Mitgliedern auch Rechtschutz. — Ramonlos. Wir raten, sich eine Geburtsurkunde zu beschaffen und die Verichtigung der Aufzeichnungskarten unter Ueberreichung der Geburtsurkunde zu beantragen. Die abweichende Schreibweise in der Geburtsurkunde ist ohne Bedeutung. — G. R. 35. An sich sind die Verbindungen, auch wenn sie mündlich getroffen sind, maßgebend. Ist eine Zeitdauer nicht bestimmt, so kann das Verhältnis jederzeit gelöst werden. — G. R. 1877. 1. Stettin. 2. Es empfiehlt sich eine regelmäßige Eingabe an den Regierungspräsidenten und für den Fall der Ablehnung eine Beschwerde an den Oberpräsidenten. 3. Die Verwandten der Frau haben im ersten Falle kein Verbot, im zweiten Falle nur die Verwandten der Frau. — Neunjähriger Abonnent 1899. Ihre Fragen lassen sich nur nach Durchsicht der Geschäftsstelle beantworten. — C. P. 1001. 1. Ja, auf Grund der Geschäftsverweisung und § 788 Proj.ordnung. 2. Ja, Lindenstr. 99. — R. 3. 33. 1. 300 M. Jahresmiete. 2. Den ganzen Tarif können wir nicht abdrucken. Sie müssen uns die Höhe Ihrer Miete angeben. 3. Für jedes Kalenderjahr ist der Stempel zu zahlen. 4. Der Zeitpunkt der Zahlung hängt von der Vereinbarung mit dem Vermieter ab. — W. R. 25. Das ist unmöglich. Sie können das nicht einrichten. — W. R. 106. 1. Nein. 2. Dann wird über die Behauptungen der Klage verhandelt und, falls der Beweis für dieselben erbracht ist und sie erheblich sind, die Ehe geschieden und Ihre Tochter für allein schuldig erklärt. 3. Nein. — W. 1910. 1. Polizeipräsident. 2. Etwa 400 M. 3. Nach drei bis vier Jahren. — G. R. 130. Der Abschluß eines „Sicherungsübereignungsvertrages“ würde nicht schaden. — 23 G. 1. An das kaiserliche Patentamt, Berlin, Giltshäuser Str. 97/103, am zweckmäßigsten durch einen Patentanwalt. 2. Etwa 50 M. einschließlich Anwaltskosten. 3. Ja, ebenso Pläne beim Roddele. — G. R. 1878. Wir halten das nicht für unannehmlichen Wettbewerb.



**§. 17a.** 1. Ja, bei Ihrem Unfall. 2. Die Höhe des Einkommens Ihres Mannes ist mit zu berücksichtigen. 40-50 M. monatlich sind im Arbeiterstande allgemein angemessen. 3. Neben dem in Geld zu zahlenden Unterhalt die zur Führung eines gesonderten Haushalts nötigen Wirtschaftskosten. 4. u. 5. Strafantrag kann erst gestellt werden, wenn Ihre Ehe rechtskräftig gelöst ist, und zwar binnen drei Monaten nach Rechtskraft des Urteils. 6. Das läßt sich nur nach eingehender Würdigung sämtlicher Umstände beurteilen. Vielleicht sprechen Sie mit dem Vorsitzenden einer der Körperkassen. — **W. 21.** Dem Kinde gegenüber sind Sie unterhaltspflichtig. — **Frage 5000.** Rein. — **N. 10.** Sie haben Anspruch auf Urlaub für zwei Monate. — **N. 100.** 1. Ein Mittel da-

gegen Ihnen ihr naturgemäß nicht anged. 2. Nur dann, wenn der Frau ein Scheidungsgrund zur Seite steht. 3. Ja, die eingebrachten und aus etwaigen Mitteln der Frau während der Ehe erworbenen Sachen. — **N. 100.** Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wie hoch Ihr Bogenlohn war. — **N. R. 2.** 1000. 1. u. 2. Nein. — **N. 25.** Es ist leider nicht möglich, die Romanfortsetzungen in größerem Umfang zu geben. — **Blau 1. W.** Wenden Sie sich an den Lehrmeister; wenn derselbe nicht mehr existiert, an die Berliner Handwerkskammer. 2. Die Kasse. — **N. 20.** Ihre Frau ist an die Abmachung gebunden. Sie persönlich hatten nicht. — **„Deborne“ N. 2. C. 27.** 1. Sie müssen den im Statut vorgesehenen Anhangsweg innehalten. Für

eine Klage ist das Amtsgericht zuständig. 2. Waffenscheln ist nicht erforderlich. — **Grabel 123.** Reinerlei Einkommensteuer. — **N. 1000.** Die Ehe kann auf Grund der §§ 1333, 1334 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angefochten werden. — **E. R. C.** 1. Hypothekendarlehen, sofern die Hypothek sicher ist, Staats- und Stadtschuldscheine, sowie eine Reihe anderer, im Gesetz oder vom Bundesrat als mündellicher bezogener Papiere. 2. An die nächstberechtigten Verwandten. 3. Die Gebühren werden auf Antrag der Beteiligten vom Amtsgericht festgesetzt. — **J. 200.** Schöneberger Str. 10. — **E. 2. 26.** Verlag Otto Hoffmann, Burgstr. 5. — **N. 21.** An die Polizeibehörde, die die Befreiung ausgestellt hat.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Kollegen  
**Gustav Ochwat**  
findet heute, nachmittags 2 Uhr, auf dem alten Luisenkirchhof in Westend (Straße hinter Bahnhof Westend) statt.  
Das Personal der Buchdruckerei P. Singer & Co.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Schmargendorf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Friedrich Deinze** am 18. Oktober nach langen Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Nachmittag 3 Uhr, vom Frauenhausle Waltersdorf, Kreis Teltow, aus statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Ernst Eschbach** gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs (Blanke Höhe) aus statt.  
Der Vorstand.

**Richard Götsch**  
in 19. d. Rd., an Blinddarmentzündung.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. Rd., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenkirchhofs, Büstenbrunner Weg, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Nege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschl.**  
(Filiale Berlin I.)  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege **Josef Künzer** am 17. Oktober im Alter von 40 Jahren verstorben ist. 163/19  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Simeons-Kirchhof in Ortz statt.  
Die Ortsverwaltung I.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Max Stolowski** am 18. Oktober verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 21. d. Rd., nachmittags 2 Uhr, auf dem Kirchhof Simeonskirchhof, Mariendorfer Weg statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise untrügender Teilnahme und für die gekostete reiche Hilfe von Frauengestirnen bei der Beerdigung meiner liebsten auf so erschütternde tragische Weise entrisenen unvergesslichen Gattin, sage ich allen Verwandten, Bekannten, der Firma W. u. G. u. Co., ihren Kollegen und Kollegen sowie dem Gesangsverein und insbesondere für die tröstlichen Worte des Herrn Vossers Böttner meinen tiefgefühlten Dank.  
Der trauernde Gatte  
**Emil Schombel.**  
Für die herzliche Teilnahme und Beweise bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unferrt gutem Mutter, sage ich allen Beteiligten, insbesondere der Firma W. u. G., unferrt herzlichsten Dank.  
**Gustav Gerlach und Kinder.**

**Todes-Anzeige.**  
Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein inniggeliebter Mann, unser bergenguter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel, der Metallarbeiter **Richard Götsch** nach kurzem schweren Leiden am Mittwoch, den 19. Oktober, sanft entschlafen ist.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. d. Rd., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Luisenkirchhofs, Büstenbrunner Weg, aus statt.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschl.**  
Filiale Berlin III der Wäsche- und Krawattenbranche.  
**Todes-Anzeige.**  
Allen in der Wäsche- und Krawattenbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Wäscharbeiterin, Fräulein **Helene Benda** welche bei der Brandkatastrophe in der Wäschefabrik D. Arndt den juchbaren Tod gefunden, am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Friedhofes in Weichen, Falkenberger Straße, aus beerdigt wird.  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung III.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß bei dem Brande der Firma Arndt in der neuen Friedrichstraße unsere Tochter und Schwester, die Wäscharbeiterin **Helene Benda** 14528  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofes in Weichen, Falkenbergerstraße, aus statt.

**Pelzwaren**  
Gegründet 1874.  
Engros-Haus  
Or Neuhofen in Filzhüten, Zylinder-Hüten, Chapeaux claque.  
Neu aufgenommen: Fabrik-Lager moderner  
**Pelzwaren**  
Einzerverkauf zu sehr billigen, streng testen Preisen.  
Jetzt Lindenstr. 1, 1 Treppen, an der Neuen Königsstrasse

**Credit**  
kleiner Anzahlung  
gegen  
Wochen- oder Monats-Raten  
Zinsen  
**B. FEDER**  
Brunnenstrasse No. 3  
Frankfurter Allee 93  
Kottbuser Damm 103  
Kolossale Auswahl  
in  
Kollern u. Muffen  
als wie:  
Sealblum, Kollern, Tibet,  
Kern-Kornel, Kronenburger,  
Kornel, Zobel-Kornel,  
Alasoe-Fuchs, Eisen-Fuchs,  
Skunka Skunka-Opossum  
Hermelin, Feh, Perstanar,  
Steinwader usw. usw.  
**Jacken**  
in Astrachan, Herzmarmel,  
Kronenburger-Marmel, Feh,  
Sealblum, Persischer etc.  
Auf Wunsch Anfertigung u. Man  
**Gratis-Theaterbillets**  
allen neu blauenkomponen  
Kunden bei einem Einkauf  
von 30 Mark an.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in „Boeters Gesellschaftshaus“, Wederstr. 17:

**Versammlung**  
der jugendlichen Arbeiter u. Lehrlinge  
in der Holzindustrie.  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Robert Schmidt.**  
Diskussion.  
Wir erwarten das Erscheinen aller jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge.

**Einsetzer.**  
Die neuen Tarife werden nur in den Branchenversammlungen und des Sonnabends während der Beitragszahlung in den Bezirks-Zahlstellen der Einsetzer ausgegeben.  
Die Branchenkommission.  
**Stellmacher.**  
Sonntag, den 23. Oktober er., nachmittags 3 Uhr:

**Außerordentl. Branchen-Versammlung mit Frauen**  
in „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.  
1. Vortrag der Genossin Gertrud Hanna: „Die wirtschaftliche Entwicklung und ihr Einfluß auf die Arbeiterfrage.“  
2. Diskussion.  
Nach der Versammlung: Gemütl. Beisammensein mit Tanz.  
Es ist Pflicht, daß jeder Kollege erscheint.  
Die Branchenkommission.

**Jalousiearbeiter.**  
Sonntag, den 23. Oktober 1910, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in der Jalousien-Fabrikation beschäftigten Arbeiterinnen u. Arbeiter und deren Frauen  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 2).  
Tagesordnung:  
„Welche Lehren stehen die Gewerkschaften aus dem Parteitag in Magdeburg“. Referent: Kollege E. Rosemann.  
Nachdem: Gemütl. Beisammensein mit Tanz.  
Die Ortsverwaltung.

**Möbel**  
Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Kut-Salinger**  
Gegründet 1874.  
Engros-Haus  
Or Neuhofen in Filzhüten, Zylinder-Hüten, Chapeaux claque.  
Neu aufgenommen: Fabrik-Lager moderner  
**Pelzwaren**  
Einzerverkauf zu sehr billigen, streng testen Preisen.  
Jetzt Lindenstr. 1, 1 Treppen, an der Neuen Königsstrasse

**Schick sehen sie aus**  
Die Damen, welche Ihren Bedarf an Kostümen und HA-teten decken bei  
**Oskar Wollburg,**  
Konfektionshaus für  
Damen- und Mädchen-Bekleidung  
Berlin N, Brunnenstr. 56.  
**Täglich Eingang von Neuheiten**  
**Kostüme** ganz auf Seide in den modernsten Farben u. gestreift  
28<sup>00</sup>, 39<sup>00</sup>, 52<sup>00</sup> M.  
**ackette u. Paletots** schwarz u. farbig, in den besten Qualitäten:  
7<sup>00</sup>, 11<sup>00</sup>, 18<sup>00</sup>, 46<sup>00</sup> M.  
**Samt- u. Plüsch-Paletots**  
14<sup>00</sup>, 26<sup>00</sup>, 45<sup>00</sup> bis 120<sup>00</sup> M.  
Grosse Auswahl  
in Kinder- und Backfisch-Konfektion  
sowie Röcken, Blusen, Jupons,  
Matinés, Morgenröcken.  
**Pelz-Stolen** etc. ausserordentlich preiswert.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.

Sonntag, 23. Oktober 1910, vorm. präzise 9 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
sowie Rundschleifer  
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m  
(unterer Saal).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchen- u. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, 23. Oktober 1910, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
aller in Buchdruckereimaschinenfabriken  
beschäftigten Kollegen  
in den Krühnhallen, Kommandantenstraße 58/59.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Referent: Kollege Eiler. 2. Erziehung zur Agitationskommission. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch **Pichelswerder**,  
an der neuen **Beerstraße** beim **Alten Freund**.

**WO PUNONNY?**  
  
**Ein Sprung in's Ungewisse**  
Ist jeder Versuch, die bewährten Marken **PALMIN** (Pflanzenfett) und **PALMONA** (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekannteten Marken nicht geboten wird.

**Jugend-Liederbuch**  
  
Preis: kartoniert 20 Pfennig  
zu beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW.  
Lindenstraße 69 (Laden).



# Theater und Vergnügungen

**Freitag, den 21. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues königl. Opern-Theater.**  
Regimentsober. Die Puppen.  
Königl. Schauspielhaus. Der  
Kranke.  
Deutsches. Don Carlos. Anfang  
6 1/2 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Kammerstücke. Komödie der  
Brüder. Der Herr von Orléans.  
Neues Schauspielhaus. Lützow.  
Lützow. Das Komische.  
Berliner. Die törichte Jungfrau.  
Neues. Der Stier von Olvera.  
Komische Oper. Hoffmanns  
Erzählungen.  
Reizung. Noblesse oblige.  
Kleines. Die verführten Frauen.  
Lützow. Der Stier von Olvera.  
Schiller O. (Kammer-Theater.)  
Die Kreuzschreiber.  
Schiller. Charlottenburg. Sodoms  
Ende.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Revolutionshochzeit.  
Berliner Volksoper. Don Juan.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Lützen. Die schöne Ungarin.  
Weiten. Die schönste Frau.  
Wieder. Die beste der Frauen.  
Trianon. Pariser Wägen.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzernburg.  
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.  
Herrfeld. Eine verlorene Nacht.  
Der Derby-Sieger.  
Noblesse oblige.  
Folies Caprice. Der schwarze  
Schimmel. — Volle Pension.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Hurra — Wir leben  
noch!  
Kleines. Der schneidige Rudolf.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Zandsonci. Ru hat's geschnappt.  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Urania. Taubenschau 1910.  
Der Vierwaldstätter See und der  
Gotthard.  
8 Uhr im großen Auditorium der  
Urania-Sternwarte: Dir. Prof.  
Dr. V. Schwahn: Die Sonne  
und die Planeten.  
Sternwarte, Anhalterstr. 57-62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abend 8 Uhr:  
**Der Vierwaldstätter See  
und der Gotthard.**  
8 Uhr im großen Auditorium der  
Urania-Sternwarte: Dir. Prof. Dr.  
P. Schwahn: **Die Sonne und  
die Planeten.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.**  
Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr:  
**Revolutionshochzeit.**  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ariadne  
Nach 8 Uhr: Giordano Bruno.  
Sonntag 3 Uhr: Faust. 8 Uhr  
zum erstenmal: Krieg im Frieden.  
Montag: Revolutionshochzeit.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Ungarin.**  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die  
Schwanenprinzessin. 8 Uhr: Jean.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Brüder  
von St. Bernhard. 8 Uhr: Der  
Hüttenbesitzer.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Othello.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.  
Sonntag und Sonntag: Das  
neue Gebot.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Hänsel  
und Gretel. Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Die Kuno-Rite.

**Metropol-Theater.**  
**Hurra!**  
**Wir leben noch!**  
Große Aufführungsdirektion in 7 Akten  
v. A. Freund. Musik v. B. Döhlner.  
In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.

**Apollo  
Theater**  
Ab 8 Uhr:  
Das sensationelle Programm.  
8 1/2 Uhr:  
**Verbotene Frucht.**  
9 1/2 Uhr:  
Letzte Woche: Der Schatten  
Rudolf Schildkraut.

**WINTERGARTEN**  
**Saharet**  
in ihren neuen Originalkreationen  
**The 3 Meers**  
komischer Drahtseil-Akt.  
**Reynolds and Donegan**  
das amerikanische Tänzerpaar  
in vollend. Rollschuh-Meisterkunst  
sowie d. komisch-mimisch-grotesk  
Oktober-Programm!

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrauen  
von Saïs.**  
Die 3 mystischen  
Schatten  
und die großen Attraktionen  
des Oktober-Programms.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Kammer-Theat.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Sauerstoffkomödie mit Gelang in 3 Akten  
von L. Engenbruber. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Neue Jugend.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Sodoms Ende.**  
Drama in 5 Akten v. G. Eubermann.  
Ende 11 1/2 Uhr.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Dummkopf.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Egmont.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Dummkopf.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim  
Bezirk Friedrichsfelde.**  
Sonntag, den 23. Oktober 1910, in Budes Festsälen,  
Prinzen-Allee 30: 230/3\*  
**Feier des 20. Stiftungs-Festes.**  
Konzert des Kuhnischen Künstler-Ensembles. X Prolog  
und Rezitation. Herr G. Link. X Doppelquartett des  
Berliner Männergesangsvereins. X Berliner Uik-Trio.  
Arbeiter-Turn- und Radfahrerverein Friedrichsfelde.  
Anfang 4 Uhr nachmittags. Billette 25 Pf.  
Programme werden unentgeltlich an der Kasse verabfolgt.  
Nachdem: **Großer Ball.** Daran teilnehmende  
Herrn zahlen 50 Pf. Das Komitee.  
Zur Teilnahme ladet höflichst ein

**Licht-Spiele**  
Mozartsaal, Nollendorfsplatz.  
Dauervorstellung von 6-11 Uhr abends.  
Sonntags ab 3 Uhr. — Eintritt jederzeit.  
Programm und Garderobe frei!

**Herrnfeld  
Theater**  
Son 9-11  
**Stürmisches Leben über  
Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnfeld.  
Hierzu: **Der Derby-Sieger.**  
Komödie von H. Reibardt.  
Anf. 8 Uhr. Vorort. 11-2 (Theaterl.).

**Walhalla-Theater**  
Weinbergweg 19/20.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Bravo! — Da capo!  
Eine Allerwelts-Revue  
in 5 Akten von H. Reibardt, Musik  
von H. Zehle. In Szene gesetzt vom  
Direktor James Klein.  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Ein Allerwelts-Programm!  
Kleine Preise.

**Casino-Theater**  
Lützinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die irtonische Boile  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Vampelmann: Dir. D. Berg  
Vorher das glänzende hunte Progr.  
zur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

**Theater Sanssouci.**  
Hochbahnstation Köthener Tor.  
Täglich 8 1/2 Uhr.  
**Die Indier**  
des Herrn Diebahl.  
**Die Wallaston Comp.**  
Reißer-Komplott.  
8 Uhr 50: Der 12jährige  
**Edi Herzfeld**  
von der L. L. Hofoper in Wien  
Dazu die Boile:  
Zum 30. Male:  
**Hu hat's geschnappt!**  
Boile von Oskar Eubo.  
Musik von Paul Lincke.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Pariser Witwen.**

**Passage-Panoptikum.**  
**Prinz Atom,**  
der kleinste Mensch aller Zeiten  
lebend!  
**Buddhas dunkles  
Geheimnis.**  
**Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!**  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 23. Oktober 1910:  
**Sie weiß etwas!**  
Schwanz in 4 Akten v. Rudolf Knefel.  
Aufführung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Karl Haverland-  
Theater.** Romanhandlan-  
preis 8 Uhr. Straße 77/79.  
Das wunderbar  
**Oktoberprogramm**  
14 und erstklassige  
Spezialitäten. 14

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
**„Im Mausloch“.**  
Witz. Humor. v. Meyfel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Gräterjan, Zind. 1. Rud. Herz.  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9853.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 50 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Programm.  
Dienstags u. Freitags v. 4-6 1/2 Uhr  
Kindervorstellung. Kinder 10 Pf.  
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag  
im Oberaal: Künstlerkonzert.  
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

**Rollschuhbahn**  
151 Kurfürstendamm 151  
Sonntag, den 23. Oktober bis Sonnabend den 29. Oktober 1910:  
**2000 Mark in Preisen**  
für die eleganteste Dame  
die schönste Dame  
die schönste Dame.  
Die Preise sind ausgestellt in einem Fenster des „Kaufhaus des Westens“.  
Sonnabend, d. 22. Okt.: Revanche-Wettlauf Fri. Adelaide D'Vorak — Hrn. Albert Berthold.

**Zirkus A. Schumann.**  
Deute Freitag, 21. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Die mit großem Beifall auf-  
genommene  
**Aufführung-Pantomime**  
**Der große Coup  
der  
Schmuggler.**  
Der Heberfall  
auf einen Eisenbahzug.  
Vorher: Das gr. Programm. U. a.:  
**Mirza Golem**  
persische Truppe. 12 Personen  
sowie  
die übrigen Attraktionen.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Volle Pension.**  
Neuer hinter Teil.  
**Der schwarze Schimmel**  
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

**Kino-Theater Bruschi**  
nur  
**64 Badstr. 64**  
„Groß-Berlin“  
Theater- und Varietè-Ensemble.  
Freitag **Artushof**  
Moabit.  
8 Uhr Kinderwerk: Hänsel u. Gretel.  
8 1/2: Das eckliche Berlin.  
Volksstück.  
10 1/2: Sherlock Holmes. Detektiv-  
komödie. — Sonnabend: Puhlmanns  
Theater: Hänsel und Gretel.

**Böhmisches Brauhaus**  
Landsberger Allee 11-13.  
Jeden Freitag:  
**Hoffmanns Sänger.**  
Direktion: Fr. Panther.  
Am Brunnen v. d. Tore.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vorzugskarten gültig.  
Nach der Soltee: Frolanz.

**Zirkus Busch.**  
Freitag, den 21. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
Die berühmte Reiterfamilie  
**Frediani.**  
**The Rapides**  
Arbra-Trio  
musikalisch-akrobatisch. Akt.  
**? Kita ?**  
Herr Dir. Orlando, Freiheits-  
dross. Herr Alfred Ott, Schulz.  
Um 9 1/2 Uhr, zum 38. Male:  
**„VENEZIA“**  
Die Anfahrt zum Zirkus ist bis auf  
weiteres v. d. Oranienburger Str.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Das grandiose Oktoberprogramm mit  
**Franz Sobanski.**  
René Mr. Giffard, Sportist René  
René Powell Smith and Miss Tom,  
komische Organisten.  
**Vertorenes Glück.**  
Volksstück mit Gelang in 1 Akt.

**Union-  
Theater**  
**Wedding** Neu  
eröffnet!  
Reinickendorferstr. 14  
Glänzender  
Erfolg . . .

**Volks-Liederlaal**  
Thiergartenhof v. d. Bahn, Tierg.  
Heute 8 1/2 Uhr:  
**I. Internat. Volkslied-Abend.**  
Eintritt 75 Pf. (resp. 1,25) mit Gard.  
u. sämtl. Liedertexten.  
Es singen: Mario Berg, Maria  
Fuchs, Theo Leonhard, Willy Tauber.  
Für den Inhalt der Intereate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Ohne jede Anzahlung**  
vorkaufe  
ich **Pianos**  
erstklassiges Fabrikat  
(Ormal prämiertes Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Stilarten von  
wunderbarer Tonfülle.  
**(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag.** 111/6  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10415.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Arbeiter=**  
Bekleidung — Berufsbekleidung.  
Größtes Spezialgeschäft.  
Kohnen & Jöring, Haupt-  
geschäft: Alexanderstr. 12.  
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

**Tee-Großhandlung.**  
Russische und Chinesische Tees in 1/4 und 1/8 Pfd.-Packung.  
Prämierte Pfirsich-Essenz! ff. Schokolade! ff. Kakao!  
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt!  
G. V. Labenski, Strelitzer Str. 39.

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen  
**Elfe-Cigaretten**  
zu bevorzugen sind. 993L\*

**Achtung! Zigarrenhändler!!**  
Einfache, elegante, sowie originelle  
Zigarren-Weihnachtspackungen  
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.  
**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70  
Telephon: Amt VII, 3047.  
Tabak — Zigarren — Zigaretten — en gros.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, sieht am  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4  
Schöne freundliche  
**Wohnungen**  
2 große Zimmer, Balkon, Küche, euent.  
auch Kammer, volle Bad, sehr billig  
loft an der Uferlinie. 13500\*  
Friedrichstraße, Wilmersd. 8,  
7 Min. v. Stadthauspfl. Lichtberg.







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Mariendorf hält am Sonnabend, den 22. Oktober der Kolonistenverein „Sahara“ sein Stiftungsfest im gesperrten Lokal von Rau, Dorstr. 1 ab. Gleichzeitig machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß Groß's Gesellschaftshaus, Chausseestr. 305 nach wie vor gesperrt ist. Die Lokalkommission.

Fünfter Wahlkreis. Die vierte und fünfte Abteilung hält heute am Freitag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, einen gemeinsamen Jahrlabend im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12 ab. Vortrag des Herrn Direktors Panly über Feuerbestattung, unter Vorführung eines Krematorium-Modells. Gäste willkommen. — Zweite Abteilung. Besichtigung der städtischen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Braunhoferstr. 11/12, am Sonntag nachmittags, den 23. Oktober. Treffpunkt: 1 1/2 Uhr an der Verolina, Alexanderplatz. Abfahrt: 1 1/2 Uhr vom Bahnhof Alexanderplatz bis zum Tiergarten. Fahrgehalt 10 Pf.

Sechster Wahlkreis. Für Sonnabend, den 22. Oktober, ist im Stadt-Theater Noabit ein Heinrich-Heine-Abend arrangiert unter Leitung des Schauspielers Herrn Robert Koppel. Anfang prägnant 8 1/2 Uhr. Nachdem Franz Willems a 50 Pf. sind noch zu haben bei Fröhlich, Wittstocker Straße 23, Richter, Wickestr. 24 und im Wahlvereinsbureau, Neue Hochstr. 23. Das Komitee.

Rixdorf. Heute abend von 7 Uhr ab findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Sonntag früh 8 Uhr findet zur Stadtverordnetenwahl in 8. und 9. Bezirk eine Flugblattverbreitung vom Lokal des Genossen Schilling, früher Käpeler, Ravensburger Str. 20, aus statt. Ferner fordern wir die Genossen auf, heute, Freitag, abend die Hauslisten entsprechend ausgefüllt im Lokal von Schilling abzugeben.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schwarz, Köllend. Dorfstr. 26, der vierte Vortragabend des Herrn Graf über „Die Feitelater der Erdgeschichte“ statt. Für Teilnehmer ohne Teilnehmerkarte wird zur Deckung der Unkosten ein Eintrittsgeld von 15 Pf. erhoben.

Friedrichsfelde. Die Parteigenossen treffen sich am Sonntagvormittag 8 Uhr beim Genossen Sudbrink, Berliner Straße 98 zu einer wichtigen Parteiarbeit.

Alt-Ostende. Am Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 Uhr findet im Lokal von Aug. Tropfen, Rudower Straße die Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Magdeburger Parteitag. Referent Genosse Wenzel-Groß-Hilferfelde.

Tempelhof. Heute abend 8 1/2 Uhr beginnt im „Wilhelmshof“, Berliner Straße 9 der sechs Abende umfassende Unterrichtskursus über das Parteiprogramm. Vortragender Lehrer: Dr. Max Schütte. Der Kursus ist unentgeltlich.

Nächsten Sonntag früh von den bekannten Bezirkslokals aus Flugblattverbreitung zu der Mittwochabend im „Wilhelmshof“ stattfindenden Volksversammlung.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Altmann-Ollend. Wilhelmstraße: Mitgliederversammlung. Berichterstatter vom Parteitag — Genossin Krendsee-Zegel.

Buch (Bezirk Frz. Buchholz). Am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet bei Starke, Bahnd. Hofstr. 6 die Mitgliederversammlung statt. Vortrag der Genossin Wulff. Vereinsangelegenheiten.

Dramenburg. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den Bezirkslokals aus eine Flugblattverbreitung statt.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in unserem Agitationsbezirk in Ropen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Referent ist der Reichstagsabgeordnete Genosse Fritz Jubel. Es wird ersucht, für recht zahlreichen Besuch der Versammlung zu agitieren.

Spanbau. Sonntag, 23. Oktober, früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von allen Bezirken aus. Nachmittags 2 Uhr öffentliche Protestversammlung in der Brauerei Pichelsdorf. Tagesordnung: „Die Vorgänge in Noabit“. Referent Genosse Robert Dahn-Vorlin.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Pflichtfortbildungsschule ist den Arbeitgebern höchst unangenehm, weil sie ihnen die volle Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erschwert. Die Arbeitgeber jammern, daß die Pflichtfortbildungsschule ihnen die jungen Leute für mehrere Stunden der Woche entzieht. Sie fordern, daß dabei nicht das Interesse der Schüler, sondern das der Arbeitgeber in weitgehendem Maße berücksichtigt werde. Ob dadurch diese Bildungstätigkeit in ihrer Entwicklung gehemmt und in dem Erfolg ihrer Arbeit beeinträchtigt wird, was soll das einem Arbeitgeber kümmern? Ein Gegenstand des immer wiederholten Streites ist der Stundenplan. Gestern kam es in der Stadtverordnetenversammlung wieder zu einer Debatte über den Winterhalbjahrsstundenplan, für den der Magistrat die Zustimmung nachsuchte. Genosse Irons beantragte, daß immer noch in diesen Fällen abends bis 8 Uhr unterrichtet wird, und daß nur zu oft die 6 Stunden pro Woche an einem einzigen Tage von 2-8 Uhr gegeben werden. Er bedauerte, daß in der Deputation für das Fortbildungsschulwesen, der er angehört, es der Mehrheit an der nötigen Energie gegenüber den Arbeitgebern fehle, im übrigen aber sprach er die Meinung aus, daß wohl von allen Mitgliedern solche Rücksichtnahme als bedenklich anerkannt werde. Der freisinnige Stadtverordnete Berger, der gleichfalls in der Deputation sitzt, bezieht sich, zu erklären, daß er anderer Meinung sei. Der Herr ist Obermeister der Kempnerinnung, da war das von ihm zu erwarten. Er forderte, daß immer noch mehr Rücksicht auf die Arbeitgeber genommen werde. Ihre Interessen vertrat er so schroff, daß die übrigen Redner des Freisinn — der eine mehr, der andere weniger — von ihm abzurücken sich bemühten. Nur der Stadtverordnete Kettig, gleichfalls ein Arbeitgeber und ein Hauptling der Arbeiterinnung, sekundierte mit Eifer seinem Kampfesbruder Berger. Er benutzte auch die Gelegenheit, die sozialdemokratische Fraktion wieder mal durch eine ungewollt komische Leistung zu erheitern. Der Sozialdemokratie sei es, erzählte er, ja nur darum zu tun, die jugendlichen Arbeiter für die Jugendvereine frei zu kriegen. Stadtverordnete Cassel wollte, was sein Freund Kettig verdorben hatte, möglichst wieder gut machen. Dabei konnte aber auch er es sich nicht verlagern, seinen Grimm über den Erfolg unserer Jugendagitation durchzumerken zu lassen. Herr Cassel würde, wenn er die Mittel und die Macht dazu hätte, die Sozialdemokratie

hindern, sich der Jugend zu bemächtigen. Ja, wenn das „Wenn“ nicht wäre!

In derselben Sitzung leisteten die Freisinnigen sich eine „Göschlichkeit“ gegen einen fremden Potentaten, diesmal eine, die wenigstens nichts kostet. Der Magistrat hat um Zustimmung zur Umtaufung des Opernplatzes in einen Franz-Josef-Platz. Genosse Vorgmann stellte fest, daß der Magistrat bisher noch niemals bei Strafen- oder Platztaufen die Stadtverordneten zu Gebatter gebeten hat. Offenbar handle es sich hier um eine höfliche Demonstration, die auf diese Weise möglichst wirkungsvoll gestaltet werden solle. Die sozialdemokratische Fraktion nehme selbstverständlich nicht daran teil. Oberbürgermeister Kirschner bestätigte, daß die Stadtverordnetenversammlung nur aus dem von Vorgmann vermuteten Grunde ausnahmsweise mal solle mitwirken dürfen. Die Freisinnigen sagten dann Ja und Amen.

Die Ausgabe der Briefmarkenheftchen ist vom Reichspostamt jetzt auf den 1. November festgesetzt worden. Es kommt zunächst eine Serie von einer Million Heftchen zum Verkauf. Entgegen der früheren Absicht, Heftchen mit Marken zu 5 Pfennig und solche mit Marken zu 10 Pfennig anzugeben, wird nur eine einzige Art von Heftchen hergestellt. Diese enthalten 12 Freimarken zu 10 Pfennig und 10 Freimarken zu 5 Pfennig. Es ergibt sich daraus ein Wert von 2 Mark. Die Mehrzahl der Postverwaltungen, die Briefmarkenheftchen führen, verkaufen diese mit einem Zuschlag. Die Reichspostverwaltung wird die Heftchen zum Nennwert abgeben. Ein Teil der Kosten der Herstellung werden durch Geschäftsanzeigen gedeckt. Sie befinden sich auf der zweiten, dritten und vierten Seite des Umschlags sowie auf Blättern dünnen Papiers, die sich zwischen den Briefmarken befinden, um das Ankleben zu verhindern. Die Heftchen sind 7 1/2 x 6 Zentimeter groß, so daß sie bequem in jede Brieftasche gehen. Die Heftchen werden jetzt von der Reichsdruckerei hergestellt. Für den Umschlag wird teils rotes, teils grünes Papier verwendet, so daß in dieser Beziehung zwei Arten von Heftchen erscheinen werden.

Erneuerung und Erweiterung der Berliner Wasserwerke.

Nach drei mehrstündigen Sitzungen hat der Ausschuss, dem von der Stadtverordnetenversammlung die Vorberatung der Vorlage „betreffend die Ausführung von Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten für die Wasserwerke“ überwiesen war, seine Verhandlungen zu Ende geführt. Die scharfen Anlagen, die bei der ersten Beratung in der Stadtverordnetenversammlung seitens unserer Genossen Dr. Jabel und Dr. Wehl gegen die Wasserwerksverwaltung wegen der völlig unzulänglichen Durcharbeitung der Vorlage erhoben wurden, fanden im Ausschuss eine allseitige Unterstützung. Der bedingungslose Uebergang von hygienisch völlig einwandfreier Grundwassererzeugung zu einer trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht unbedenklichen Oberflächenwasserförderung wurde von unseren Genossen mit Nachdruck und Erfolg bekämpft. Zu Hilfe kam ihnen hierbei ein von dem ausgezeichneten Hygieniker und gegenwärtigen Rektor der Berliner Universität Professor Rubner erstattetes, wohl begründetes Gutachten, wonach Berlin den Ruf, ein gutes Trinkwasser seinen Bürgern zu bieten, sich nicht schmälern lassen dürfe; gerade die drohende Choleraepidemie zeige, wie tödlich es wäre, den neuen Vorschlägen Gehör zu schenken. Schließlich einigte man sich dahin, daß das Oberflächenwasser nur im Falle alleräußerster Not verwendet werden dürfe. Wenn bis zur Fertigstellung der neuen Werke Heiliges und Wahlscheide in Tagen stärkster Hitze die Grundwassererzeugung versagen sollte, dann ist gut filtriertes Seewasser immer noch besser als keines. Um nun diese Fertigstellung zu beschleunigen, stellten unsere Genossen den einstimmig zum Beschluß erhobenen Antrag: Die Versammlung ersucht den Magistrat mit tunlichster Beschleunigung durch die Wasserwerksverwaltung ein Projekt zu einer Düreranlage ausarbeiten zu lassen, um durch den Tegeler See ohne Verührung der Inseln Schartenberg und Baumwerder die Druckrohre zu sichern. Technisch ist eine solche Fällung sehr wohl möglich; die Stadt ist dann unabhängig von dem Ausgang des bekannten Prozesses, der um die Erwerbung jener Inseln mit der Gutsherrin von Zegel, der Frau v. Heinz, der ein Verkaufsrecht zusteht, geführt wird. Rangel's Kaufmännischer Routine hatte die Stadtverwaltung es ruhig mit angesehen, daß eine Baugesellschaft dieses Verkaufsrecht für sich geltend machte. Inzwischen liegt das Gelände bei Heiligensee brach und verfallend — ein Zweimillionenobjekt — ungeheueres Jinsen. In dem Ausschuss mußte von dem Direktor der Wasserwerke festgestellt werden, daß unabhängig von der Frage, längs der Inseln oder ohne sie zu berühren, die Druckrohre über den Tegeler See geführt werden, für zwei Jahre reichhaltige Arbeitsgelegenheit zur Errichtung des neuen Werkes vorhanden sei. Trotzdem schon im Dezember vergangenen Jahres Genosse Dr. Wehl den Antrag gestellt hatte, sobald wie möglich mit dem Bau des Werkes beginnen zu lassen, ist bis heute kein Spatenstich getan. Der Ausschuss war ob dieser Saumlässigkeit mit vollem Recht ungehalten und erneuerte einstimmig den Antrag, nunmehr schleunigst mit den Arbeiten zu beginnen.

In der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird das Plenum zu diesen Beschläüssen Stellung nehmen.

Mißstände im städtischen Irrenwesen. In dem Artikel der Sonnabendnummer vom 15. Oktober hierüber war nach der Zeitschrift für Irrenfürsorge und Irrenreformatoren und auf Grund eines Korrespondenzberichts die Unterredung eines Oberarztes der städtischen Irrenanstalten mit einem Teilnehmer des psychiatrischen Kongresses wiedergegeben worden. Hierzu schreibt uns der betreffende Oberarzt, dessen Namen gar nicht genannt war, daß in dieser „flüchtigen“ Unterredung weder von „schweren Mißständen“ noch von „Schuld der Verwaltungsbehörden“ und „schwerem Stand der Direktoren bezüglich der Sorge für Kranke und Personal“ die Rede gewesen sei.

Demgegenüber bleibt der Redakteur der genannten Zeitschrift, der die Unterredung veranlaßte, mit aller Entschiedenheit dabei bestehen, daß Äußerungen in dem angegebenen Sinne gefallen sind. Es sei sogar dem Herrn Oberarzt wörtlich gesagt worden: „das ist ja sehr interessant, daß Sie überhaupt das Bestehen von Mißständen zugeben“. Ebenso habe der Oberarzt wörtlich geäußert, man müsse doch bedenken, daß die Anstaltsdirektoren gegenüber berechtigten Forderungen, die sie durchsetzen wollen, bei den vorgelegten Behörden keinen leichten Stand haben. In Verbindung damit hieß es, daß in Buch jetzt schon zwölf Assistenten tätig seien. Und zuguterletzt wird ja auch gar nicht die Bemerkung abgeleugnet, daß für eine individuelle Behandlung des Patientenmaterial sehr ungünstig sei. Es sind sogar nach dem uns zugegangenen Bericht über die Einwirkung der Polizei auf das Irrenwesen noch ganz andere Worte gefallen, die der „Vorwärts“ vorläufig ad nota genommen hat. Oder ist etwa nicht auch von dem polizeilichen Kreisarztssystem, dieser offenen Wunde am Irrenhauswesen, gesprochen worden? Die Unterredung dauerte auch nicht wenige Minuten, sondern eine Viertelstunde.

Daß die Herren Psychiatrer es nachträglich niemals wahr wissen wollen, wenn sie mal aus dem Herzen keine Mördergrube machen, ist ja nichts Neues. Leider war die Unterredung zwischen dem Oberarzt und dem einzigen Laien des Kongresses zugenossen. Im übrigen steht alles das, was der Herr Oberarzt gesagt oder nicht gesagt hat, als Tatsache längst fest. An dem Bestehen aller dieser

Mißstände ändert die jetzige ärztliche Erklärung, bei der Aussage gegen Aussage steht, nicht das mindeste.

Londoner und Berliner Verkehrspolizei.

Trotz der vielen Besuche Berliner Verkehrsbeamten und Polizeipräsidenten in London zum Zwecke des Studiums des großstädtischen Verkehrs sind die Erfolge dieser Reisen für Berlin noch wenig in die Erscheinung getreten. Die neueste von London übernommene Verkehrsregelung, die Wagen an verkehrsreichen Straßen aufzustauen, wird bei uns doch noch in recht unvollkommener Weise gehandhabt. Ein einziger unbeholfener Schutzmann auf dem Potsdamer Platz z. B., der kein Verständnis für die Tatsache hat, daß die Wagen im Zuge Leipziger-Potsdamer Straße eine längere Durchfahrts-Erlaubnis brauchen als die Wagen im Zuge der Königsgräber Straße, bewirkt durch falsche oder verzögerte Signale einen Straßenbahn-Wagenstau einerseits nach der Kglowbrücke und andererseits bis zum Dönhofsplatz. Wunderbar einfach und zweckmäßig widelt sich dagegen der Wagenverkehr in den belebtesten Stadtteilen Londons ab. An den allerstärksten Straßenverkehrs-Kreuzungen wachen immer nur zwei Schutzmänner (Policemen) ihres Amtes mit größter Ruhe und Umsicht, gleichzeitig jeden hilflosen Fußgänger bemerkend und unterstützend, der es allein nicht wagt, den Fahrdamm zu überschreiten. Ohne jegliche Freiübungen mit Armen, ohne Winken und Drohen mit den Händen, ohne Pfeifen und ohne Trompeten versehen diese Beamten als Schutz des Publikums — im wahren Sinne des Wortes — bewundernswürdigen Dienst. Bei uns stehen in der Leipziger Straße, Ecke Wilhelmstraße, vier Schutzmänner, Ecke Friedrichstraße ebenfalls vier Mann, oft sogar noch ein reitender Schutzmann. Schnell ist's an anderen Verkehrsstellen.

Die polizeilichen Studientouren nach London haben trotz ihrer häufigen Wiederholung für preussisch Berlin so gut wie gar nicht vorbildlich gewirkt. Die Londoner Polizei ist beim Publikum beliebt, von ihm geachtet und in jeder Hinsicht durch seine ganze Organisation ein wirksamer, wertvoller Schutz gegen alle Gefahren des Verkehrs. Die preussische, die Berliner Polizei dagegen ist selbst beim ruhigen Spiezbürger nicht beliebt. Arbeiterfeindlich erzogen, aus den Reihen der Unteroffiziere zum Teil entnommen, ohne Kenntnis des praktischen Lebens kann die Polizei gar nicht die Aufgaben erfüllen, zu denen sie eigentlich da ist, nämlich für das Publikum. Sie wird benutzt, um im Lande des Klassenstaates die Interessen der Besitzenden gegen die Arbeiterinteressen zu schützen und in geeigneten Fällen mit dem Sabel einzuschreiten.

Eine solche Polizei kann im Lande der Versammlungsfreiheit, der Rede- und Pressefreiheit nichts lernen, sie darf dort gar nicht lernen, sie würde bei den preussischen Junkern in Ungnade fallen. Deshalb sind diese Verkehrsstudientouren vielleicht für die Reisenden eine angenehme Dienstabwechslung, aber das Publikum hat keinerlei Vorteile zu erwarten. Die Hauptsache bleibt der Gummirollenpöbel, die Pistole und das russische Vorbild, aber nie das englische.

Die Zentralfelle für die Interessen des Berliner Fremdenverkehrs verhandelte in ihrer ersten nach den Sommerferien stattgefundenen Sitzung unter Vorsitz des Geheimen Kommerzienrates Emil Jacob eine große Anzahl von Anträgen und Anregungen, die für das Berliner Leben und den Berliner Fremdenverkehr von Bedeutung sind. Nach Erledigung einer Reihe von geschäftlichen Mitteilungen wurde zunächst die Berliner Magistratsvorlage der Luftfahrtssteuer eingehend besprochen und von der Zentralfelle mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Es wurde beschlossen, in einer ausführlichen Eingabe auf die schweren Bedenken hinzuweisen, die gegen diese Vorlage auch vom Standpunkte des Fremdenverkehrs zu erheben sind.

Ein tödlicher Straßenausschlag trat sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr in der Frankfurter Allee zu. Dort spielten an der Ecke der Petersburger Straße mehrere Kinder auf dem Fahrdamm, als plötzlich ein aus der Petersburger Straße kommender Steinwagen der Firma Paul Friede, Ehrlichburger Straße, in schnellem Tempo in die Frankfurter Allee einbog. Während es den anderen Kindern gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, wurde ein zwölfjähriges Mädchen, dessen Personalleben bisher noch nicht festgestellt werden konnten, von dem gespannten erfaßt, umgestoßen und unter den Wagen geschleudert, dessen Hinterräder der Bedauernswerten über den Leib hinweggingen. Der Tod des unglücklichen Mädchens trat auf der Stelle ein. Die Leiche der Verunglückten wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schanzenberg übergeführt.

Ein vielseitiger Mann scheint der Diener Hans Berndt gewesen zu sein, der nach seiner Verhaftung wegen des großen Einbruchs in Dahlem im Untersuchungsgefängnis beim Amtsgericht zu Charlottenburg sich die Pulsadern zu öffnen versuchte, und jetzt nach Noabit gebracht wurde. Nach den weiteren Ermittlungen spielte Berndt in Paderborn, wo er sich demnächst verheiraten wollte, die Rolle eines ehrsamem Handwerkers, während er in Berlin in den verschiedensten Masken auftrat. Unter den bei ihm beschlagnahmten Sachen fand man Photographien, die Berndt als Reservelieutenant des Garde-Train-Bataillons und als Unterarzt darstellten. Aus den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß er mit mehreren Mädchen zugleich in einem regen Briefwechsel stand. Bieweit er es dabei auf Heiratschwindelei abgesehen hatte, muß noch näher untersucht werden. Einer Stickerin aus der Gartenstraße, die er noch in der letzten Zeit in den Zelten kennen gelernt hatte, stellte er sich erst als Referendar vor. Bald darauf kam er als Affessor und erzählte, daß er jetzt am Kammergericht beschäftigt sei. Er nannte sich Hans, Heinrich von Berndt. Diefem Mädchen schwindelte er auch vor, daß er als Reserveoffizier zu einer Uebung nach Tempelhof eingezogen worden sei und gegenüber der Kaserne des Garde-Train-Bataillons wohne.

Eine empfindliche Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr trat Mittwoch abend um 8 Uhr in Rixdorf ein. Infolge Ueberlastung der Stabel waren während der Zeit von 8 bis 1 1/2 Uhr die Speisepunkte 3 und 85 der Zentrale in der Mariannenstraße außer Tätigkeit. So daß sämtliche von ihnen gespeisten Leitungen Stromlos wurden. Das Störungsgebiet erstreckte sich auf die Berliner, Berg-, Richard-, Hermann-, Steinweg- und Pietenstraße in Rixdorf und machte sich nach Schluß der Geschäfte recht erheblich bemerkbar.

Mit dem Revolver in die linke Schläfe geschossen hat sich gestern abend der Ritzler Paul Jeschert, Lottumstr. 16 wohnhaft, in einem Restaurant in der Volbring-Strasse. Das Motiv der Tat soll schwärzliche Liebe sein. Der Schwerverletzte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft.

Mit einem teueren „Erbsäck“ haben Kapper zwei Kanoniere vom Garde-Artillerieregiment hineingelegt. Die beiden Vaterlandsverteidiger wurden in der Nähe des Leichter Bahnhofes von einem Manne angeprochen und um Feuer gebeten. Während der Unterhaltung, die sich daran knüpfte, erschien ein zweiter Mann, der sehr aufgeregter erzählte, er sei soeben auf der Bahn bestohlen worden und habe sich nun auch noch verirrt. Das sei ihm um so unangenehmer, als er eiligst auf eine wertvolle Wafennadel, ein teueres Erbsäck etwas Geld habe holen wollen. Hierbei zeigte er die Nadel, und nun bot ihm der erste Mann, der sich jetzt für



einen Goldschmied ausgab, 80 M. dafür. Das war dem Bestohlenen zu wenig. Um jedoch rasch zum Ziele zu kommen, bot er jetzt den beiden Kanonieren die Kadel auch für weniger Geld mit der Bedingung an, daß er sie nach einigen Tagen wieder einlösen könnte. Vertrauensvoll packten die Vaterlandsverteidiger ihre Wörten aus, gaben dem „Bestohlenen“ 38 M. und freuten sich, ein gutes Werk getan und vielleicht auch noch ein Geschäft gemacht zu haben. Erst in der Kaserne entdeckten sie, daß die Kanonen in die Hände gefallen waren. Die Kadel ist so gut wie wertlos.

**Treptow-Sternwarte.** Auf der Sonne sind mit dem großen Treptower Fernrohr von Herrn Direktor Dr. Archenhold größere interessante Fleckengruppen, in die die Erde fünfmal hineingelegt werden könnte, beobachtet worden. Um diese merkwürdigen Ausbrüche einer größeren Zahl von Beobachtern zeigen zu können, wird die Treptow-Sternwarte in den nächsten Tagen, Freitag, Sonnabend und Sonntag, schon um 10 Uhr vormittags geöffnet. Am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, findet ein gemeinverständlicher Lichtbildvortrag über: „Die Sternwelten“ und abends 7 Uhr über die Frage: „Wibt es ein Leben auf dem Monde?“ statt. Auch Montag, abends 9 Uhr, spricht Herr Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Die Sonne“. Mit dem großen Fernrohr wird abends der Saturn, der Mond und ein lödlicher Nebel gezeigt.

Bermist wird seit Montag, den 17. d. M., der Vater Friedrich Kluch, Köpenicker Straße, wohnhaft. Er war bekleidet mit blauem Jackett, blauer Weste, schwarzer Hose, schwarzen Schnürstiefeln, schwarz und weiß gestreiftem Vorhemd und dunkler Jodermise. Der Bermist ist mittelgroß, blond und von starker Figur. Möglicherweise über den Verbleib des Bermisten Mitteilungen machen können, werden gebeten, diese an Karl Handke, Potsdamerstr. 117, gelangen zu lassen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch zunächst eine Vorlage des Magistrats betreffend die Einrichtung eines Experimentierkurses für Chemielehre an den Gemeindeschulen an. Mit der Leitung des Kurses ist der Rektor Schmidt von der 180. Gemeindeschule in Berlin betraut. Weiter genehmigte die Versammlung die Annahme des der Stadt von dem Direktor a. D. Dr. Wügel ausgesetzten Vermächtnisses in Höhe von 10 500 M. Von den Zinsen dieses Vermögens sollen bedürftige Familien Weihnachtsgeschenke in Höhe von je 50 M. erhalten. Nach Erledigung einer weiteren Reihe kleinerer Vorlagen folgte die Beratung der Vorlage betr. Herstellung eines Verbindungsganges von der Schöneberger Untergrundbahn nach der Hochbahn auf dem Kollendorfer Platz. Es handelt sich um einen Vertrag mit Schöneberg, wonach in Verfolg der Absicht dieser Gemeinde, mit der Hochbahngesellschaft einen Gemeinshaftstiftung oder eine Betriebsgemeinschaft zu vereinbaren, eine bauliche Verbindung mit dem Hochbahnsof so hergestellt werden soll, daß die Fahrgäste vermittelst des Verbindungsganges auf der Westseite des Bahnhofs der Hochbahngesellschaft in diesen Eintritt finden. Die für die Bahnanlage und den Bahnbetrieb der Schöneberger Untergrundbahn, soweit sie auf Charlottenburger Gebiet liegt oder später liegen wird, an Charlottenburg zu entrichtenden Kommunalsteuern sollen von dem Zeitpunkt ab, in dem die im übrigen entschädigungslos umgemeindete der Schöneberger Wiesen nach Charlottenburg erfolgt ist, gegen ein jährliches, der Höhe der kommunalen Steuer für die Untergrundbahn entsprechendes Entgelt derart aufgerechnet werden, daß von keiner Seite eine Herauszahlung stattfindet. Andererseits ist freilich auch für die Umgemeindung der Wiesen eine Entschädigung für Verlust an Steuerkraft nicht vorgesehen.

Genehmigt wurden ferner die Vorlagen betreffend Staatsüberreitungen beim Gasanstaltsektor für 1909 in Höhe von 295 000 M., betreffend Anschaffung von Beamtenstellen für die Steuerverwaltung, betreffend Einführung des elektrischen Betriebes in der städtischen Druckerei und betreffend Entfrierung des Krankenhausesgrundstücks Westend und Herstellung einer Abortanlage. Auch die Vorlage betreffend Bau einer Gemeindedoppelschule an der Wiedestraße gelangte, nachdem Genosse Vogel die Notwendigkeit der Schaffung ausreichender Räume für den Kindergarten betont hatte, zur Annahme.

Eine Vorlage betreffend bauliche Änderungen in dem Fortbildungsschulwesen dienenden Schulhaus Schloßstr. 2a gab unserem Genossen Lehmann als Berichterstatter Veranlassung, die mangelhaften baulichen Verhältnisse der Charlottenburger Fortbildungsschulen nachzuweisen. Seiner Kritik pflichteten auch bürgerliche Stadtverordnete bei. Die Vorlage selbst wurde angenommen.

Den Beschlüssen auf Einsetzung von gemischten Deputationen zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischnot und zur Beratung über die Frage der Zuwendungen von städtischen Beihilfen an Kriegsveteranen ist der Magistrat beigetreten. Die Sozialdemokraten entsandten in die erste Deputation die Genossen Gebert und Riedel, in die letztere die Genossen Rietich und Scharrnberg.

Schließlich nahm die Versammlung noch Kenntnis von den Mitteilungen des Magistrats betr. die Ersatzwahl für den „unbekannt verzogenen“ Stadtv. Vogel (lib.) und betreffend den Versuch der Zuwendung eines Tausendmarktscheins an einen höheren Beamten seitens des Prokuristen Predischneider von der Firma Karl Rosenfeld (Bau von Wasserleitungen und Kanalisationen). Der Beamte hat das Geld und das Begleitschreiben dem Magistrat übergeben, der die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft überwies und außerdem beschloß, daß die Firma keine Arbeiten mehr ausführen zu lassen. Der Fall dürfte voraussichtlich die Öffentlichkeit noch näher beschäftigen.

### Rigdorf.

Durch einen Sturz vom Straßendampfwagen schwer verunglückt ist in der vergangenen Nacht der Eisenbahngütervorsteher Max Wittkopf auf der Schillerpromenade 1. Der Mann bekam, als er mit einem Wagen der Linie 15 durch die Hafenecke fuhr, einen Krampfanfall, fiel von der hinteren Plattform während der Fahrt auf den Straßendamm und blieb bestunntungslos liegen. Man brachte ihn nach der Unfallstation 12 und von dort nach dem Städt. Krankenhaus in Budow. Der Verunglückte scheint sich schwere innere Verletzungen zugezogen haben.

Bekanntlich ist zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zwischen Sozialdemokraten und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen für die Hauptwahl beschlossen worden. Entsprechend diesen Beschlüssen sollte die Demokratische Vereinigung für die erste Abteilung die Herren Ingenieur Ruffide, Kaufmann Diller, Bureauvorsteher Wille, Schriftfeger Wulfsdorf, Lechner Reuter, Obermeister Naab, Vermeister Kävel und Kaufmann Pränkel auf. Für die zweite Abteilung wurden in den auf die Demokratische Vereinigung entfallenden Wahlbezirken die Herren Zimmermeister Adolf Schulze, Ingenieur Quack, Kaufmann Loewenthal, Buchdrucker Koch und Klempnermeister Kühmann aufgestellt.

Die nächste Theatervorstellung findet kommenden Sonntag, 28. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Rigdorfer Theater, Bergstraße 147, statt. Gegeben wird „Schmetterlingsblaat“ von Sudermann. Billetts sind am Sonnabend in der Parteipredition, am Sonntag beim Genossen Restaurateur Meier, Pring-Handjery-Straße 3, zu haben. Programme über sämtliche Veranstaltungen des Bildungsausschusses sind unentgeltlich bei den Funktionären, in der Parteipredition und in der Bibliothek zu haben.

### Schöneberg.

Die Rathwahl im 9. Bezirk findet am Mittwoch, den 20. d. M., vormittags von 8 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Der Bezirk ist in zwei Abstimmungsbezirke zer-

legt und ist mithin darauf zu achten, welchem Lokal der einzelne zu wählen hat. Der 1. Abstimmungsbezirk umfaßt: Eberster, General-Pape, Gustav-Müller, Leuten, Mohr, Lorgauer, Kolonnenstraße 11-31, den Gustav-Müller-Platz und den Königsweg. Das Wahllokal ist in der Turnhalle der 2. Realschule, Kolonnenstraße 21/22. — Der 2. Abstimmungsbezirk umfaßt: Eberstraße 1-13, Feurigstraße 1-24 und 53-58, Kolonnenstraße 1-10, Herberstraße und den Kaiser-Wilhelm-Platz. Das Wahllokal ist im Restaurant Matuschel, Eberstraße 1, Ecke Herberstraße. Der Bezirk war bisher von einem Sozialdemokraten vertreten.

Bei dieser Wahl ist der Kandidat der Sozialdemokratie der Gewerkschaftssekretär Albin Mohs.

Die Kommunal Liberalen versuchen, den Bezirk an sich zu reißen, die verzweifeltsten Anstrengungen werden dazu von den Leuten gemacht. Es ist daher notwendig, daß die Genossen sich an den Wahlarbeiten beteiligen, um den Bezirk zu behaupten.

Am Sonntag, den 28. Oktober, findet eine Flugblattverteilung statt vom Lokal der Genossen Ketzfeldt, Königsweg 42, und Andreas, Feurigstraße 16.

Am Tage der Wahl ist es Pflicht aller Genossen — besonders der Arbeitslosen — sich frühzeitig in den Lokalen von Nedermann, Ebers, Ecke Albertstraße, und Ketzfeldt, Königsweg 42, zu den Wahlarbeiten einzufinden. Die in die Wählerliste eingetragenen, aber aus dem Wahlbezirk verzogenen Wähler, werden ganz besonders ersucht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wenn jeder Genosse seine Schuldigkeit tut, muß es uns gelingen, unseren Kandidaten, Gewerkschaftssekretär Albin Mohs, als Vertreter des Bezirks in das Stadtparlament zu entsenden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Mittwoch abend gegen 1/10 Uhr in der Goltstraße. Der 30jährige Schlosser Hans Luth, Saßendamm 37 wohnhaft, hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 71 benutz und stand auf dem Vorderperron. Untermwegs ist L., der angestrengt den ganzen Tag über gearbeitet hatte und stark übermüdet war, eingeschlafen. Als der Wagen in der Goltstraße eine Kurve passierte, wurde der Schlosser infolge des Ruckes von dem Wagen geschleudert und schlug mit dem Kopfe so schwer auf das Straßenpflaster auf, daß er blutüberströmt und bestunntungslos liegen blieb. Der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch und aufsteigend auch innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Vorbergstraße die erste Hilfe und wurde in bedenklichem Zustande in das Schöneberger Krankenhaus eingeliefert.

Ein schwerer Brandunglück hat sich gestern nachmittags in dem Hause Gleditschstraße 55 ereignet. Als der dortselbst wohnhafte Schlossermeister Albert, der eine Fahrradhandlung besitzt, ein ihm zur Reparatur übergebenes Motorrad ausbessern wollte, kam er mit der Lampe dem Benzinhälter des Kraftfahrzeuges zu nahe. Das Gefäß explodierte, wahrscheinlich weil es durch die Stichflamme befeht geworden war und die Kleider des Schlossermeisters flanden im Feuer. Einer Feuerkugel gleich, stürzte er hilflos auf die Straße, wo er bestunntungslos niederkam. Einigen beherzten Passanten gelang es schließlich, die Plammen durch Ueberwerfen ihrer Mäntel zu ersticken. Er hatte aber bereits so schwere Brandwunden am Kopf, Händen, an der Brust und im Gesicht, daß er in sehr bedenklichem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft werden mußte.

### Wilmerdorf.

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich eine Volkserkundung im Gesellschaftshaus. Nachdem Landtagsabgeordneter Paul Hirsch die Mächtigkeit der Wilmerdorfer Rathauspartei drastisch gezeigelt und unser Kommunalprogramm erläutert hatte, erklärte der demokratische Stadtverordnete Molle seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Gleich ihm wies am Schluß der Versammlungsleiter auf die Notwendigkeit hin, durch ein gemeinsames Vorgehen bei den Stadtverordnetenwahlen endlich die Wilmerdorfer Bevölkerung von dem auf ihr lastenden reaktionären Joch zu befreien.

Unsere Parteigenossen haben bekanntlich im 8. Bezirk den Redakteur Wilhelm Schröder und im 9. Bezirk den Gewerkschaftssekretär Oskar Riedel als Mieter-Kandidaten aufgestellt, während die Demokratische Vereinigung im 9. Bezirk ihr Mitglied G. Lazarus und im 10. Bezirk ihr Mitglied Hoto als Hausbesitzerkandidaten nominiert hat. Wenn die Mitglieder beider Organisationen mit dem erforderlichen Eifer arbeiten, muß es bei der gegenseitig vereinbarten Unterstützung gelingen, die Reaktionen aus dem Felde zu schlagen.

### Sichtenberg.

Feuer in der Sichtenberger Gasanstalt. Gestern vormittags gegen 10 Uhr wurde die Sichtenberger Feuerweh nach der Gasanstalt gerufen, wo in dem Apparateraum Feuer ausgebrochen war. Es brannte ein Teil des Kohlenbelages. Als Oberfächer Groß mit dem ersten Löschzug anrückte, war von der Gasanstalt schon eine Schlauchleitung zur Ablösung des Feuers vorgenommen worden. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden, so daß nur geringer Schaden entstanden ist. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts ermittelt.

### Ober-Schöneweide.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Ruff die Bericht vom Magdeburger Parteitag. In seinem Vortrage behandelte der Referent besonders scharf die Budgetfrage und verurteilte dabei den baskischen Disziplinbruch und das Verhalten des Genossen Frank-Mannheim. In der Diskussion sprachen die Genossen Vode und Majewski im Sinne des Referenten. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Ten Kassenbericht gab Genosse Widemann. Die Gesamteinnahme beträgt 482,00 M. Dem Kreise überwiesen wurden 300 M., der Bibliothek 75 M.

Der Gesangsverein „Ober-Schöneweider Liebertafel“ feiert am Sonnabend, den 22. d. M., in Wörners Blumengarten sein 12. Stiftungsfest durch Konzert und Ball. Da der Verein sich stets der Partei zur Verfügung stellt, wird ersucht, daß sich die Genossen und Genossinnen recht zahlreich beteiligen. Billetts a 30 Pf. sind zu haben bei den Mitgliedern und in der Parteipredition Laufenerstraße 2 I.

### Röpenitz.

Am Sonntag, den 23. Oktober, von 4 1/2-7 Uhr abends finden im „Rathhof“ die Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse statt. In die Parteigenossen und Genossinnen, welche Mitglieder der Kasse sind, ergeht das dringende Ersuchen, sich an der Wahl zu beteiligen und für die vom Gewerkschaftskomitee aufgestellte Liste, die mit dem Namen Riedel beginnt und mit Gasse endet, zu stimmen. Das Gewerkschaftskomitee.

### Bruchmühle-Madebrück.

Bei der gestern stattgehabten Gemeindevertreterwahl ist es uns nicht gelungen, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. In der 3. Klasse wurden 35 Stimmen für unsere Genossen und 41 für die gegnerischen Kandidaten abgegeben. In der 2. Klasse erhielten wir 11, die Gegner 12 Stimmen. In der 1. Klasse wurden von uns 2 und von den Gegnern 12 Stimmen aufgebracht. All unsere Agitationsarbeit scheiterte an den Jorensstimmen. Da die Gegner 20 derartige Stimmen abgeben konnten, nutzten uns alle unsere Referenten nichts. Der im Wahlbureau als Reifer tätige Genosse Lindholz hat wegen ungesetzlicher Anordnungen Protest gegen die Wahl erhoben. Um diesen Protest zu einem recht wirkungsvollen zu gestalten, findet am kommenden Sonntagnachmittag 4 Uhr

beim Genossen Ragner eine öffentliche Protestversammlung statt.

### Petershagen b. Frederdsdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Der bereits im März d. J. gewählte Gemeindevertreter Genosse Stimming wurde in der letzten Sitzung endlich eingeführt. Eine Erklärung über die Ursachen der Verzögerung wurde nicht gegeben, die wohl auch zu blamabel sind, um sie vor aller Öffentlichkeit einzugehen. In der Verlesungsangelegenheit wurde der Gemeindevorsteher und zwei Schöffen beauftragt, weiter mit der Firma Bohm-Frederdsdorf zu verhandeln. Wegen der Pflasterung des Eggerdorfer Weges wurde mitgeteilt, daß die Gemeinde aus eigenen Mitteln dieselbe nicht ausführen könne und ein Antrag auf Kreiszuschuß veripäet eingereicht sei. Es sollen aber alle nötigen Vorarbeiten gemacht werden, um 1912 die Arbeiten in Angriff zu nehmen. Beschlossen wurde, einen Antrag auf Gewährung der Mittel zu einem An- und Umbau des vor drei Jahren fertiggestellten Schulhauses zu stellen. Auch soll ein vierter Lehrer verlangt werden. Zum Schluß wurden noch einige kleine Sachen erledigt.

### Zenzig. (Kreis Teltow.)

Am Sonntag fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Gehrle-Charlottenburg über das Thema: „Dem Könige 3 1/2 Millionen, dem Volke die Reichsfinanzreform“ referierte. In etwa zweistündiger Rede, die wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen wurde, geißelte der Referent aufs schärfste den schamlosen Raubzug der herrschenden Klassen auf die Taschen der Arbeiter und das jämmerliche Verhalten des Reichstags gelegentlich der Erhöhung der Zivilliste des preussischen Königs.

### Nowawes.

Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet am 28. Oktober im Lokale des Herrn Schmidt, Wilhelmstr. 41/43, eine Wiederholung des Schauspiel „Kasernenlust“ von Herrn Martin Stein und Ernst Söhngen.

Die wegen Ueberfüllung des Saales bei der letzten Aufführung nicht benutzten Karten, soweit dieselben mit dem zweiten Stempel versehen sind, haben zu dieser Vorstellung Gültigkeit. Eintrittskarten a 50 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

### Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Heinrichs-Rixdorf den Bericht vom Magdeburger Parteitag. Eine Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage fand nicht statt. Gegen zwei Stimmen beschloß die Versammlung, einen Monatsbeitrag von 40 Pf. zu erheben. Ferner wurde beschloßen, am 30. Oktober eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Da der Bürgermeister dem Genossen Richter gegenüber erklärt hat, daß er als Polizeichef nichts einzuwenden habe, wenn Garantie für einen ruhigen Verlauf der Versammlung übernommen werde, wird auch wohl der Magistrat dem Antrage auf Ueberlassung eines städtischen Platzes zustimmen. Am 28. Oktober soll erstmalig ein Frauenabend stattfinden. Das Versammlungslokal ist im Schützenhaus. Genosse Bötsch brachte die Benutzung der Bibliothek in Erinnerung. Zum Schluß wurde ein von der Lokalkommission gestellter Antrag, die nächste Wahlvereinsversammlung bei Liefeld in Gieslow abzuhalten, einstimmig angenommen.

### Spandau.

Am Sonnabend, den 22. Oktober feiert der Arbeitergesangsverein „Hoffnung“ in den Gesangsdramen der Frauerei Sichelndorf sein 18. Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz. Der Arbeitergesangsverein „Neu Erwach“ Berlin hat seine Mitwirkung zugesagt. Da der genannte Verein sich stets der Partei zur Verfügung stellt, werden die Genossen ersucht, sich rege an dem Feste zu beteiligen.

### Jugendveranstaltungen.

Regel und Vorkawalde. Die Kreis Jugendorganisation feiert am Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Trapp, Anst. Gamm, ihr 2. Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Theateraufführung, Feste und anschließendem Tanz. Billetts sind in Regel beim Kollegen Krüger, Kreslowstr. 6 I und in Vorkawalde beim Kollegen Dahn, Ernststraße 3 III zu haben. Wir bitten die Arbeiterkassen, uns nach Kräften zu unterstützen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) 11 toden das 2. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Nummernschau und Revolution. — Die auswärtige Politik der russischen Konterrevolution. Von Karl Radel. — An Erörterung des Parteitagestages von Radel. Von Oda Dierg (Rom). — Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswesen. Von Gustav Becker (Berlin). II. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau von Richard Wolff. — Literarische Rundschau: Ooschkoli, uiceljima i uoenoicima sa socialdemokratskog gledista. Von Radel, R. I. — Reichstagsfragen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchanhäufen und Kolporture zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Vorbestellungen stehen jederzeit zur Verfügung.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktbaue-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch, Zufuhr stark, Geschäft stillend, Preise für Pfeffer und Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr ziemlich reichlich, Geschäft reger, Preise fest. Getreide: Zufuhr in Weizen reichlich, sonst knapp, Geschäft lebhaft, Preise schwankend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft stillend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse: Dohn und Salsfrüchtel: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise unverändert.

### Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Station	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Emmende	757,5	SE	4	10,5	Haparanda	768,0			2
Damburg	754,5	SE	3	10,5	Petersburg	762,5			7
Berlin	757,5	SE	2	10,5	Scilla	758,0			9
Frankfurt	755,5	SE	2	10,5	Berden	756,5			9
Hannover	759,5	SE	2	10,5	Wars	754,5			9
Wien	760,5	SE	1	10,5					

Wetterprognose für Freitag, den 21. Oktober 1910. Stimmlich mild, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19.10.1910	am 20.10.1910	Wasserstand	am 19.10.1910	am 20.10.1910
Hemel, Mühl	112	-1	Saale, Großh.	76	-6
Bregel, Ankerburg	31	-1	Dabel, Spandau	80	+2
Beitel, Thon	60	-6	Spandau, Spandau	92	-2
Oder, Ralbor	163	-4	Spree, Spremberg	92	-2
Kroffen	193	-8	Beeston	157	-1
Frankfurt	205	-10	Weser, Röhren	96	+1
Saale, Schramm	16	-4	Weser, Röhren	17	0
Landberg	4	-2	Rhein, Rheingilmsau	358	-2
Rege, Gordamm	14	-2	Rhein, Röhren	174	-3
Eide, Leimerich	43	+1	Rhein, Röhren	158	-4
Freuden	32	-7	Reck, Halbrohm	45	+1
Borsig	173	-8	Rhein, Röhren	117	-3
Magdeburg	150	-8	Rhein, Röhren		

+) + bedeutet Hoch, — Niedrig. \*) Unterpeel.